

Landtagswahlprogramm  
der Partei DIE LINKE. Thüringen zur Landtagswahl 2019

**Für ein zukunftsfähiges Thüringen  
Für eine offene und solidarische Gesellschaft**

## 1 **Präambel**

2 Liebe Bürgerinnen und Bürger,

3 am 27. Oktober 2019 wählen wir Thüringerinnen und Thüringer einen neuen Landtag. Damit  
4 bestimmen wir über die weitere Entwicklung unseres Landes. DIE LINKE bittet Sie um Ihre beiden  
5 Stimmen, damit Bodo Ramelow als Ministerpräsident seine erfolgreiche Politik für Thüringen  
6 fortsetzen kann.

7 Thüringen ist ein schönes, lebenswertes Land – mit seiner vielfältigen Kultur, mit seinen  
8 wunderbaren Landschaften, mit seiner langen Geschichte und mit seiner prosperierenden Wirtschaft  
9 bietet es hervorragende Voraussetzungen für ein gutes Leben.

10 Wir LINKE wollen, dass die Thüringerinnen und Thüringer feststellen können: Ja, auch ich lebe gut in  
11 diesem Land. Wir alle wissen: Schon heute können das viele Menschen über sich sagen, aber  
12 keineswegs alle. Thüringens Wirtschaft floriert, die Einkommen steigen, aber der Wohlstand und die  
13 Chancen auf ein gutes Leben sind nicht gerecht verteilt. Mit anderen Worten: Es bleibt noch viel zu  
14 tun!

15 Wir LINKE haben für diese Aufgabe einen klaren Kompass. Die Würde des einzelnen Menschen ist der  
16 Dreh- und Angelpunkt unserer Politik. Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt  
17 stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem die Menschen sich sicher fühlen. Alle in Thüringen  
18 lebenden Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen gleichberechtigt am  
19 gesellschaftlichen Leben – Arbeit, Kultur, Mobilität, Bildung – teilhaben können, unabhängig von  
20 Alter, Einkommen, Geschlecht und Herkunft.

21 Wir Thüringerinnen und Thüringer haben in den vergangenen Jahrzehnten einen gewaltigen  
22 Modernisierungsprozess bewältigt. Die Zerschlagung der ostdeutschen Wirtschaft durch die  
23 Treuhand, die Massenarbeitslosigkeit, die Entwertung ostdeutscher Lebensläufe – all das mussten  
24 die Menschen verkraften. Und wir haben uns – bei aller Unterstützung aus dem Westen – selbst aus  
25 dieser Misere herausgearbeitet!

26 Dabei haben 25 Jahre lang CDU-geführte Thüringer Landesregierungen die Menschen nicht so  
27 unterstützt, wie es notwendig gewesen wäre. Darunter haben der gesellschaftliche Zusammenhalt  
28 und das Vertrauen in die Politik gelitten.

29 Besonders in den Jahren nach der Jahrtausendwende machte sich eine Selbstzufriedenheit in der  
30 Landesregierung breit. Wichtige Zukunftsaufgaben wurden nur halbherzig oder gar nicht angegangen  
31 – etwa die Sicherung der Schulen auf dem Land, ein flächendeckendes öffentliches Verkehrsnetz, die  
32 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land, Hilfe für sozial benachteiligte  
33 Menschen, der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und vieles mehr.

34 Die Folgen dieser Tatenlosigkeit sind heute noch spürbar. Es gibt Regionen, die wirtschaftlich vom  
35 Erfolg Thüringens weniger profitieren können. Vielerorts gibt es keinen öffentlichen Nahverkehr  
36 mehr. Schulgebäude verfallen, Unterricht fällt aus. In ländlichen Regionen fehlen Ärztinnen und  
37 Ärzte.

38 Verschlimmert wird diese Situation durch die Bundespolitik. Jahrzehntlang haben  
39 Bundesregierungen für niedrige Löhne in Ostdeutschland geworben. Mit den Hartz-Gesetzen hat sich  
40 die Lage für viele Menschen – auch in Thüringen – weiter verschlechtert.

41 Die Folgen dieser neoliberalen Politik sehen wir heute. Thüringen ist sozial gespalten: Ein Drittel der  
42 Beschäftigten arbeitet zu Niedriglöhnen, die kaum zum Leben reichen. Ein Fünftel der Menschen lebt  
43 in Armut, darunter viele Alleinerziehende, Kinder, Ältere und Erwerbslose.

44 Armut verhindert nicht nur die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und verbaut Zukunftschancen.  
45 Armut nimmt den Menschen auch ihre Würde. Das ist eine Schande in einem reichen Land wie  
46 Deutschland!

47 Im Glauben an den Markt haben Bundesregierungen und die CDU-Landesregierung in Thüringen  
48 darauf verzichtet, die Gesellschaft zu einen und gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen. Aber  
49 der Markt allein bringt weder Wohlstand noch sorgt er für eine gleichmäßige Entwicklung in allen  
50 Landesteilen. Und für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt er schon gar  
51 nicht!

52 Unter Führung von Ministerpräsident Bodo Ramelow hat sich die Politik der Landesregierung seit  
53 2014 grundlegend geändert. Die Landesregierung von LINKE, SPD und Grünen hat die Weichen auf  
54 Zukunft gestellt. Unser Ziel ist und bleibt, Thüringen für alle Menschen lebenswert zu machen.

55 Dieses Ziel zu erreichen, wird uns Thüringerinnen und Thüringern gelingen, wenn wir fair, respektvoll  
56 und auf Augenhöhe miteinander umgehen, wenn die Starken den Schwachen helfen, wenn wir es  
57 nicht zulassen, dass sich Hass und Missgunst verbreiten.

58 Dann werden wir zukünftig sagen können: Die Menschen können überall in Thüringen gut leben.

59 Deshalb werden wir LINKEN weiter hart daran arbeiten, dass sich alle Regionen Thüringens  
60 wirtschaftlich gut entwickeln. Wir wollen gleiche Lebenschancen für Menschen in Stadt und Land.  
61 Jedes Kind soll beste Entwicklungsmöglichkeiten bekommen, unabhängig davon, wie hoch das  
62 Einkommen seiner Eltern ist. Wir wollen flächendeckend gute Kindergärten und Schulen, damit  
63 Bildung allen Kindern überall zu teil wird. Wir wollen, dass Seniorinnen und Senioren am  
64 gesellschaftlichen Leben teilhaben können, gerade in den ländlichen Regionen. Familien sind die  
65 Kerne unserer Gesellschaft. Wir wollen Unterstützung für Familien jeder Art. Wir wollen die  
66 Wirtschaft so weiterentwickeln, dass sie für den Menschen da ist. Gute Arbeit – sicher und fair  
67 bezahlt – soll in alle Bereichen Wirklichkeit werden. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen in  
68 Armut leben. Wir wollen Sicherheit und Schutz für alle in Thüringen lebenden Menschen: Denn die  
69 Menschenwürde ist unantastbar.

70 Das alles klingt selbstverständlich, doch das ist es leider keineswegs. Viele Thüringerinnen und  
71 Thüringer sehen das ebenso. Und sie fragen zu Recht, was die Politik tut. Wir LINKE versprechen, uns  
72 mit aller Kraft weiter dafür einzusetzen, um diese Ziele zu verwirklichen.

73 Aber wir bilden uns nicht ein, wir LINKE könnten das allein vollbringen. Auch wir sind Menschen,  
74 auch wir machen Fehler. Auch unsere Kräfte sind begrenzt. Aber wenn wir Thüringerinnen und  
75 Thüringer gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn wir uns gegenseitig unterstützen, wenn wir  
76 gemeinsam lernen, dann lassen sich die vor uns liegenden Aufgaben lösen.

77 Die ersten Schritte sind getan:

78 Wir haben das **letzte Kindergartenjahr gebührenfrei** gemacht und **mehr Personal** für bessere  
79 Betreuung eingestellt. Damit haben wir die die Bildung im Vorschulalter gestärkt und viele Eltern  
80 finanziell entlastet.

81 Wir haben den Weltkindertag am 20. September zum **gesetzlichen Feiertag** in Thüringen gemacht.  
82 Dadurch haben die Menschen mehr freie Zeit, die sie mit den Kindern, der Familie und Freundinnen  
83 und Freunden verbringen können.

84 Wir haben den von der CDU beschlossenen Stellenabbau in unseren Schulen gestoppt und mehr als  
85 **3.500 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt**. Wir haben mit 450 Millionen Euro marode  
86 **Schulgebäude saniert und ausgebaut**.

87 Wir haben für mehr als 1300 Menschen in Thüringen, die zuvor langzeitarbeitslos waren,  
88 **gemeinwohlorientierte Arbeitsplätze** in Vereinen, Kirchen und Kommunen geschaffen. Damit haben  
89 wir bewiesen: Es ist besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

90 Wir haben mit einem **Vergabegesetz** sichergestellt, dass das Land nur noch Aufträge an Firmen  
91 vergibt, die einen höheren Thüringer Mindestlohn zahlen.

92 Wir haben mit dem **Azubi-Ticket** die Mobilität von Auszubildenden gestärkt. Mit diesem Ticket  
93 können alle Eisenbahnverbindungen sowie Busse und Straßenbahn in allen teilnehmenden  
94 Landkreisen und kreisfreien Städten genutzt werden.

95 Erstmals hat eine Thüringer Landesregierung den **öffentlichen Personennahverkehr** wieder durch  
96 Landesmittel gestärkt. Mit der neuen **Schnellverbindung** nach Leipzig haben wir den Anschluss Jenas  
97 an das Fernverkehrsnetz deutlich verbessert. Mit der **IC-Verbindung** haben wir Gera nach 12 Jahren  
98 wieder an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn angeschlossen.

99 Wir haben fast eine halbe Milliarde Euro für den **Internet-Breitbandausbau** bereitgestellt.

100 Wir haben das Blindengeld deutlich erhöht, ein Taubstummen- und Gehörlosengeld eingeführt, um  
101 **Menschen mit Sinnesbehinderungen** zu stärken.

102 Wir haben einen Thüringer Fonds für die **Opfer des NSU-Terrors** in Höhe von 1,5 Millionen Euro  
103 eingerichtet, um unserer Verantwortung für die Opfer des extrem rechten NSU-Terrors mit  
104 Helferinnen und Helfern aus unserem Land gerecht zu werden.

105 Wir haben den sozialen **Wohnungsbau** in Thüringen wiederbelebt und den Bau von über 1500  
106 Sozialwohnungen gefördert.

107 Wir haben ein großes Programm zur **Unterstützung von Familien** eingerichtet. Es bietet Familien  
108 Hilfe in allen Lebenslagen – von der Erziehung der Kinder, über die Mobilität im ländlichen Raum bis  
109 hin zu sozialen Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren.

110 Wir haben mit unserer Initiative im Bundesrat für das Recht auf Eheschließung für  
111 gleichgeschlechtliche Paare die entscheidende Grundlage für die seit dem 1. Oktober 2017 in der  
112 Bundesrepublik auf Beschluss von Bundestag und Bundesrat geltende „Ehe für alle“ geschaffen.

113 Wir haben das bundesweit fortschrittlichste Gesetz für direkte Demokratie in den Kommunen  
114 eingeführt, so dass Sie als Bürgerinnen und Bürger bessere Möglichkeiten für die Vertretung Ihrer  
115 unmittelbaren Anliegen und Interessen in Ihren Städten und Gemeinden besitzen.

116 Mit diesen und vielen weiteren Aktivitäten haben wir bewiesen: Unsere Politik für soziale  
117 Gerechtigkeit und für wirtschaftlichen Wohlstand steht nicht in Widerspruch zueinander. Im  
118 Gegenteil – gerade weil wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestärkt haben, geht es uns heute  
119 besser als vor fünf Jahren. Die Beschäftigung hat unter der rot-rot-grünen Landesregierung stetig  
120 zugenommen, die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordtief gesunken.

121 Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen:

122 Wir brauchen ein **Gesundheitsangebot**, das den Anforderungen einer älter werdenden Bevölkerung  
123 gerecht wird. Dazu gilt es, das wohnortnahe Krankenhaus, die ambulante Versorgung und die  
124 Altersmedizin klug miteinander zu verbinden.

125 Wir brauchen neue **Schulstrukturen**, damit wir trotz des Bevölkerungsrückgangs auch auf dem Land  
126 gute Bildung für alle Kinder gewährleisten können und damit jede Schule eine Zukunft hat und  
127 unsere Kinder auf das Leben vorbereitet. Wir brauchen gute Bildung auch schon von der Schule.

128 Deshalb wollen wir den Kindergarten beitragsfrei machen und die Qualität der Betreuung unserer  
129 Jüngsten verbessern.

130 Wir brauchen eine **Wirtschaftspolitik**, die Unternehmen und Beschäftigte darin unterstützt, die  
131 Digitalisierung der Arbeit erfolgreich zu bewältigen. Wir müssen sicherstellen, dass unsere  
132 Unternehmen auch morgen noch die Fachkräfte finden, die sie benötigen. Dazu gehört: Gute Arbeit  
133 muss sich in Thüringen flächendeckend durchsetzen.

134 Wir brauchen eine wohnortnahe, bürgerfreundliche und moderne **Verwaltung** in ganz Thüringen.

135 Wir brauchen **starke Kommunen**, die sich selbstbestimmt entwickeln und dazu auch  
136 zusammenschließen können.

137 Die **Aufnahme geflüchteter Menschen** stellt neue Anforderungen an unser Zusammenleben. Wir  
138 haben in Thüringen gezeigt: Ein friedlicher und toleranter Umgang miteinander ist dazu der Schlüssel.  
139 Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen.

140 Unsere Gesellschaft wird älter. Wir müssen unsere **Infrastruktur altersgerecht** entwickeln – beim  
141 Wohnen und bei der Mobilität.

142 Wir wollen die Mobilität aller in Thüringen lebenden Menschen erhöhen, indem wir den **öffentlichen**  
143 **Personennahverkehr** zu einem Thüringer Verkehrsverbund ausbauen, der öffentliche Mobilität von  
144 „Tür-zu-Tür“ schafft.

145 Wir wollen die **natürlichen Lebensgrundlagen** schützen, zum Klimaschutz beitragen und die  
146 bäuerliche Landwirtschaft bewahren. Spekulation mit Grund und Boden wird es mit uns nicht geben.

147 Ostdeutsche, auch die Thüringerinnen und Thüringer, werden bei der Rente, beim Lohn und bei  
148 Führungsstellen auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer benachteiligt. Damit muss  
149 endlich Schluss sein. Wir brauchen wirksame Schritte zur **Angleichung von Renten und Löhnen an**  
150 **das Niveau in Westdeutschland** und mehr Ostdeutsche in Führungspositionen.

151 Mit anderen Worten: Wir wollen, dass alle Menschen an der positiven Entwicklung Thüringens  
152 teilhaben. Es geht dabei nicht in erster Linie um ein Mehr an finanziellen Leistungen. In der Zeit tief  
153 greifender gesellschaftlicher Veränderungen geht es vor allem darum, die strukturellen  
154 Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben zu stärken.

155 Garanten für diese Politik sind unser Ministerpräsident Bodo Ramelow und DIE LINKE. Thüringen. Nur  
156 eine von Bodo Ramelow geführte Regierung stellt sicher, dass die Politik in Thüringen weiterhin dem  
157 Ziel eines solidarischen Miteinanders und der Sicherheit verpflichtet ist.

158 Wir LINKEN haben in den vergangenen fünf Jahren gezeigt: Unser Platz ist auch als Regierungspartei  
159 an der Seite derer, die aktiven Widerstand gegen unsoziale und unsolidarische Politik leisten, die um  
160 ihre Arbeitsplätze, gerechte Löhne und Mitbestimmungsrechte kämpfen, die sich im Alltag um die  
161 Schwächsten in unserer Gesellschaft kümmern, die geflüchteten Menschen helfen, die sich gegen  
162 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wehren und aktiv für Frieden und Abrüstung eintreten.

163 Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, haben es in der Hand, diesen Weg fortzusetzen: mit Ihrer  
164 Erst- und Zweitstimme für DIE LINKE. Thüringen zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019.

165 **Wir machen es gerecht: Soziale Gerechtigkeit und Soziale Sicherheit für Alle**

166

167 I. Zukunftsperspektiven eröffnen und sichern: die Zukunft liegt vor uns – nicht hinter uns

168

169 DIE LINKE. Thüringen will eine Zukunft, in der alle Menschen ihren gleichberechtigten Anteil am  
170 gesellschaftlichen Reichtum haben. Jede und jeder soll das eigene Leben entsprechend der eigenen  
171 Vorstellungen planen und gestalten können. Wir wollen, dass alle in Thüringen lebenden Menschen  
172 frei von Armut sind und keine Angst vor einem sozialen Absturz haben müssen. Alle in Thüringen  
173 lebenden Menschen sollen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen  
174 Entscheidungen beteiligt sein – unabhängig von individuellen Fähigkeiten, körperlicher Verfassung,  
175 Herkunft, sozialer Stellung, Geschlecht, Alter oder sexueller Orientierung und Identität.

176 Der vorherrschende Neoliberalismus setzt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft immer  
177 mehr aufs Spiel. Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus haben ein  
178 demokratiegefährdendes Ausmaß angenommen. Die sich verändernde Altersstruktur unserer  
179 Gesellschaft, die weiterhin bestehende Benachteiligung des Ostens sowie die Fragen nach der  
180 Zukunft der Rente und Pflege verstärken auch bei vielen Thüringerinnen und Thüringern vorhandene  
181 Verlust- und Zukunftsängste. Sie kommen am dramatischsten darin zum Ausdruck, dass viele  
182 Menschen gegenwärtig fürchten, ihren Kindern werde es zukünftig schlechter gehen als ihnen selbst.  
183 Wir, DIE LINKE. Thüringen, nehmen diese Befürchtungen und Ängste ernst, weil wir um deren reale  
184 Grundlagen und Ursachen wissen. Wir wissen aber auch, dass Angst lähmt, der Rückzug ins Nationale  
185 und Abschottung sowie Ausgrenzung noch größere Gefahren in sich bergen.

186 Deshalb kämpft DIE LINKE. Thüringen in den Kommunen, im Land, im Bund und in der EU dafür, die  
187 gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und Herausforderungen für eine soziale und demokratische  
188 Entwicklung zu nutzen. Denn die hierfür notwendigen politischen Entscheidungen und  
189 Weichenstellungen werden jedoch nicht nur auf der Landesebene, sondern auch auf der  
190 bundespolitischen und EU-Ebene getroffen.

191 Hierzu bedarf es aber auch in Thüringen eines entsprechenden Gestaltungswillens, den die CDU nicht  
192 besitzt. Das hat sie bis 2014 bewiesen. Eine gerechte Steuerpolitik, wirksame Maßnahmen gegen  
193 Armut, Lohn- und Rentenangleichung im Osten – überhaupt einen respektvollen Umgang mit dem  
194 Osten: Fehlanzeige.

195 Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, haben demgegenüber  
196 gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern damit begonnen, unser Land zukunftsfest zu machen,  
197 seine Strukturen den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und die Demokratie in  
198 allen Bereichen unseres Landes weiterzuentwickeln.

199 Deshalb wollen wir:

200 *Ostdeutschland nicht länger benachteiligen*

201 DIE LINKE ist die Partei mit der höchsten Sachkompetenz für den Osten. Wir haben uns seit 1990  
202 kontinuierlich dafür eingesetzt, dass die Ungleichheit zwischen Ost und West überwunden und  
203 tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse hergestellt werden. Für die anderen Parteien war der Osten  
204 lange Zeit ein billiger Arbeitsmarkt und eine verlängerte Werkbank. Sie haben den Osten für ihre  
205 neoliberale Politik des Sozialabbaus instrumentalisiert. Nur wir haben immer und immer wieder klar  
206 benannt, dass diese Politik nach dem bis heute nicht aufgearbeiteten Treuhand-Desaster zu  
207 Rentenungerechtigkeit, zu zerrissenen Familien (Pendlerzwang) und zu Deindustrialisierung führte;

208 ebenso, dass Hartz IV im Osten noch verheerendere Folgen hatte als in anderen Teilen unseres  
209 Landes.

210 In vielen Bereichen sind die Menschen in Ostdeutschland und damit auch in Thüringen nicht  
211 gleichgestellt: Die Renten, Löhne und Gehälter sind niedriger. Durchschnittlich erhalten Ostdeutsche  
212 nur 78 Prozent des Westgehaltes. Die Tarifbindung ist geringer und die Gewerkschaften sind  
213 schwächer – auch wenn sich spürbar etwas zugunsten der Beschäftigten bewegt. DIE LINKE hat dafür  
214 gesorgt, dass die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen immer und immer wieder thematisiert  
215 wird.

216 Mit der rot-rot-grünen Landesregierung und Bodo Ramelow als Ministerpräsident hat Thüringen seit  
217 2014 im Bundesrat, gegenüber den westdeutschen Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und  
218 gegenüber der Bundesregierung endlich eine solide Interessenvertretung.

219 Deshalb werden DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow weiterhin dafür eintreten, dass:

- 220 • die Angleichung der Lebensverhältnisse spürbar vorangebracht wird. Das gilt vorrangig für  
221 die Rentenangleichung durch das Schließen der Rentenlücke und die Beseitigung von  
222 Rentenungerechtigkeiten. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten, wenn sie für  
223 höhere Tarifbindung und -abschlüsse kämpfen, um die Ungerechtigkeiten zwischen Ost und  
224 West zu überwinden.
- 225 • zusätzliche Bundesbehörden in Thüringen angesiedelt und mehr Wissenschafts- und  
226 Forschungseinrichtungen im Osten gegründet werden.
- 227 • die Länder unterstützt werden – und zwar bei den Kosten für die Bundesfernstraßen, bei der  
228 Schulbauförderung, bei der konsequenten Digitalisierung der Schulen, beim Qualitätsausbau  
229 unserer Kindergärten, bei den Energiekosten und bei der Reduzierung umweltpolitischer  
230 Altlasten.
- 231 • der Bund anstelle der ostdeutschen Länder die Kosten der DDR-Versorgungslasten in seiner  
232 Rechtsnachfolge trägt. Das dadurch frei werdende Geld wollen wir in Bildung und  
233 Infrastruktur investieren.
- 234 • die Tarifbindung gestärkt und ein höherer Mindestlohn ausgehandelt wird und  
235 unterschiedliche Löhne für die gleiche Arbeit in Ost und West und zwischen Männern und  
236 Frauen überwunden werden.
- 237 • die Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen unterbunden wird.

238 Vor allem geht es jedoch um die Anerkennung der Lebensleistungen der Menschen in Thüringen und  
239 in Ostdeutschland – vor und nach 1989/90. Die hier gemachten Erfahrungen, positiv wie negativ,  
240 müssen als Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft anerkannt und respektiert werden – und  
241 sie müssen sich in politischen und gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln. Das erfordert,  
242 ostdeutsche Erfahrungen und Lebensleistungen in ihrer Gesamtheit und Vielfalt ernst zu nehmen,  
243 statt einseitiger Zuspitzungen, etwa der „Unrechtsstaatsdebatte“, und des überheblichen Auftretens  
244 gegenüber den „Jammer-Ossis“.

245 *Gute Renten für Alle*

246 DIE LINKE will eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Rentenpolitik. Niemand darf im Alter arm  
247 sein, ganz gleich ob infolge von Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung  
248 sowie Pflege und auch nicht in Abhängigkeit von der Dauer der Berufstätigkeit. Jede und jeder soll im  
249 Alter in Würde leben können. Unser Einsatz für gute Arbeit und gute Löhne sowie einen gesetzlichen

250 Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde ist zugleich ein Kampf um eine gute Rente. Die  
251 gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor Armut schützen.

252 Rentenpolitik ist Bundespolitik. Eine Landesregierung hat auf diesem Gebiet nur geringe  
253 Einflussmöglichkeiten. Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, haben  
254 gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern unsere geringen Möglichkeiten genutzt und uns im  
255 Bundesrat eingesetzt für:

- 256 • die Rentenangleichung zwischen Ost und West – bei Beibehaltung eines Ausgleichs für das  
257 geringere Lohnniveau in Ostdeutschland
- 258 • ein einheitliches Rentensystem in der Bundesrepublik, in das auch Beamtinnen und Beamte,  
259 Freiberuflerinnen und -berufler, Selbstständige und Berufspolitikerinnen und -politiker  
260 einbezogen sind
- 261 • die steuerfinanzierte Angleichung der sogenannten „Mütterrente“ und die gleiche  
262 Anrechnung der Kindererziehungszeiten – auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden
- 263 • eine angemessene Rente für in der DDR geschiedene Frauen
- 264 • das Schließen von Überführungslücken in der Rentenüberleitung bei bestimmten Personen-  
265 und Berufsgruppen in Ostdeutschland

266 Wir werden diese Politik fortsetzen, bis die Renten in Ost- und Westdeutschland angeglichen und alle  
267 Rentenlücken geschlossen sind. DIE LINKE wird deshalb für folgende Forderungen eintreten:

- 268 • für eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro
- 269 • für eine abschlagsfreie Rente ab 65 sowie für einen Renteneintritt mit 60 Jahren bei  
270 mindestens 40 Beitragsjahren
- 271 • die Rente zu einer steuer- und beitragsfinanzierten Leistung ausbauen und das Rentenniveau  
272 erhöhen
- 273 • Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege besser absichern

#### 274 *Gute Pflege mit starken Pflegekräften für Thüringen*

275 Das gegenwärtige Pflegesystem stellt den Profit vor die Bedürfnisse der Menschen. Die meist  
276 weiblichen Beschäftigten in den Sozial- und Gesundheitsberufen leiden an Überlastung und sie  
277 werden schlecht für ihre wichtige Arbeit bezahlt. Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, werden  
278 in Minuten abgerechnet statt als Individuen im Mittelpunkt zu stehen. DIE LINKE lehnt dieses System  
279 ab. Wir sagen: Menschen vor Profite. Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen  
280 Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen finanziert  
281 wird. Den in den Pflegeberufen Tätigen muss mehr Respekt und Anerkennung entgegengebracht  
282 werden. Dafür haben wir uns in den vergangenen Jahren auf der Bundesebene und, im Rahmen  
283 unserer Zuständigkeit, auch in Thüringen eingesetzt:

- 284 • DIE LINKE. Thüringen hat die Beschäftigten im Pflegebereich in ihrem Kampf für Tarifbindung  
285 und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt.
- 286 • Die rot-rot-grüne Landesregierung hat die Unterstützung für pflegende Angehörige  
287 ausgebaut.
- 288 • Wir wirken darauf hin, dass in Thüringen verbindliche Personalschlüssel für Alten- und  
289 Pflegeeinrichtungen schon vor Inkrafttreten der bundesgesetzlichen Vorgaben im Jahr 2020  
290 eingeführt werden.
- 291 • Auf Bundes- und Landesebene treten wir für die Einführung verbindlicher Personalschlüssel  
292 in Krankenhäusern ein.

293 Wir sind uns bewusst: Diese Maßnahmen haben bislang nur wenig an der schwierigen Situation der  
294 Pflegekräfte und der Pflegebedürftigen geändert. Deshalb will DIE LINKE eine Pflegeoffensive für das  
295 ganze Land. Alle Zuständigen müssen Pflege als gesamtgesellschaftliche, ressortübergreifende und  
296 prioritäre Aufgabe annehmen. Unter diesem Aspekt plädiert DIE LINKE. Thüringen dafür, den  
297 Thüringer Pflegepakt zu überarbeiten, und schlägt folgende Maßnahmen vor:

- 298 • Wir wollen eine komplette Bestandsaufnahme zur Pflegesituation in den Kommunen  
299 befördern, um wohnortnah weiße Flecken mit Angeboten für Pflegebedürftige und  
300 Angehörige zu füllen. Damit lässt sich die Grundlage zur Wiedereinführung einer  
301 Landespflegeplanung legen.
- 302 • Wir wollen unabhängige und barrierefreie kommunale Pflegeberatungsstellen etablieren  
303 (Pflegestützpunkte).
- 304 • Wir wollen selbstorganisierte und wohnortnahe Modelle in der Pflege unterstützen, zum  
305 Beispiel Pflege-Genossenschaften, und die kommunale Grundversorgung in der Pflege  
306 stärken.
- 307 • Wir wollen pflegende Angehörige durch Beratung und Begleitung stärken. Wir drängen  
308 darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu erleichtern.
- 309 • Mit regelmäßigen Pflegekonferenzen wollen wir den Fachaustausch zwischen lokalen Aktiven  
310 aus Pflegeberufen und dem Ehrenamt befördern. Damit kann eine altersgerechte Gestaltung  
311 der sozialen Infrastruktur praktisch unterstützt werden.
- 312 • Wir setzen uns weiterhin zusammen mit den Beschäftigten, Auszubildenden und den  
313 Gewerkschaften für Tarifbindung, verbesserte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der  
314 Pflege und für den qualifikationsgerechten Einsatz der Pflegefachkräfte ein.
- 315 • Wir wollen das Pflegepersonal von Bürokratie entlasten, um mehr Zeit für die Arbeit mit den  
316 Menschen zu schaffen.

#### 317 *Ein solidarisches Europa für die Vielen statt neoliberales Projekt für Eliten*

318 Die jahrzehntelange Indienstnahme für neoliberale Interessen hat leider dazu beigetragen, dass die  
319 europäische Idee an Legitimation verloren hat – insbesondere bei Arbeiterinnen und Arbeitern,  
320 Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentnern. DIE LINKE. Thüringen steht für die Erneuerung des  
321 europäischen Projekts durch Schaffung einer Sozialunion, die diesen Namen auch verdient, durch das  
322 Herstellen gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Europas und durch das Beenden der  
323 krisenverschärfenden Spardiktate gegenüber Ländern wie Griechenland. Ohne die Europäische Union  
324 wären Umwelt- und Klimaschutz, ein wirksamer Datenschutz und die Sicherung der Interessen von  
325 Verbraucherinnen und Verbrauchern in einer globalisierten Welt nicht mehr möglich. Die gute  
326 wirtschaftliche Entwicklung Thüringens verdanken wir wesentlich auch Mitteln der Europäischen  
327 Strukturfonds. Ohne sie stünden Programme der Infrastrukturentwicklung, zur Wirtschaftsförderung  
328 und zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zur Disposition. Eine handlungsfähige und sozial gerechte  
329 Europäische Union ist für uns unverzichtbar. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo  
330 Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- 331 • über die Thüringer Landesvertretung in Brüssel für die Aufrechterhaltung der europäischen  
332 Strukturfondsmittel geworben, unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Interessen  
333 (zum Beispiel demografischer Faktor und weiterhin bestehender Aufholbedarf)
- 334 • das Europäische Informationszentrum in Erfurt als Ort der Diskussion und Aufklärung über  
335 europäische Projekte weiterentwickelt

- 336 • in der Europaministerkonferenz und im Bundesrat Initiativen unterstützt und eingebracht,  
337 die dem Ziel einer friedlichen und sozialen EU-Politik und der Beendigung der Spardiktate  
338 dienen  
339 • ein Brexit-Übergangsgesetz erarbeitet, mit dem auf die Herausforderungen des Austritts  
340 Großbritanniens aus der EU reagiert werden kann

341 DIE LINKE. Thüringen wird auch künftig gegenüber der Europäischen Union einfordern, dass:

- 342 • der Brexit nicht dazu beitragen darf, dass die ostdeutschen Länder statistisch „hochgestuft“  
343 werden, mit dem Ergebnis geringerer EU-Zuschüsse für Thüringen  
344 • die EU-Strukturfonds den ostdeutschen Interessen Rechnung tragen müssen und dabei vor  
345 allem auf die Bevölkerungsentwicklung als besondere Herausforderung orientiert sind  
346 • die Programme für Beschäftigungsförderung, regionale Wirtschaftsförderung und Bildung  
347 gestärkt werden, statt die Mittel für EU-Verteidigungs- und Rüstungspolitik zu erhöhen  
348 • das Prinzip der politischen Verantwortung auf der bürgernächsten Ebene (Subsidiarität) mehr  
349 Beachtung findet

350 *Selbstverwaltete und leistungsfähige Kommunen als Fundament eines zukunftsfähigen Landes*

351 Für DIE LINKE. Thüringen bilden die selbstverwalteten Kommunen das Fundament einer  
352 zukunftsorientierten, demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft. Für eine tatsächliche  
353 kommunale Selbstverwaltung ist es nach unserer Auffassung wichtig, die Bürgerinnen und Bürger an  
354 ihren eigenen Angelegenheiten zu beteiligen – durch umfassende Demokratie, Transparenz und  
355 Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Weiterhin müssen die  
356 Kommunen nach unserer Auffassung die Hauptträger der für die Allgemeinheit erforderlichen  
357 Dienstleistungen sein, etwa Gas-, Wasser- und Energieversorgung, Müllabfuhr und  
358 Abwasserbeseitigung sowie Unterhalt von Krankenhäusern, Kultur- und Bildungseinrichtungen. Eine  
359 entscheidende Voraussetzung hierfür ist: Die Thüringer Kommunen bleiben bzw. werden finanziell  
360 handlungsfähig und leistungsfähig.

361 Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit  
362 unseren Koalitionspartnern folgende Schritte unternommen:

- 363 • Das Volumen des Kommunalen Finanzausgleichs ist seit Beginn der rot-rot-grünen  
364 Landesregierung stetig gestiegen. Betrug das Volumen unter der CDU im Jahr 2014 1,85  
365 Milliarden Euro, so ist es im Jahr 2016 auf 1,901 Milliarden Euro und im Jahr 2018 auf fast 2  
366 Milliarden Euro angewachsen.  
367 • Die Thüringern Kommunen hatten im Jahr 2017 im Vergleich zum letzten CDU-regierten Jahr  
368 insgesamt 700 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Für die Jahre 2018 und 2019 haben wir  
369 ein kommunales Investitionspaket in Höhe von insgesamt 200 Millionen Euro zur Verfügung  
370 gestellt – für Schulen und Sportplätze, für die Feuerwehren und für kommunale  
371 Krankenhäuser.  
372 • Die Thüringer Kurorte erhalten seit 2016 für den Ausgleich ihrer Mehrbelastungen erstmals  
373 Jahr für Jahr 10 Millionen Euro Sonderzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.  
374 • Im Zusammenhang mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform haben wir über 200  
375 Millionen Euro für Fusionsprämien und Entschuldungshilfen zur Verfügung gestellt.  
376 • Mit zwei Gemeindeneugliederungsgesetzen und den Leitlinien zur Neugliederung der  
377 Gemeinden haben wir die Voraussetzungen für leistungsfähige kommunale Strukturen  
378 geschaffen. Über 300 Gemeinden werden freiwillig die Chance zur Schaffung zukunftsfester

379 Strukturen nutzen, weitere werden hinzukommen. Noch im Jahr 2019 folgt ein drittes  
380 Gemeindeneugliederungsgesetz.

381 Leistungsfähige und zukunftsfeste Kommunen bleiben eine entscheidende Aufgabe Thüringer  
382 Landespolitik. DIE LINKE. Thüringen unterbreitet deshalb folgende Vorschläge:

- 383 • Wir wollen die Stellung der Kommunen stärken und ihnen ein höheres Gewicht im föderalen  
384 Staatsaufbau zukommen lassen. Dazu gehört eine dritte föderale Kammer neben Bundestag  
385 und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig  
386 vertreten können. Die Städte und Gemeinden brauchen eine höhere Beteiligung am  
387 Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, um finanziell unabhängiger von politischen  
388 Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu sein.
- 389 • Wir werden den Prozess zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen auf Basis der  
390 Freiwilligkeit weiterführen – vor dem Hintergrund demografischer Entwicklung im Freistaat  
391 Thüringen und der Herausforderungen an eine moderne Verwaltung. Die Bildung  
392 zukunftsfähiger Gemeindestrukturen werden wir unterstützen. Ebenso werden wir die  
393 Übertragung von Landkreisaufgaben auf die gemeindliche Ebene prüfen und dann einleiten,  
394 wenn die zu lösenden Fragen und Probleme unmittelbar vor Ort besser entschieden und  
395 gelöst werden können.
- 396 • Wir werden die angemessene Finanzausstattung der Kommunen weiter gewährleisten und  
397 den kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln. Die Verteilungsmechanismen zwischen  
398 den Kommunen werden wir mit Blick auf ihre Aufgaben und ihre eigene Finanzkraft ständig  
399 berücksichtigen. Wir wollen die Thüringer Kommunen auf ein solches finanzielles Fundament  
400 stellen, dass zukünftig auf sogenannte kommunale Hilfsprogramme, die nicht Bestandteil des  
401 kommunalen Finanzausgleichs sind, verzichtet werden kann. Mit einer differenzierten  
402 Kreisumlage werden wir sicherstellen, dass größere Städte Landkreisaufgaben nicht  
403 mehrfach finanzieren, wenn sie diese selbst erbringen.
- 404 • Wir wollen auf Landesebene eine Servicestelle zur Unterstützung der Kommunen bei der  
405 Akquise, Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln einrichten.
- 406 • Wir werden die bestehenden Gesetze überprüfen und unnötige Standards zur Beschränkung  
407 der kommunalen Selbstverwaltung streichen. Künftig soll stärker vor Ort entschieden werden  
408 können, wie Rahmenvorschriften flexibler und bürgerfreundlicher ausgestaltet werden  
409 können.

#### 410 *Einen solidarischen und gerechten Landeshaushalt*

411 DIE LINKE. Thüringen strebt öffentliche Haushalte mit hohen Investitionen, dem Abbau von alten  
412 Schulden und der Vorsorge vor künftigen Risiken an. Haushaltspolitik ist für uns kein Selbstzweck,  
413 sondern dient der Umsetzung unserer politischen Ziele durch Investitionen in unsere Zukunft. Wir  
414 wollen, dass die Menschen von den erwirtschafteten Überschüssen direkt profitieren.

415 Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit  
416 unseren Koalitionspartnern in den vergangenen fünf Jahren:

- 417 • unsere politischen Kernprojekte und dringend notwendige Maßnahmen finanziert, zum  
418 Beispiel ein beitragsfreies Kindergartenjahr, Schulinvestitionen, die Verbesserung der  
419 finanziellen Ausstattung der Thüringer Kommunen, Neueinstellung von Lehrkräften an  
420 unseren Schulen und bei der Polizei

- 421 • mehr als eine Milliarde Euro Schulden, die die CDU-Vorgängerregierungen aufgenommen  
422 haben, getilgt  
423 • eine angemessene Rücklage als Instrument der Haushaltsvorsorge angespart

424 Den Landeshaushalt für das Jahr 2020 werden wir noch vor der Landtagswahl im Jahr 2019  
425 beschließen, um die Handlungsfähigkeit des Freistaats bereits zu Beginn des Jahres 2020 zu  
426 gewährleisten.

427 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen diese zukunftsfähige Haushaltspolitik in den nächsten Jahren  
428 fortsetzen. Wir wollen weiter in die Schwerpunkte unserer Politik investieren: Bildung und  
429 Wissenschaft, Arbeit und Soziales, Kultur und Kommunen. Dabei werden wir die Landesanteile zur  
430 vollständigen Inanspruchnahme von EU-Mitteln und Bundesmitteln sichern. Das ist unsere  
431 Alternative zur Politik der „Schwarzen Null“, die die dringend notwendigen Investitionen für eine  
432 sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung blockiert und ökonomisch unsinnig ist.

433 Auf der Bundesebene tritt DIE LINKE. Thüringen zur Stärkung der öffentlichen Haushalte für folgende  
434 Forderungen ein:

- 435 • für eine gerechtere Steuerpolitik und die Umverteilung von oben nach unten – hierzu werden  
436 wir im Bundesrat Initiativen ergreifen bzw. unterstützen  
437 • für das Schließen von Steuerschlupflöchern und eine Finanztransaktions- und eine  
438 Millionärssteuer  
439 • für die Abschaffung der Schuldenbremse – sie wird von ihren neoliberalen Befürwortern als  
440 Sparsamkeit angepriesen, tatsächlich gefährdet sie unsere Zukunft, weil sie dringende  
441 Investitionen verhindert

#### 442 *Digitalisierung als Antrieb für eine sozial gerechte Zukunft gestalten*

443 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet voran. DIE LINKE. Thüringen will sicherstellen, dass  
444 der Fortschritt zuerst den Menschen zugutekommt. Eine zwingende Voraussetzung dafür ist ein  
445 umfassender Breitbandausbau, der niemanden vergisst. Gesellschaftliche Teilhabe wird auch von der  
446 Verfügbarkeit eines schnellen Internetanschlusses mitbestimmt. Deshalb haben wir 450 Millionen  
447 Euro EU-Mittel, Bundes- und Landesmittel in den vergangenen Jahren für zukunftsfähige Netze  
448 bereitgestellt und weitere Schritte festgelegt:

- 449 • Mit unserem Pilotprojekt für ein freies kommunales WLAN-Netz in Gera haben wir wichtige  
450 Erkenntnisse für nachfolgende Initiativen gewonnen.  
451 • Mit der Glasfaserstrategie bekennen wir uns zum Informationsträger der Zukunft. Anschlüsse  
452 im Gigabitbereich erhalten Gewerbegebiete und Unternehmen bis 2022, alle  
453 Bildungseinrichtungen bis 2023, alle Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025  
454 auch alle anderen Gebäude. Statt Insellösungen zu schaffen, werden Anliegerinnen und  
455 Anlieger sofort mitangebunden.

456 Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist ambitioniert, aber notwendig, um Teilhabe und wirtschaftliche  
457 Entwicklung zu sichern. Beides muss für DIE LINKE. Thüringen durch eine politische Rahmensetzung  
458 verbunden werden, um schnelles Internet für alle verfüg- und bezahlbar zu machen.

- 459 • Wir werden in Thüringen den flächendeckenden Breitbandausbau mit Glasfaser erreichen.  
460 Mindestens jedes Haus, besser jede Wohnung und jedes Geschäft werden direkt ans  
461 Glasfasernetz angeschlossen.

- 462 • Städtische Ballungsräume brauchen flächendeckende WLAN-Netze in öffentlicher Hand. Hier  
463 müssen die vielen Freifunkinitiativen in Thüringen mit ihren Erfahrungen und Erwartungen  
464 eingebunden werden.
- 465 • Mobiles Internet ist mehr als nur WLAN: Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der  
466 Mobilfunktechnologie der 5. Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische,  
467 sondern auch ländliche Räume rasch profitieren.
- 468 • Wir werden weiterhin für eine umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu  
469 schnellen Datenwegen nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht wird.
- 470 • Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger  
471 Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder  
472 genossenschaftlich zu organisieren.

473 *Eine effiziente, bürgernahe und damit zukunftsfähige öffentliche Verwaltung*

474 Sowohl die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen als auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst  
475 wollen eine Verwaltung, die sich den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts stellt. Sie erwarten, dass  
476 die öffentliche Verwaltung die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzt. Um dem gerecht zu werden,  
477 tritt DIE LINKE. Thüringen für eine leistungsfähige, effiziente und transparente Verwaltung ein, die  
478 sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen sollen  
479 selbst entscheiden, ob sie persönlich den Bürgerservice in Anspruch nehmen oder digital  
480 kommunizieren wollen. Bei unserem Regierungsantritt 2014 war digitales Verwaltungshandeln in  
481 Thüringen eine große Leerstelle. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als  
482 Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- 483 • das erste Gesetz für eine digitale Verwaltung in Thüringen beschlossen. Seit dem 1. Januar  
484 2019 können über die Bürgerservicekonten erste Dienstleistungen, wie die An- oder  
485 Abmeldung eines Fahrzeugs, digital erledigt werden. Das Portal wird Schritt für Schritt  
486 ausgebaut. Bis zum 1. Januar 2023 wird die Thüringer Verwaltung vollständig auf  
487 elektronische Aktenführung umgestellt sein.
- 488 • die Thüringer Kommunen bis 2022 mit insgesamt 80 Millionen Euro für die hierzu  
489 notwendigen Investitionen unterstützt. Wir haben ihnen gleichzeitig technische Lösungen für  
490 die digitale Verwaltung zur Verfügung gestellt.
- 491 • mit der Open-Source-Strategie die Verwaltung bei der Anwendung von Softwarelösungen  
492 unterstützt. Diese befreien uns aus der Abhängigkeit von Einzelanbietern und oft hohen  
493 Lizenzsummen und garantieren eine höhere IT- und Datensicherheit.
- 494 • die Anzahl der Landesbehörden und -einrichtungen deutlich verringert und unnötige  
495 Verwaltungsstufen – wo immer es ging – reduziert. So lassen sich die Aufgaben effektiver  
496 erfüllen.

497 Mit diesen und weiteren Maßnahmen hat Rot-Rot-Grün in Thüringen einen guten Anfang gemacht.  
498 Wir wollen den Weg fortsetzen und die Verwaltungen effizienter aufstellen und zu einem effektiven  
499 und leistungsfähigen Kooperationspartner für die Menschen und Unternehmen in Thüringen  
500 machen. Deshalb werden wir folgende Maßnahmen ergreifen:

- 501 • Digitale Verwaltung muss der Standard werden. Zugleich wollen wir dafür sorgen, dass die  
502 Ämter und Behörden für alle Menschen unmittelbar erreichbar und ansprechbar bleiben.  
503 Durch die Erweiterung und Schaffung von Bürgerservicebüros in den Gemeinden wollen wir  
504 eine flächendeckende Verwaltungsstruktur für die Menschen entwickeln, um kurze  
505 Verwaltungswege zu erhalten.

- 506 • Digitale Verwaltung heißt für uns: Die Daten der Bürgerinnen und Bürger sind und bleiben  
507 geschützt. Dies erfordert hohe Schutzstandards im öffentlichen Dienst, aber auch Aufklärung  
508 der Bürgerinnen und Bürgern, denn Datenschutz geht alle an. Die Informationsrechte und  
509 Entscheidungskompetenzen der gewählten kommunalen Vertretungen gegenüber den  
510 Verwaltungen wollen wir stärken. So können wir die Kommunalpolitik transparenter und  
511 demokratischer gestalten.
- 512 • Die Menschen in Thüringen müssen darauf vertrauen können, dass staatliche Stellen sparsam  
513 und sorgfältig mit ihren Daten umgehen. Die Entscheidung über eine Datenweitergabe muss  
514 von ihnen selbst getroffen werden. Staatliches Handeln muss transparent sein, nicht die  
515 Bürgerinnen und Bürger. Zur Kontrolle wollen wir den Landes-Datenschutzbeauftragten in  
516 seinen Aufgaben und personell weiter stärken.
- 517 • Die Thüringer Verwaltung soll Open-Source-Software nicht nur auf allen Ebenen nutzen,  
518 sondern die Entwicklung, regelmäßige Auditierung und Verbreitung von quelloffenen, in  
519 modernen Programmiersprachen geschriebenen und leicht zu benutzenden digitalen  
520 Werkzeugen fördern. So kann ein Beitrag zur konkreten Unterstützung kleiner, regional  
521 verankerter Softwareunternehmen gegen die Marktmacht großer Konzerne geleistet und  
522 gleichzeitig ein Mehr an Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden.
- 523 • Wir wollen die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben. Die Vielfalt  
524 der Gesellschaft muss sich im Fachpersonal der öffentlichen Verwaltung widerspiegeln.
- 525 • Die sich aus dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von  
526 rassistischer Diskriminierung („International Convention on the Elimination of All Forms of  
527 Racial Discrimination“ - ICERD) ergebenden Verpflichtungen wollen wir in allen Bereichen  
528 der öffentlichen Verwaltung umsetzen.

#### 529 *Einen leistungsstarken und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst*

530 DIE LINKE. Thüringen will einen an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierten öffentlichen  
531 Dienst. Er ist die Voraussetzung für eine auch zukünftig gut funktionierende öffentliche Verwaltung.  
532 Von den Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hängt in großen Teilen unsere  
533 Lebensqualität ab. DIE LINKE. Thüringen dankt deshalb allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst für  
534 ihre geleistete Arbeit. Sie können zu Recht gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Möglichkeiten  
535 der eigenen Qualifizierung und Entwicklungschancen erwarten. Gemeinsam stehen wir vor der  
536 Herausforderung, dass bis 2025 mehr als 13 000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst in  
537 Thüringen ausscheiden werden. Die Suche nach Fachkräften, eine erhebliche Verjüngung der  
538 Beschäftigten und eine neue Verwaltungskultur werden den öffentlichen Dienst prägen.

539 Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind zunehmend mit Gewalt, Hass, Ablehnung und  
540 Unverständnis in ihrem Dienst konfrontiert. Sie haben Anspruch auf Unterstützung und Schutz.

541 Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit  
542 unseren Koalitionspartnern:

- 543 • ein Personalentwicklungskonzept vorgelegt, das auf die Pensionswelle im öffentlichen Dienst  
544 reagiert und Thüringen zu einem attraktiven Arbeitgeber macht
- 545 • die Ergebnisse der Tarifverhandlung im öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich für die  
546 Landesbeamtinnen und -beamten umgesetzt
- 547 • die Personalvertretungen im öffentlichen Dienst deutlich gestärkt
- 548 • den Rechtsschutz im öffentlichen Dienst verbessert, um die Beschäftigten im Klagefall besser  
549 als bisher zu unterstützen

550 • den Kampf gegen die „Malta-Masche“ aufgenommen, mit der die Beschäftigten im  
551 öffentlichen Dienst durch selbst ernannte „Reichsbürger“ mit unberechtigten Forderungen in  
552 Millionenhöhe bedroht und eingeschüchtert werden

553 Diesen Weg wollen wir, DIE LINKE Thüringen, in den kommenden Jahren durch folgende Maßnahmen  
554 fortsetzen. Wir werden:

- 555 • die noch auf der Entscheidung der früheren CDU Regierung beruhenden  
556 Personaleinsparungen bei Lehrerinnen und Lehrern, Polizei und Justiz sowie nachgeordneten  
557 zahlreichen weiteren Behörden, überwinden und durch ein Personalentwicklungskonzept  
558 ersetzen, das der demographischen Entwicklung gerecht wird und zeitgleich progressive  
559 Anforderungen an Qualifizierung und Entwicklungschancen für Bedienstete und Beschäftigte,  
560 weicher Faktoren, Flexibilität bei der Integration von Seiteneinsteigern berücksichtigt und  
561 prekäre Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst ausschließt.
- 562 • die Bediensteten im öffentlichen Dienst entsprechend ihrer Aufgaben besolden
- 563 • das Beförderungssystem fairer gestalten und alle Beförderungsmöglichkeiten ausschöpfen,  
564 um die Arbeit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst tatsächlich wertzuschätzen und ihnen  
565 Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung bieten
- 566 • Gewalt und Hass, Ablehnung und Unverständnis gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst  
567 weiter zurückdrängen

#### 568 *Thüringen zu einem Willkommensland gestalten*

569 Thüringen ist seit jeher Einwanderungsland und Zufluchtsstätte. Zuwanderung prägte den Freistaat in  
570 der Vergangenheit und spielt auch für die Gegenwart und Zukunft eine große Rolle. An ihren neuen  
571 Lebensorten entwickeln zugewanderte Menschen soziale Bezüge und tragen zum gesellschaftlichen  
572 Leben bei. Sie gründen Familien, beteiligen sich am politischen Gemeinwesen und am kulturellen  
573 Leben. DIE LINKE. Thüringen will den Freistaat zu einem Willkommensland Thüringen gestalten.  
574 Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft  
575 und setzen auf ein „inklusives Wir all derer, die hier leben“.

576 Unser Anspruch ist es,

- 577 • die menschenrechtlichen Mindeststandards bei der Einwanderung wiederherzustellen
- 578 • Zugänge zu sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Teilhabe zu erleichtern und  
579 entsprechende Hürden abzubauen
- 580 • dass Legalisierung und Inklusion die Prämissen der Thüringer Einwanderungspolitik sind, und  
581 nicht Abschottung und Begrenzung

582 In diesem Sinne werden wir uns bundespolitisch für eine legale Einwanderung einsetzen, die  
583 Menschen nicht nach Nützlichkeit sortiert. Für bereits hier lebende Menschen wollen wir die  
584 Möglichkeit eines Spurwechsels. Menschen, die seit 3 Jahren hier als gestattete Asylsuchende oder  
585 mit einem ungewissen Duldungsstatus leben, sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.  
586 Dort, wo Menschen leben, arbeiten und ihre sozialen Bezüge aufbauen und zum gesellschaftlichen  
587 Leben beitragen, sollen sie die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und  
588 einen abgesicherten und dauerhaften Rechtsstatus als Einwanderinnen und Einwanderer besitzen.

#### 589 *Den humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik fortsetzen*

590 DIE LINKE. Thüringen will, dass Menschen, die vor Krieg, Hunger und Not flüchten müssen,  
591 humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der Integration in unserem Land finden. Sie sollen

592 unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei und menschenwürdig leben und am  
593 gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen mit Bodo  
594 Ramelow als Ministerpräsident, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- 595 • eine Investitionskostenpauschale für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in  
596 Wohnungen eingeführt, die Sozialbetreuungspauschale nahezu verdoppelt und die  
597 Mindeststandards für Unterkünfte erhöht – zur Verbesserung der Aufnahmebedingungen in  
598 den Landkreisen und kreisfreien Städten
- 599 • eine Ehrenamtskoordination beim Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und  
600 Verbraucherschutz eingerichtet – zur Unterstützung und Vernetzung ehrenamtlicher  
601 Strukturen und zur Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten
- 602 • das Thüringer „Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!“ mit zahlreichen  
603 Integrationsangeboten entwickelt und umgesetzt – darunter Sprachkurse wie „Start  
604 Deutsch“ für nicht schulpflichtige geflüchtete Menschen, die keinen Zugang zu  
605 Integrationskursen haben, und „Start Bildung“ für junge geflüchtete Menschen

606 Wir wollen den Ansatz einer humanitären Flüchtlingspolitik fortsetzen und hierzu  
607 Integrationsangebote von Anfang an und unabhängig des Aufenthaltsstatus unterbreiten.

- 608 • Schon mit der Erstaufnahme der Asylsuchenden wollen wir erste Schritte für die Integration  
609 in unsere Gesellschaft gehen. Neben der Asylverfahrensberatung wollen wir ein  
610 Clearingverfahren etablieren, das die aktuelle Situation der Geflüchteten, berufliche  
611 Kenntnisse und Fähigkeiten und besondere Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung  
612 eines individuellen „Integrationsplanes“ ermöglicht.
- 613 • Geflüchtete Menschen sollen in Thüringen ihren Wohnort frei wählen können. Die dezentrale  
614 Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns eine wichtige Voraussetzung, damit sie ihr Leben  
615 selbstbestimmt gestalten können.
- 616 • Die Landkreise und kreisfreien Städte wollen wir bei der Erstellung und Umsetzung von  
617 Integrationskonzepten unterstützen. Die Ausländerbehörden werden wir zu  
618 Einwanderungsbehörden mit Beratungs- und Bündelungsfunktion der verschiedenen  
619 Willkommens- und Integrationsangebote umgestalten. Dazu wollen wir Modellprojekte  
620 starten.
- 621 • Jährlich werden wir einen Thüringer Willkommens- und Integrationsgipfel ausrichten, der  
622 geflüchtete Menschen, öffentliche und gemeinnützige Organisationen und Initiativen einlädt,  
623 die Thüringer Flüchtlingsaufnahme-, Integrations- und Willkommenspolitik mitzugestalten.
- 624 • Entscheidungen über aufenthaltsbeendende Maßnahmen abgelehnter Asylsuchender sind  
625 über Bundesrecht geregelt. Dennoch gibt es landesrechtliche Möglichkeiten,  
626 unverhältnismäßige Härten zu vermeiden. Den bestehenden Ministeriumserlass werden wir  
627 weiterentwickeln – wir werden zum Beispiel Kindereinrichtungen, Schulen und  
628 Krankenhäuser zu Schutzräumen vor Abschiebung erklären und Erkrankungen oder eine  
629 bestehende Schwangerschaft zu Schutzgründen vor Abschiebung.
- 630 • Auf Bundesebene werden wir uns für die Wiederherstellung des Grundrechtes auf Asyl und  
631 für die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze, etwa das Asylbewerberleistungsgesetz,  
632 einsetzen.

633 *Unsere Demokratie verteidigen und ausbauen*

634 DIE LINKE. Thüringen setzt sich für eine konsequente und umfassende Demokratisierung ein. Über  
635 alle Aktivitäten und Maßnahmen in Gesellschaft und Staat sollen diejenigen Menschen  
636 mitbestimmen, die von den Auswirkungen der jeweiligen Entscheidungen betroffen sind. Deshalb  
637 geht es sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts und den Ausbau der direkten Demokratie  
638 (Volksbegehren/Bürgerbegehren) als auch um die Entwicklung einer neuen umfassenden  
639 Mitwirkungs- und Mitbestimmungskultur. Das betrifft auch Schulen und Rundfunkanstalten,  
640 Verbraucher- und Nutzerbeiräte bei (öffentlichen) Unternehmen und Zweckverbänden (zum Beispiel  
641 Wasserversorgung) und den Umbau der Kommunen in Beteiligungskommunen  
642 (Bürgerhaushalte/Beteiligungsbeiräte für kommunale Projekte usw.).

643 Auf diesem Weg sind wir, gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern, wichtige Schritte gegangen  
644 und haben:

- 645 • die direkte Demokratie in Kommunen ausgebaut. Neu sind zum Beispiel das Ratsbegehren  
646 und Bürgerbegehren in den Ortsteilen und zur Abwahl von Bürgermeisterinnen und -  
647 meistern und Landrätinnen und -räten. Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und  
648 Einwohneranträge sind nun in einem eigenen Gesetz geregelt. So müssen zum Beispiel alle  
649 Stimmberechtigten vor der Abstimmung entsprechendes Informationsmaterial erhalten. Alle  
650 Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune ab 14 Jahren können unabhängig von ihrer  
651 Staatsbürgerschaft einen Einwohnerantrag stellen.
- 652 • das Beteiligungsalter für Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre  
653 abgesenkt. Damit können sich nun auch die Jugendlichen an den demokratischen Prozessen  
654 beteiligen.
- 655 • mit einer „Beteiligentransparenzdokumentation“ dafür gesorgt, dass für jede und jeden  
656 über eine öffentliche Informationsdatenbank beim Landtag nachvollziehbar wird, welche  
657 Organisationen und Personen mit welchen Inhalten und Vorschlägen auf die  
658 Landesgesetzgebung Einfluss genommen haben.
- 659 • das Abgeordnetengesetz so verändert, dass Thüringer Landtagsabgeordnete mit bestimmten  
660 Funktionen, zum Beispiel stellvertretende Fraktionsvorsitzende, keine besonderen Zulagen  
661 erhalten und dieses Verbot auch für Zulagen-Zahlungen aus den Fraktionskassen gilt. Für die  
662 Thüringer Ministerinnen und Minister haben wir eine gesetzliche Karenzzeit von bis zu 24  
663 Monaten eingeführt, damit sie nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt nicht mehr nahtlos in  
664 einen „Lobby-Job“ wechseln können.

665 Den insgesamt erreichten Fortschritt an mehr Demokratie wollen wir, DIE LINKE. Thüringen, mit  
666 folgenden Vorschlägen ausbauen:

- 667 • Das Wahlalter für Landtagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden.
- 668 • Wir wollen das aktive und passive Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -  
669 Bürger einführen. Sie sollen sich, wenn sie ihren Lebensmittelpunkt seit 5 Jahren in  
670 Thüringen haben, an den Kommunalwahlen beteiligen können.
- 671 • Der Einwohnerantrag für alle Menschen in Thüringen soll unabhängig von der  
672 Staatsangehörigkeit auch auf der Landesebene eingeführt werden. Damit soll der Landtag zur  
673 Beratung der Anliegen von in Thüringen lebenden Menschen ohne deutschen Pass  
674 verpflichtet werden.
- 675 • Das „Finanz- und Abgabentabu“ bei Volksbegehren wollen wir abschaffen. Die Menschen in  
676 Thüringen sollen auch über die Sachfragen (etwa Kommunalabgaben) mit finanziellen  
677 Auswirkungen mitbestimmen können, für die das Land zuständig ist.

- 678 • Wir wollen die Kommunen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu  
679 „Beteiligungskommunen“ weiterentwickeln, in denen auch alternative Beteiligungsmodelle  
680 erprobt werden können. Die umfassende und möglichst frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung  
681 der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben und Großprojekten muss wirksam  
682 ausgebaut werden.
- 683 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei  
684 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen.
- 685 • Die Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag sollen weitgehend öffentlich stattfinden.
- 686 • Das Gesetz über Untersuchungsausschüsse im Thüringer Landtag wollen wir so verändern,  
687 dass es die Rechte der Abgeordneten stärkt, um ein noch wirksameres  
688 Aufklärungsinstrument zu werden.
- 689 • Angeordnete des Thüringer Landtages sollen steuerrechtlich wie alle steuerpflichtigen  
690 Berufstätigen behandelt werden und ebenso in gesetzliche Versicherungssysteme  
691 einbezogen werden.
- 692 • Die Antikorruptionsarbeit wollten wir modernisieren, unter anderem durch die Einführung  
693 eines Registers bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

694 DIE LINKE. Thüringen wird als Teil des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ auch weiterhin  
695 eng mit dem Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ zusammenarbeiten, um die  
696 Demokratieentwicklung in unserem Land parlamentarisch und außerparlamentarisch voranzutreiben.

697 Wir wollen einen breiten und öffentlichen Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung und  
698 Modernisierung der Thüringer Verfassung initiieren, an dessen Ende ein Volksentscheid über eine  
699 Veränderung der Verfassung stehen kann.

## 700 II. Sozial gerecht für Alle

701

702 DIE LINKE wurde auch als eine Antwort auf den Sozialabbau der Agenda 2010 gegründet. Hartz IV,  
703 Rentenkürzungen und der Ausverkauf des öffentlichen Eigentums brachten viele Menschen in  
704 Bewegung und zu einer neuen Partei. Das Soziale wieder stark machen in unserem Land: Das war und  
705 ist die Aufgabe der LINKEN – und das ist zu Recht Ihre Erwartungshaltung an unsere Politik.

706 Wir haben mit Ministerin Heike Werner in Thüringen in Regierungsverantwortung gezeigt: Eine  
707 Politik der Solidarität kann gelingen. Sie kann das Leben der Menschen besser machen. Wir haben die  
708 Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in Thüringen zusammen mit vielen  
709 Engagierten erhalten und ausgebaut. Wir setzen Programme gegen Kinder- und Altersarmut um. Wir  
710 unterstützen Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Pflegekräfte und Pflegebedürftige. Wir  
711 stärken das kommunale Eigentum und die Nahversorgung für die Menschen in Thüringen. Wir  
712 entlasten Familien. Wir denken unsere Politik von den Bedürfnissen der Menschen in Thüringen her,  
713 egal welches Geschlecht, welche Herkunft oder sexuelle Orientierung ein Mensch hat. Wir sichern  
714 Krankenhäuser und fördern sozialen Wohnungsbau. Wir sind überzeugt: Nach fünf Jahren Rot-Rot-  
715 Grün und einem LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow gibt es mehr für die Mehrheit.

716 Wir wissen aber auch um die Probleme in unserem Land. Viele Menschen fürchten sich vor Armut im  
717 Alter. Wir sehen den Leerstand in vielen ländlichen Regionen und die Wohnungsnot in den Städten.  
718 Es bleibt ein Skandal, dass gleiche und gleichwertige Arbeit noch immer nicht gleich entlohnt wird,  
719 weder zwischen Ost und West noch zwischen Frauen und Männern. Um dem entgegenzuwirken,  
720 braucht Thüringen weiterhin eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Das geht nur mit einer  
721 Fortsetzung von Rot-Rot-Grün unter Bodo Ramelow als Ihrem Ministerpräsidenten.

722 Hierfür will DIE LINKE. Thüringen:

### 723 *Ehrenamtliche unterstützen statt überfordern*

724 Ehrenamtliches Engagement trägt weite Teile unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Für DIE  
725 LINKE. Thüringen steht fest: Jedes Ehrenamt ist wichtig und verdient Dank und Anerkennung. In der  
726 Vergangenheit gab es die falsche Entwicklung, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung, gerade  
727 im Sozial- und Bildungsbereich, immer weiter zurückzog – das Ehrenamt übernahm vorher bezahlte  
728 Tätigkeiten. Eine solche Politik lehnt DIE LINKE. Thüringen ab. Wir wollen die Voraussetzungen für  
729 das Ehrenamt verbessern. Wir fördern jedes ehrenamtliche Engagement, das ein demokratisches,  
730 vielfältiges, friedliches und solidarisches Miteinander untermauert. Wir möchten Ehrenamtliche gut  
731 beraten, unterstützen und ihr Engagement stärken:

- 732 • Wir wollen Ehrenamtsbeauftragte mit Lotsenfunktion in den Kommunen etablieren. Vereine  
733 und Initiativen brauchen einen übersichtlichen und unbürokratischen Zugang zu  
734 Informationen und Fördermitteln.
- 735 • Wir wollen neue generationengerechte und innovative Ansätze in der Ehrenamtsarbeit  
736 unterstützen und die Thüringer Ehrenamtsstiftung weiterentwickeln.

### 737 *Soziale Infrastruktur sichern, Armut und Ausgrenzung überwinden*

738 Armut in einem reichen Land wie Deutschland ist eine Schande. Die herrschende Politik des  
739 Neoliberalismus hat dafür gesorgt, dass die Reichen immer reicher werden, während sich die Armut  
740 in der Bundesrepublik und damit auch in Thüringen strukturell verfestigt. Besonders betroffen sind  
741 hiervon Kinder, deren Familien oder alleinerziehende Eltern, und ältere Menschen, deren Rente nicht  
742 zu einem Leben in Würde reicht. Die Landespolitik kann gegen diese Entwicklung nur begrenzt

743 wirken. Dennoch hat die rot-rot-grüne Landesregierung viel daran gesetzt, eine leistungsfähige  
744 soziale Infrastruktur zu sichern, um Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Hierzu haben wir:

- 745 • in den Bundesrat Initiativen zur Armutsbekämpfung und zum gesetzlichen Krankenschutz  
746 eingebracht
- 747 • ein neues Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ mit einem  
748 Volumen von zehn Millionen Euro pro Jahr eingeführt – damit können kommunale Projekte  
749 der Jugend-, Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und Sozialpolitik im Rahmen einer integrierten  
750 Sozialpolitik gut aufeinander abgestimmt werden und besser für den sozialen Zusammenhalt  
751 wirken
- 752 • aufeinander aufbauende Förderprogramme für in Not geratene Menschen in Thüringen  
753 eingeführt, die schrittweise zurück in ein existenzsicherndes Leben führen; mit der Richtlinie  
754 zur Armutsprävention hat Rot-Rot-Grün den Thüringer Kommunen erstmalig 20 Millionen  
755 Euro zur Verfügung gestellt

756 DIE LINKE. Thüringen wird Armut in unserer Gesellschaft auch künftig entschieden bekämpfen. Wir  
757 setzen uns insbesondere für die folgenden Schwerpunkte ein:

- 758 • das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ von jetzt 10 auf 20  
759 Millionen Euro jährlich aufstocken
- 760 • kommunale Sozialraumplanung voranbringen
- 761 • Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Familien- und Frauenzentren  
762 ausfinanzieren und fortführen
- 763 • Angebote schaffen zur Unterstützung von Familien vor Ort im städtischen und im ländlichen  
764 Bereich – orientiert an den konkreten Bedarfen der unterstützten Familien,  
765 generationenübergreifend, das erhöhte Armutsrisiko von Frauen berücksichtigend
- 766 • im Bundesrat für eine Überwindung des Hartz IV-Systems eintreten sowie für eine echte  
767 Kindergrundsicherung und deutliche Besserstellungen für Rentnerinnen und Rentner

#### 768 *Kinder und Jugendliche in Thüringen stärken*

769 Kinder und Jugendliche benötigen Unterstützung und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Sie  
770 müssen ihr Leben selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Kinder- und Jugendpolitik ist  
771 ein eigenständiges Politikfeld, das in allen Themenbereichen beachtet werden muss. Nur so können  
772 die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigt werden. Nur so kann ihnen ein  
773 Mitsprache- und Mitwirkungsrecht eingeräumt werden. Deshalb hat Rot-Rot-Grün:

- 774 • die Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit gestärkt und bedarfsgerecht  
775 ausgestattet – die örtliche Jugendförderung wurde von 11 auf 15 Millionen Euro erhöht und  
776 gesetzlich festgeschrieben
- 777 • die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen verbessert. Zu den  
778 Kommunalwahlen dürfen junge Menschen ab 16 Jahren wählen. Kinder und Jugendliche  
779 haben mehr altersgerechte Mitsprache- und Beschwerderechte in Kindergarten und Schule  
780 erhalten. Junge Menschen sind nun eingeladen, ihr persönliches Lebensumfeld über die  
781 Beteiligung bei den Jugendhilfeausschüssen und der Jugendhilfeplanung mitzugestalten.
- 782 • einen Bericht der Landesregierung über die Lebenslagen junger Menschen in Thüringen  
783 angeregt, den es künftig alle fünf Jahre geben wird
- 784 • mit einem Jugend-Check die Auswirkungen von Gesetzen auf junge Menschen in Thüringen  
785 überprüft

786 DIE LINKE. Thüringen nimmt Kinder und Jugendliche als Partnerinnen und Partner bei allen sie  
787 betreffenden Entscheidungen ernst. Wir werden auch zukünftig die erforderlichen strukturellen  
788 Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen. Wir  
789 wollen Kindern und Jugendlichen eine wirkliche Teilhabe an demokratischen Prozessen sichern, die  
790 sie betreffen, damit sie sie für ihr ganzes Leben schätzen lernen. Hierfür will DIE LINKE:

- 791 • die Jugendsozialarbeit langfristig in Stadt und Land sichern
- 792 • wohnortnahe Freiräume und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche unterstützen,  
793 darunter selbstverwaltete Zentren
- 794 • die UN-Kinderrechte in die Thüringer Verfassung verankern und Initiativen unterstützen, die  
795 für deren Aufnahmen in das Grundgesetz eintreten
- 796 • Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Thüringer Kommunalordnung  
797 gesetzlich verpflichtend festschreiben
- 798 • die Jugendforschung in Thüringen stärken, um jugendpolitische Entscheidungen besser  
799 untersetzen zu können
- 800 • einen Landesbeteiligungsrat zur Selbstvertretung der Interessen von Kindern und  
801 Jugendlichen

802 *Für eine Politik, die Menschen nicht behindert*

803 DIE LINKE. Thüringen setzt sich dafür ein, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit  
804 Behinderungen vollständig umzusetzen. Wir wollen Schritt für Schritt Inklusion, umfassende  
805 Barrierefreiheit sowie volle Teilhabe in allen Lebensbereichen erreichen. Menschen mit und ohne  
806 Behinderungen müssen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben teilhaben und politisch  
807 mitbestimmen dürfen. Wir haben deshalb gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- 808 • den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention  
809 überprüft und weiterentwickelt
- 810 • mit einem erhöhten Landesblindengeld und dem neu eingeführten Taubblinden- und  
811 Gehörlosengeld die Nachteilsausgleiche für sinnesbehinderte Menschen verbessert

812 Noch im Jahr 2019 wird Rot-Rot-Grün ein neues Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit  
813 Behinderung beschließen – damit sollen die bestehenden Ausschlüsse von Menschen mit  
814 Behinderungen bei Wahlen weitgehend abgeschafft und ihre Selbstvertretung gestärkt werden.

815 Diese Politik will DIE LINKE. Thüringen mit und für Menschen mit Behinderung fortsetzen. Inklusion  
816 ist ein fortwährender Auftrag an uns. Hierzu werden wir:

- 817 • auf einfache Sprache und die Barrierefreiheit unserer LINKEN Angebote achten
- 818 • den fortgeschriebenen Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-  
819 Behindertenrechtskonvention vorantreiben
- 820 • die Nachteilsausgleiche der sinnesbehinderten Menschen in ihrer Höhe anpassen, weitere  
821 Nachteilsausgleiche prüfen und uns dafür einsetzen, diese bundesweit einheitlich auf hohem  
822 Niveau festzusetzen
- 823 • uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen  
824 einsetzen – ebenso für eine Nachbesserung des Bundesteilhabegesetzes; wir wollen, dass  
825 Unternehmen, die gemessen an ihrer Größe zu wenige Menschen mit Behinderung  
826 beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen

- 827       • die Thüringer Beauftragte bzw. den Thüringer Beauftragten für Menschen mit  
828           Behinderungen stärken

829   *Aktive Seniorinnen und Senioren für Thüringen*

830   DIE LINKE. Thüringen steht für ein positives Bild des Alters und Alterns. Ältere Menschen zeigen  
831   hohes gesellschaftliches Engagement und erwarten zu Recht, als aktive Bürgerinnen und Bürger  
832   angesprochen zu werden. Wir wollen die Verdienste von Seniorinnen und Senioren für unser  
833   Zusammenleben würdigen und den großen persönlichen Einsatz vieler fördern. Alter ist zugleich ein  
834   Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und  
835   Erlebnismöglichkeiten, die es zu berücksichtigen gilt. In diesem Sinne hat die rot-rot-grüne Koalition  
836   in den vergangenen Jahren gewirkt:

- 837       • Wir haben Modellprojekte der Seniorinnen- und Seniorenarbeit aufgebaut und gefördert, die  
838           einen guten Ausgangspunkt für weitere Vorhaben bieten. Wir unterstützen auch Projekte der  
839           Selbstorganisation, etwa Strukturen zur gegenseitigen Unterstützung Älterer und  
840           Seniorinnen- und Senioren-WGs.

841   Durch neue Regelungen im Seniorenmitbestimmungsgesetz werden noch im Jahr 2019 bessere  
842   Bedingungen für die Beteiligung und Unterstützung des Zusammenlebens der Generationen in  
843   Thüringen geschaffen. Wir werden unter anderem die kommunalen Seniorenbeiräte und -  
844   beauftragten sowie den Landesseniorenrat stärken.

845   DIE LINKE. Thüringen tritt dafür ein, dass auch zukünftig der Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur  
846   Sozialstruktur und zu vielfältigen Angeboten aktiver Teilhabe in Stadt und Land für ältere Menschen  
847   gesichert ist. Deshalb wollen wir:

- 848       • einen Thüringer Generationenbericht der Landesregierung, der altersübergreifende  
849           Anforderungen und Voraussetzungen für ein gelingendes Zusammenleben erkundet  
850           (Zusammenführung des Familien- und Seniorenberichts)
- 851       • dass Seniorinnen und Senioren stärker in ihrer positiven gesellschaftlichen Rolle  
852           wahrgenommen werden
- 853       • ein Förderprogramm für gutes Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld – mit einer  
854           Kombination von barrierefreien und generationenübergreifenden Wohn- und  
855           Betreuungsformen, Seniorengenossenschaften und weiteren altersunterstützenden  
856           Angeboten
- 857       • vermehrt sozialen Wohnungsbau vorantreiben, um das Mietniveau auch für Ältere bezahlbar  
858           zu halten

859   *Familien in ihrer ganzen Vielfalt unterstützen*

860   DIE LINKE. Thüringen vertritt ein vielfältiges Familienbild: Alle Partnerschaften haben ihren  
861   gleichberechtigten Platz, in denen Menschen aus Liebe füreinander und gegebenenfalls auch für  
862   Kinder und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen. Unsere Familienpolitik orientiert sich an  
863   den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und Generationen  
864   gleichberechtigt. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern unter anderem  
865   für ein flächendeckendes, hochwertiges und gebührenfreies Angebot in der Kinderbetreuung  
866   eingesetzt. Konkret hat die rot-rot-grüne Koalition folgende Maßnahmen ergriffen:

- 867       • Wir haben das als Thüringer „Herdprämie“ bekannte Landeserziehungsgeld der CDU  
868           abgeschafft.

- 869 • Unter Rot-Rot-Grün wurde die soziale Infrastruktur für Familien erhalten und ausgebaut.  
870 Unternehmen haben wir bei der Einführung familienfreundlicher Arbeitsplätze und -zeiten  
871 unterstützt.
- 872 • Wir haben bereits ein beitragsfreies Kindergartenjahr geschaffen und werden 2020 ein  
873 zweites Jahr beitragsfrei stellen. Das entlastet Familien im Durchschnitt um 3.000 Euro pro  
874 Kind. Gleichzeitig haben wir die Qualität der Betreuung verbessert. Die Kosten werden den  
875 Kommunen und freien Trägern vollständig aus dem Landeshaushalt erstattet.
- 876 • Wir haben die Familienförderung neu aufgestellt und die Thüringer Allianz für Familie und  
877 Beruf neu ausgerichtet.

878 Die Stärkung und Unterstützung der Familien bleibt auch künftig ein Schwerpunkt unserer Arbeit.  
879 Deshalb will DIE LINKE. Thüringen:

- 880 • mindestens ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr erreichen. Mittelfristig wollen wir die  
881 komplette Gebührenfreiheit frühkindlicher Bildung.
- 882 • einen landesweiten Familienpass, damit Thüringer Familien gemeinsam und kostengünstig  
883 unsere kulturellen Schätze entdecken können. Der Familienpass wird die Vielfältigkeit von  
884 Familienformen respektieren.
- 885 • die besonderen Lebenslagen und Herausforderungen von Alleinerziehenden,  
886 Regenbogenfamilien und Mehrkindfamilien bei der Familienförderung noch besser  
887 berücksichtigen. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Familien in Stadt und Land.
- 888 • die Bildung eines Thüringer Familienrates unterstützen. Gemeinsam mit den  
889 familienpolitischen Akteurinnen und Akteuren wollen wir einen Förderplan für Familien  
890 entwickeln.
- 891 • die familiäre Sorgearbeit begleiten. Wir wollen deren gerechtere Verteilung zwischen den  
892 Geschlechtern fördern.
- 893 • jedwede Form von innerfamiliärer und häuslicher Gewalt bekämpfen. Der Schutz von  
894 Kindern und Jugendlichen genießt eine besondere Priorität. Wir wollen die Zusammenarbeit  
895 von Polizei, Jugendhilfe und Schutzeinrichtungen noch besser koordinieren und stärken. Dazu  
896 überarbeiten wir den Maßnahmeplan gegen häusliche Gewalt.

#### 897 *Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche Chancen*

898 Frauen arbeiten härter, um in vergleichbare Positionen wie ihre Kollegen aufzusteigen. Sie werden  
899 oft schlechter entlohnt und haben zusätzlich den Großteil der Sorgearbeit zu leisten. Viele erfahren  
900 im Laufe ihres Lebens sexuelle Übergriffe und Gewalt durch Männer, sei es in der Beziehung, im  
901 öffentlichen Raum oder im Job. Zusammen mit und in frauenpolitischen und feministischen  
902 Initiativen setzen sich Frauen gegen diese Zustände zur Wehr und haben wesentliche  
903 Verbesserungen in den vergangenen Jahren erkämpft. Doch sie sind längst keine Realität – trotz der  
904 Fortschritte und obwohl die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in der Verfassung  
905 verankert ist. DIE LINKE. Thüringen will, dass Frauen und Mädchen am gesellschaftlichen, politischen  
906 und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkungen teilhaben können. Sie müssen selbstbestimmt und  
907 gefahrlos über ihr Leben und ihren Körper entscheiden können. DIE LINKE. Thüringen streitet gegen  
908 Sexismus und für Geschlechtergerechtigkeit. Wir unterstützen frauenpolitische und feministische  
909 Initiativen in dieser Auseinandersetzung. Wir haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die  
910 Situation von Frauen und Mädchen in Thüringen mit den folgenden Projekten verbessert:

- 911 • Im Bundesrat hat die Thüringer Landesregierung unter anderem für die Streichung des  
912 sogenannten Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche gestimmt. Dieses behindert

913 Frauenärztinnen und -ärzte dabei, ungewollt Schwangere zu informieren, und schränkt die  
914 betroffenen Frauen in ihrer Selbstbestimmung ein.

- 915 • Frauenhäuser, Frauenschutzwohnungen und Interventionsstellen wurden mit Landesmitteln  
916 gesichert und um eine Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt ergänzt.
- 917 • Der Landesfrauenrat Thüringen wurde durch eine verlässliche Finanzierung gestärkt.
- 918 • Eine vertrauliche Spurensicherung nach sexualisierter Gewalt oder Vergewaltigung wurde  
919 ermöglicht.

920 Die genannten Punkte werden auch weiterhin Bestandteil unserer geschlechterpolitischen Arbeit  
921 sein. Wir werden bestehende Strukturen finanziell sichern und weiter ausbauen. Darüber hinaus will  
922 DIE LINKE. Thüringen:

- 923 • sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass eine verfassungskonforme Lösung wirksam wird, um  
924 die Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen aus dem Strafgesetzbuch zu erreichen
- 925 • das Thüringer Gleichstellungsgesetz novellieren – mit Blick auf verbindliche  
926 Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen und  
927 Land sowie verpflichtende Anforderungen an die Verwaltungen
- 928 • ein Paritätsgesetz für Wahlen in Thüringen
- 929 • den Gewaltschutz für Frauen und Mädchen gemäß internationaler Vorgaben (Istanbul-  
930 Konvention) ausbauen. Hierfür wollen wir die erforderlichen personellen und finanziellen  
931 Ressourcen zur Verfügung stellen und nachhaltige Strukturen aufbauen. Dafür ist es aus  
932 unserer Sicht notwendig, die bestehende Fördersystematik zu überarbeiten und gänzlich in  
933 die Finanzierungsstruktur des Landes zu überführen. Zudem muss der Maßnahmenplan gegen  
934 häusliche Gewalt weiterentwickelt werden.
- 935 • eine Fachberatungsstelle für Sexarbeiterinnen und -arbeiter und Betroffene von  
936 Zwangsprostitution, um sie zu schützen und zu stärken – wir wählen damit bewusst einen  
937 Weg, der auf die Selbstbestimmung von Sexarbeiterinnen und -arbeitern setzt
- 938 • für ungewollt Schwangere ein landesseitiges Informationsangebot zu wohnortnahen  
939 Schwangerschaftsabbrüchen schaffen
- 940 • im Landeshaushalt ein „Genderbudgeting“ einführen – das heißt Überprüfung aller  
941 Haushaltsentscheidungen bezüglich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter

#### 942 *Die Gleichstellung aller Lebensweisen umsetzen*

943 DIE LINKE. Thüringen steht für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger Lebensweisen,  
944 geschlechtlicher Identitäten und sexuellen Orientierungen ein. Wir wollen dazu beitragen, dass  
945 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans\*- und Intersexuelle und queere Menschen  
946 (LSBTTIQ\*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei leben können. Hier haben wir gemeinsam mit  
947 unseren Koalitionspartnern wichtige Impulse gesetzt.

- 948 • Mit dem Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ haben wir die Gleichstellungspolitik in  
949 Thüringen um die Perspektiven von LSBTTIQ\* ergänzt. Wir unterstützen mit einer  
950 Koordinierungsstelle die Vernetzung und Aufklärungsarbeit über die Vielfalt der  
951 Geschlechter, sexuelle Orientierungen und unterschiedliche Lebensweisen.
- 952 • Im Bundesrat unterstützte die rot-rot-grüne Landesregierung viele Anliegen im Sinne des  
953 Gleichbehandlungsgebots, etwa die Ausweitung des Adoptionsrechts oder die Beendigung  
954 von diskriminierenden Bestimmungen bei der Blutspende. Unsere Bundesratsinitiative zur

955 Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare wurde zur Grundlage der Öffnung der Ehe  
956 durch den Bundestag.

957 • DIE LINKE. Thüringen unterstützt und begleitet jedes Jahr aktiv die Christopher Street Days  
958 (CSD) in Thüringen. Die Thüringer Staatskanzlei lädt unter Rot-Rot-Grün jedes Jahr den CSD  
959 Erfurt zum Empfang in seine Räumlichkeiten ein. Unser Ministerpräsident Bodo Ramelow  
960 setzt mit dem Hissen der Regenbogenfahne ein Zeichen für Akzeptanz und Vielfalt.

961 Damit haben wir bereits viel bewegt. Wir geben Menschen Hoffnung und Unterstützung, die immer  
962 wieder Anfeindungen ausgesetzt sind, weil sie vermeintlich anders leben oder lieben. Hier will DIE  
963 LINKE. Thüringen fortsetzen:

- 964 • Das Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ wird verstetigt. Damit die im  
965 Landesprogramm enthaltenen Maßnahmen volle Umsetzung erfahren können, wird das  
966 Landesprogramm besser finanziell ausgestattet und die Koordinierungsstelle ausgebaut.
- 967 • Wir setzen uns für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt der  
968 Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung ein.
- 969 • Wir wollen ein Gewaltschutzkonzept für LSBTTIQ\*-Geflüchtete umsetzen.
- 970 • Wir werden weiterhin zusammen mit den Menschen der LSBTTIQ\*-Bewegung auf allen  
971 Ebenen für Gleichbehandlung und -stellung streiten.

#### 972 *Die medizinische Versorgung in der Fläche sichern*

973 Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit müssen allen Menschen zugänglich  
974 sein. Deshalb plädiert DIE LINKE für eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle und eine  
975 Vollversicherung im Bereich der Pflege. DIE LINKE. Thüringen will eine bedarfsgerechte und  
976 wohnortnahe medizinische Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sicherstellen. Dazu  
977 gehören auch angemessene Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten einschließlich einer guten  
978 Notfallversorgung, ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie. Wir setzen uns dafür  
979 ein, dass Patientinnen und Patienten noch besser vertreten werden. Wir beachten die besonderen  
980 gesundheitlichen Herausforderungen, vor denen Frauen stehen. Wir fördern die Thüringer Kurorte.

981 Deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern:

- 982 • alle Krankenhäuser in Thüringen und deren Finanzierung gesichert und im Vergleich zur  
983 Vorgängerregierung die Investitionen in Krankenhäuser um 50 Prozent erhöht
- 984 • mit einer Facharztquote in den Thüringer Krankenhäusern die Behandlungsqualität der  
985 Patientinnen und Patienten erhöht
- 986 • für die Kurklinik und das Badehaus in Masserberg Vorschläge zur Wiederbelebung erarbeitet  
987 und der kommunalen Seite die notwendige Unterstützung zugesagt
- 988 • die Finanzierung der Kurorte verbessert, um sie für ihre überregionalen Aufgaben  
989 angemessen auszustatten
- 990 • die Hospiz- und Palliativarbeit finanziell besser gestellt und Mittel für eine Koordinierungs-  
991 und Beratungsstelle bereitgestellt
- 992 • Gesundheit als Menschenrecht gestärkt, Bürokratie reduziert und eine diskriminierungsfreie  
993 medizinische Versorgung ermöglicht – zum Beispiel mit der Thüringer Gesundheitskarte für  
994 Geflüchtete, dem Ausbau der psychosozialen Betreuung und der Sicherstellung der  
995 medizinischen Versorgung für Menschen ohne Papiere
- 996 • mit der Landesgesundheitskonferenz das gemeinsame Handeln im Bereich der  
997 Gesundheitsförderung auf eine solide Basis gestellt, alle Akteure der Prävention und

- 998 Gesundheitsförderung vernetzt sowie die Ziele der Konferenz gemeinsam und verbindlich  
 999 umzusetzen
- 1000 • das Förderprogramm zur Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum  
 1001 finanziell verstärkt und um die Förderung von Barrierefreiheit ergänzt
  - 1002 • die Initiativen zum Aufbau flächendeckender telemedizinischer Anwendungen zur  
 1003 Verbesserung der medizinischen Versorgung gefördert, insbesondere im ländlichen Raum  
 1004 und für chronisch Erkrankte
  - 1005 • die Kommunen bei der Sicherstellung des öffentlichen Gesundheitsdienstes unterstützt –  
 1006 durch Zulagen und Verbesserung der Möglichkeiten zur Weiterbildung

1007 An diese Fortschritte will DIE LINKE. Thüringen zukünftig anknüpfen. Deshalb wollen wir:

- 1008 • Thüringer Krankenhäuser bei der Weiterentwicklung unterstützen, um qualitativ hochwertige  
 1009 medizinische Versorgung sicherzustellen. Wir nutzen die positiven Erfahrungen der  
 1010 Facharztquote und verbessern durch Qualitätskriterien die Strukturqualität in den  
 1011 Krankenhäusern.
- 1012 • Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft als Unternehmen unterstützen, die allein dem  
 1013 Gemeinwohl verpflichtet sind und ermuntern diese, durch interkommunale Zusammenarbeit  
 1014 die Standorte zu stärken und eine gute sektorenübergreifende Versorgung zu sichern
- 1015 • die Zahl der Studienplätze für ein Medizinstudium erhöhen, die hohen  
 1016 Zulassungsbeschränkungen lockern und den Einstieg in das Studium für medizinisch  
 1017 vorgebildete Menschen verbessern
- 1018 • für eine bessere medizinische Versorgung des ländlichen Raumes gemeinsame  
 1019 Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten befördern und auch alternative Formen wie  
 1020 Genossenschaften nutzen
- 1021 • die Thüringer Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung ausbauen und  
 1022 stärken, um Ärztinnen und Ärzte, die ihr praktisches Jahr im ländlichen Raum und in einer  
 1023 allgemeinmedizinischen Praxis absolvieren möchten, gezielt zu fördern
- 1024 • die Voraussetzungen für Telemedizin verbessern und dabei unter anderem die Fragen der  
 1025 Datensicherheit im Sinne der Patientinnen und Patienten klären
- 1026 • den öffentlichen Gesundheitsdienst gesetzlich stärken und die Zusammenarbeit über  
 1027 Kreisgrenzen hinweg befördern
- 1028 • die medizinische Versorgung älterer Menschen (Geriatric) stärker in den Blick nehmen und  
 1029 den Aufbau geriatrischer Versorgungsnetzwerke unterstützen
- 1030 • das Thema Frauengesundheit in den Landesgesundheitszielen verankern
- 1031 • für alle Frauen die vollständige Kostenübernahme für Verhütungsmittel durch die  
 1032 Krankenkassen erreichen; hierzu wollen wir im Bundesrat aktiv werden
- 1033 • die künftige Entwicklung des Maßregelvollzugs in Thüringen begleiten und daran festhalten,  
 1034 die Privatisierung endgültig rückgängig zu machen
- 1035 • alle Apotheken erhalten, besonders im ländlichen Raum, und die Studienplätze im  
 1036 Fachbereich Pharmazie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erhöhen
- 1037 • mit dem 4. Psychiatriebericht der Thüringer Landesregierung neue Ansätze und  
 1038 Verbesserungen erarbeiten
- 1039 • uns im Bundesrat erneut für die Einführung einer solidarischen gesetzlichen Kranken- und  
 1040 Pflegeversicherung einsetzen, in die neben abhängig Beschäftigten auch Beamtinnen und

1041 Beamte, Freiberuflerinnen und -berufler, Selbstständige und Abgeordnete verpflichtend  
1042 einbezogen sind

1043 *Hebammen und Geburtshelfer: für die Kleinsten nur die Besten*

1044 Während der Schwangerschaft, bei der Geburt und oft auch in den ersten Monaten danach  
1045 vertrauen junge Eltern auf die Unterstützung von Hebammen und Geburtshelfern. Sie sind eine  
1046 entscheidende Stütze für werdende Eltern. So schön es ist, kleine Menschen auf ihrem Weg auf die  
1047 Welt zu begleiten, so anspruchsvoll und teils schwierig ist die Situation für viele Hebammen und  
1048 Geburtshelfer in Deutschland. Rot-Rot-Grün hat deshalb wichtige Schritte für verbesserte  
1049 Bedingungen des Berufs eingeleitet:

- 1050 • Die rot-rot-grüne Landesregierung hat einen Runden Tisch Geburt und Familie initiiert, um  
1051 für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung und gute  
1052 Arbeitsbedingungen für Hebammen und Geburtshelfer zu sorgen.
- 1053 • Es ist uns gelungen, die Ausbildungszahlen bei Hebammen und Geburtshelfern sowohl auf  
1054 dem berufsbildenden als auch akademischen Pfad zu erhöhen. Auch Fortbildungen  
1055 unterstützen wir finanziell besser.
- 1056 • Die Thüringer Onlineplattform zur Hebammenvermittlung wurde eingerichtet. Das Thüringer  
1057 Sozialministerium fördert die Plattform in vollem Umfang.

1058 Mit dem Erreichten konnten wir die Situation von Hebammen, Geburtshelfern und werdenden  
1059 Müttern bereits deutlich verbessern. Wir streben als LINKE. Thüringen in den kommenden Jahren  
1060 weitere Fortschritte an:

- 1061 • DIE LINKE. Thüringen bekennt sich zur freien Wahl, wo und wie eine Frau ihr Kind zur Welt  
1062 bringen möchte.
- 1063 • Wir werden die Ergebnisse des Runden Tisches weiter umsetzen. Insbesondere  
1064 familienbegleitende Maßnahmen und leicht zugängliche Informations- und  
1065 Beratungsangebote zu Hebammenleistungen müssen dauerhaft mit Landesmitteln  
1066 unterstützt werden.
- 1067 • Wir werben dafür, den Ausbildungsweg für Hebammen und Geburtshelfer über das Angebot  
1068 der Ernst-Abbe-Hochschule Jena weiter auszubauen, ohne dabei die Möglichkeiten der  
1069 dreijährigen Berufsausbildung einzuschränken.

1070 *Prävention statt Kriminalisierung: für eine zeitgemäße Drogen- und Suchtpolitik*

1071 Die LINKE. Thüringen will den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen  
1072 Rauschmitteln und Suchtgefährdungen eindämmen. Wir stehen für eine gesundheitsorientierte und  
1073 selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen  
1074 wir einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in  
1075 Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten. Damit einher geht für uns die Legalisierung von Cannabis, die  
1076 kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglichkeit,  
1077 Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen. Gleichzeitig muss sich Thüringen  
1078 verstärkt den gesellschaftlichen Folgewirkungen von Drogenmissbrauch stellen, insbesondere  
1079 angesichts des starken und weiter zunehmenden Crystal Meth-Konsums. Auch weitere  
1080 Suchtphänomene müssen im Auge behalten werden. In diesem Sinne haben wir im Rahmen der rot-  
1081 rot-grünen Koalition bisher folgende Maßnahmen umgesetzt:

- 1082 • Mit einem Pilotprojekt zum Testen auf gefährliche Verunreinigungen von Drogen („Drug  
1083 Checking“) haben wir den Verbraucher- und Gesundheitsschutz gestärkt.
- 1084 • Rot-Rot-Grün hat die Verfügbarkeit von Glücksspiel mit Abstandsgeboten zu weiteren  
1085 Glücksspielanbietern, Kindereinrichtungen und Banken beschränkt und Schließzeiten für  
1086 Glückspielautomaten erweitert.
- 1087 • Die rot-rot-grüne Landesregierung hat mit einem Leitfaden die Beratungs- und  
1088 Hilfestrukturen im Schwerpunktbereich Crystal Meth vernetzt.
- 1089 • Unsere Landesregierung hat sich auf Landes- und Bundesebene dafür eingesetzt, dass  
1090 Maßnahmen für suchtkranke Familien besser aufeinander abgestimmt und durch die  
1091 Sozialversicherungen finanziert werden. Die besonderen Bedarfe von Kindern suchtkranker  
1092 Eltern haben wir hierbei ins Zentrum gerückt.
- 1093 • Wir haben auf Landesebene Angebote für Familien mit einer Abhängigkeitsproblematik  
1094 ausgebaut.
- 1095 • Wir haben die Menge von Cannabis für den Eigenverbrauch, bis zu der Strafverfahren gegen  
1096 Konsumentinnen und Konsumenten durch die Staatsanwaltschaft in Thüringen eingestellt  
1097 werden können, auf zehn Gramm angehoben.

1098 Thüringen braucht vielfältige Unterstützungsstrukturen für Suchterkrankungen. Diese müssen um  
1099 eine gute wissenschaftliche Begleitung ergänzt werden, um passgenaue Hilfen anzubieten.  
1100 Außerdem planen wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- 1101 • Wir setzen uns für ein bundesweites Werbeverbot für Alkohol und Tabakprodukte ein.
- 1102 • Wir wollen die Öffentlichkeit stärker für die Bedarfe von Kindern suchtkranker Eltern  
1103 sensibilisieren.
- 1104 • Das Pilotprojekt zum Drug-Checking soll ausgebaut werden.
- 1105 • Wir wollen Angebote der Suchtprävention ausbauen, insbesondere die Beratungs- und  
1106 Vernetzungsangebote zum Thema Crystal Meth.
- 1107 • Die psychosoziale Betreuung muss gestärkt werden, insbesondere von Schwangeren mit  
1108 Abhängigkeitsproblematik und Schwerstabhängigen.
- 1109 • Um Suchtabhängigen Teilhabe und eine Integration in die Arbeitswelt zu ermöglichen, wollen  
1110 wir die Substitutionsbehandlung flächendeckend ermöglichen.
- 1111 • Auf Bundesebene wollen wir darauf hinwirken, dass durch eine Veränderung der  
1112 Glücksspielverordnung die Suchtrisiken weiter eingedämmt werden.
- 1113 • DIE LINKE. Thüringen tritt für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur  
1114 kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Thüringen ein.
- 1115 • Wir werden uns weiterhin für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums, die Legalisierung  
1116 von Cannabis und für die kontrollierte Abgabe ‚harter‘ Drogen an Abhängige einsetzen.

1117 III. Sozial-ökologischer Aufbruch durch nachhaltiges Wirtschaften

1118 Thüringen kann nach fünf Jahren rot-rot-grüner Landesregierung mit Bodo Ramelow als  
1119 Ministerpräsident auf einen wirtschaftlichen Aufschwung zurückschauen: stabile Wachstumsraten,  
1120 steigende Exportzahlen, die geringste Arbeitslosenrate seit 1991. DIE LINKE. Thüringen weiß: Das ist  
1121 nicht zuerst ein Verdienst der Politik, sondern ein Verdienst der Thüringer Erwerbstätigen. Sie haben  
1122 – trotz der Auswirkungen von Treuhand, Agenda 2010 und CDU-Niedriglohnpolitik – mit ihrer Arbeit  
1123 unser Land vorangebracht. Dank der Thüringer Erwerbstätigen hat sich die Situation an vielen Stellen  
1124 umgekehrt. Die Löhne steigen schneller als im Bundesdurchschnitt, wenn auch noch immer zu  
1125 langsam. Viele Menschen kehren nach Thüringen zurück. Hunderte Ausbildungsplätze sind unbesetzt,  
1126 Fachkräfte werden in vielen Bereichen gesucht.

1127 Wollen wir das Erreichte sichern und weiter ausbauen, müssen wir jedem Menschen in Thüringen die  
1128 diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen. Gleichzeitig benötigt Thüringen bis  
1129 2030 344.000 neue Fachkräfte. Gute Arbeit ist der entscheidende Schlüssel zur Sicherung der  
1130 wirtschaftlichen Entwicklung und der Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Wohlstand. Gute Arbeit  
1131 heißt für uns: mehr tarifgebundene Unternehmen, sichere Arbeitsverhältnisse und eine Arbeitswelt,  
1132 die sich nach den Bedürfnissen der Arbeitenden richtet (nicht nach Profitstreben) und jedem  
1133 Menschen die Chance bietet, sich weiterzubilden und zu qualifizieren.

1134 Rot-Rot-Grün mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow hat die Politik der niedrigen Löhne  
1135 beendet und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in Thüringen gewirkt. Wir fördern das  
1136 Wachstum unserer Unternehmen, unterstützen ihre Vernetzung lokal und global, helfen bei der  
1137 Nachfolgeregelung und der Unternehmensgründung. Wir unterstützen die Thüringer Kommunen  
1138 beim nachhaltigen Wirtschaften.

1139 Doch der positive Trend ist uns nicht genug. Wir wollen mit den Thüringer Erwerbstätigen und vielen  
1140 Bündnispartnerinnen und -partnern einen sozial-ökologischen Aufbruch erreichen. Das heißt für uns:  
1141 so zu leben, dass kein Raubbau an den natürlichen Grundlagen unseres Lebens und der  
1142 nachfolgenden Generationen betrieben und gleichzeitig kein Mensch ausgegrenzt wird. Wir  
1143 plädieren für eine grundlegende Debatte über die Gestaltung der Arbeitswelt, über eine moderne  
1144 Industriepolitik und die Sicherung sozialer Dienstleistungen in einer sich wandelnden Gesellschaft.

1145 Wir vertrauen darauf, gemeinsam mit den Thüringer Erwerbstätigen weiter an einer guten Zukunft  
1146 für unser Land zu bauen.

1147 Deshalb wollen DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow:

1148 *Gute Arbeit für Alle*

1149 Die positive wirtschaftliche Dynamik, die geringe Erwerbslosigkeit sowie die demografische  
1150 Entwicklung bieten die Chance und Notwendigkeit, die Zeiten des Niedriglohnlandes Thüringen  
1151 endgültig hinter uns zu lassen. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Thüringer Unternehmen und der  
1152 Gewerkschaften, auch wenn die schwache Tarifbindung leider weiterhin Thüringen prägt. Wir  
1153 werden gesetzliche Spielräume konsequent nutzen, etwa bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. DIE  
1154 LINKE. Thüringen wird jeden Schritt in Richtung Gute Arbeit politisch unterstützen – im Landtag und  
1155 vor Ort an der Seite der Beschäftigten.

1156 In den vergangenen fünf Jahren hat sich in Thüringen bereits einiges bewegt:

- 1157
- Unter Rot-Rot-Grün ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kontinuierlich  
1158 gestiegen.

- 1159 • In zahlreichen Bundesratsinitiativen haben wir uns für bessere gesetzliche Vorgaben für  
1160 Beschäftigte und für die Überwindung des Hartz IV-Systems eingesetzt.
- 1161 • Mit dem neu ausgerichteten Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ und der  
1162 Integrationsrichtlinie haben wir 5200 Menschen auf dem Weg in eine existenzsichernde  
1163 Beschäftigung unterstützt, insbesondere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Menschen  
1164 mit Behinderungen und Geflüchtete.
- 1165 • Mit dem Projekt „Faire Mobilität“ unterstützen wir Menschen, die zum Arbeiten nach  
1166 Thüringen gekommen sind, beim Kampf gegen Lohndumping und Ausbeutung.

1167 DIE LINKE. Thüringen streitet weiterhin für eine Arbeitswelt, in der jede und jeder eine  
1168 existenzsichernde Tätigkeit als Basis für ein selbstbestimmtes Leben ausüben kann. Wir wollen, dass  
1169 gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich wird. Wir bleiben dabei: Schluss  
1170 mit Niedriglöhnen, Werkverträgen, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Statt drei parallelen  
1171 Minijobs wollen Beschäftigte eine Tätigkeit, von der sie leben können. Dafür will DIE LINKE.  
1172 Thüringen auch in den kommenden fünf Jahren in Thüringen wirken:

- 1173 • Wir wollen staatliche Fördermittel an tarifgerechte Entlohnung und qualitativ hochwertige  
1174 Beschäftigung binden. So leisten wir unseren Beitrag für eine höhere Tarifbindung.
- 1175 • Wir stärken Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Wir ergreifen Maßnahmen, um  
1176 Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den regulären Arbeitsmarkt zu begleiten,  
1177 arbeitslose Menschen mit Behinderungen schneller in Arbeit zu integrieren und bauen die  
1178 Arbeitsassistenz aus.
- 1179 • Über den Bundesrat werden wir weiterhin für eine Verbesserung der Bedingungen für  
1180 Arbeitende und Menschen ohne Beschäftigung streiten. Der allgemeine Mindestlohn muss  
1181 zügig auf mindestens 12 Euro brutto pro Stunde erhöht, das Hartz IV-System mit seinem  
1182 Sanktionsapparat muss überwunden und durch eine armutsfeste und sanktionsfreie  
1183 Grundsicherung ersetzt werden.

1184 Noch im Jahr 2019 werden wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern das Thüringer  
1185 Vergabegesetz novellieren. DIE LINKE. Thüringen wird dabei für ein eigenes, deutlich über dem  
1186 allgemeinen Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für öffentliche Aufträge kämpfen. Dieses muss  
1187 auch in den kommenden Jahren konsequent und zügig weiter steigen, unter Beachtung des Vorrangs  
1188 von Tarifverträgen.

### 1189 *Die Arbeit der Zukunft gestalten*

1190 Alle reden von Digitalisierung und „Industrie 4.0“ – aber zu wenige fragen, was das für die  
1191 Arbeitswelt der Zukunft bedeutet. Studien zum Thema tun die Veränderungen mit Blick auf neue  
1192 Jobs in neuen Branchen schulterzuckend ab oder entwerfen Schreckensszenarien einer neuen  
1193 Massenarbeitslosigkeit.

1194 Für DIE LINKE. Thüringen ist klar: Die Digitalisierung bietet Chancen für die wirtschaftliche  
1195 Entwicklung, ist aber mit wesentlichen Änderungen der Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen von  
1196 Beschäftigten verbunden. Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts steht vor der großen  
1197 Herausforderung, auch den in neuen Formen der Arbeit tätigen Menschen ein gutes Maß an  
1198 Sicherheit geben zu können. Eine Entgrenzung der digitalen Arbeitswelt dürfen wir nicht zulassen.  
1199 Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein: Unternehmen, die moderne Arbeitsformen nutzen wollen,  
1200 müssen ihren Beschäftigten Schutz vor andauernden und unbezahlten Überstunden garantieren –  
1201 ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für die Pflege von Angehörigen und einen  
1202 funktionierenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. DIE LINKE wird sich einmischen, damit

1203 Beschäftigte von den neuen Möglichkeiten profitieren, statt schärfere Ausbeutung zu erleiden. Das  
1204 bedeutet für uns einen Vorrang für Weiterbildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen.  
1205 Deshalb hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern:

- 1206 • über die Weiterbildungsrichtlinie zahlreiche Projekte gefördert, die neue Strategien der Fort-  
1207 und Weiterbildung im digitalen Zeitalter erproben
- 1208 • für das Schuljahr 2019/20 eine erste „Berufsschule 4.0“ etabliert, um attraktive und  
1209 zukunftsgewandte Berufsbilder und Ausbildungswege zu erproben
- 1210 • an der klaren Begrenzungen der Sonn- und Feiertagsarbeit und an den zwei freien Samstagen  
1211 pro Monat im Einzelhandel in Thüringen festgehalten, damit feste Tage für Familie,  
1212 Freundschaften und Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert sind

1213 Weder das Fortschreiten der Globalisierung noch das Fortschreiten der Digitalisierung werden  
1214 aufzuhalten sein. Das wäre auch nicht begrüßenswert: Die Informationsgesellschaft eröffnet uns  
1215 viele Möglichkeiten; Computer und Roboter werden uns künftig schwere körperliche oder eintönige  
1216 Tätigkeiten verstärkt abnehmen. Wichtig ist, dass der Mensch im Mittelpunkt aller Überlegungen  
1217 steht. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen:

- 1218 • einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess „Arbeit und Leben in Zukunft“ anregen  
1219 – in Verbindung mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften in Thüringen. Damit  
1220 schaffen wir eine Faktenbasis für anstehende Veränderungen und können rechtzeitig darauf  
1221 reagieren.
- 1222 • Unternehmen, Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen Gesundheitsmanagement  
1223 unterstützen und Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern.
- 1224 • Die Förderung einer Bildungsoffensive „Moderne Arbeitswelt“, um jetzige und  
1225 künftige Beschäftigte über Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über  
1226 Handlungsoptionen zu beraten und interkulturelle Kompetenz zu stärken.
- 1227 • Mit der LINKEN wird es kein Aufweichen der Bestimmungen im Arbeits- und  
1228 Gesundheitsschutz und bei der Sonn- und Feiertagsarbeit geben. Das für die Kontrolle  
1229 zuständige Landesamt darf personell nicht geschwächt werden.
- 1230 • Wir achten die internationalen Kernarbeitsnormen, um ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen  
1231 global zu begegnen.

1232 *Fachkräfte ausbilden, weiterbilden und für Thüringen gewinnen*

1233 Wer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Thüringens erhalten und ausbauen will, muss sich dem  
1234 wachsenden Fachkräftebedarf in vielen Branchen stellen. DIE LINKE. Thüringen hat das gemeinsam  
1235 mit ihren Koalitionspartnern getan: Wir haben darauf gesetzt, allen Menschen in Thüringen die  
1236 diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Qualifikationswege zu eröffnen:

- 1237 • Mit der „Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung“ haben wir in einem  
1238 Bündnis Partnerinnen und Partner aus Berufsbildung, Wirtschaft und Arbeit  
1239 zusammengeführt, um gemeinsam Strategien und Lösungen zu entwickeln.
- 1240 • Mit mehreren Millionen Euro pro Jahr unterstützt die rot-rot-grüne Landesregierung Fort-  
1241 und Weiterbildungsmaßnahmen, um Menschen mit und ohne Beschäftigung für neue  
1242 Tätigkeiten zu qualifizieren.
- 1243 • Mit dem neuen Schulgesetz wird die Berufsorientierung verbindlich festgeschrieben.

- 1244 • Die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung wird derzeit weiterentwickelt, um  
1245 Fachkräfte und Ausbildungsinteressierte zu gewinnen – insbesondere Berufspendlerinnen  
1246 und -pendlern, nach Thüringen Zurückkehrende und internationale Fachkräfte.

1247 Das allein wird jedoch nicht genügen: Unternehmen müssen Menschen mit Brüchen im Arbeitsleben  
1248 und Menschen mit Behinderungen Chancen einräumen. Ausbildungsberufe müssen attraktiver  
1249 gestaltet werden. Thüringen muss attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Menschen aus  
1250 anderen Bundesländern und dem Ausland bieten. Neben guten Löhnen braucht Thüringen eine  
1251 gelebte Willkommenskultur für Menschen aus nah und fern. Die hohe Zahl der Thüringer  
1252 Beschäftigten und erfolgreiche Kooperationen mit beispielsweise osteuropäischen Ländern oder  
1253 Vietnam zeigen: Wir profitieren in Thüringen davon, wenn wir Menschen bei uns eine Perspektive  
1254 eröffnen. Diese Effekte will DIE LINKE. Thüringen weiter verstärken:

- 1255 • Die Maßnahmen des Landes für lebensbegleitendes Lernen müssen gut aufeinander  
1256 abgestimmt sein und mindestens im selben Umfang fortgeführt werden. Jeder Mensch in  
1257 Arbeitslosigkeit muss passgenaue und freiwillige Angebote der Weiterbildung erhalten. Diese  
1258 dürfen nicht nur reine Beschäftigungstherapien sein.
- 1259 • Die verstärkte Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland erfordert eine schnellere und  
1260 unbürokratischere Anerkennung von Berufsabschlüssen und ausreichende Möglichkeiten der  
1261 Nachqualifizierung.
- 1262 • Für geflüchtete Menschen, die sich in Ausbildung begeben oder mittels Erwerbsarbeit den  
1263 eigenen Lebensunterhalt verdienen, müssen unabhängig vom Verlauf des Asylverfahrens  
1264 Bleibeperspektiven geschaffen werden („Spurwechsel“).
- 1265 • Wir schaffen Weiterbildungsangebote für Betriebs- und Personalräte und  
1266 Unternehmensleitungen, um offene und interkulturelle Unternehmenskonzepte zu  
1267 entwickeln.

#### 1268 *Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren*

1269 Menschen, die lange erwerbslos sind, haben es oft schwer, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu  
1270 fassen: Berufe entwickeln sich weiter, neue Techniken kommen zum Einsatz. Langzeitarbeitslosigkeit  
1271 kann ebenso krank und kaputt machen wie Mehrarbeit und Überlastung. Auch wenn die Zahl der  
1272 Langzeitarbeitslosen in Thüringen unter 20.000 Personen gesunken ist, suchen noch immer viele  
1273 Menschen nach Jahren der Arbeitslosigkeit nach einer Beschäftigung. Sie möchten über die geleistete  
1274 Erwerbsarbeit ihren eigenen Wert unter Beweis stellen und teilhaben. Allerdings scheuen sich viele  
1275 Unternehmen, Verantwortung zu übernehmen und langzeitarbeitslose Menschen zu begleiten und  
1276 zu unterstützen. DIE LINKE hat immer an der Seite der Menschen gestanden, die von Arbeitslosigkeit  
1277 betroffen sind, auch aus der Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit nach 1990 – und daher auch unser  
1278 fortgesetzter Widerstand gegen Hartz IV. Wir unterstützen Initiativen der Selbstvertretung von  
1279 arbeitslosen Menschen, unter anderem das Thüringer Arbeitslosenparlament, die regelmäßigen  
1280 Hartz IV-Mahnwachen und den Runden Tisch der sozialen Verantwortung. Mit der Übernahme von  
1281 Regierungsverantwortung haben wir uns umgehend daran gemacht, die Konzepte umzusetzen, die  
1282 wir über Jahre mit Arbeitsloseninitiativen und Sozialverbänden entwickelt haben.

- 1283 • Mit der Gemeinwohlarbeit haben wir einen sozialen Arbeitsmarkt in Thüringen für mehr als  
1284 1300 Menschen geschaffen, die vorher langzeitarbeitslos waren. Die Teilnahme eröffnet eine  
1285 längerfristige Perspektive in Arbeit und ist freiwillig.

1286 Dieses Instrument wollen wir fortsetzen, verbessern und ausbauen:

- 1287 • Wir wollen mehr Menschen ermöglichen, von der Gemeinwohlarbeit zu profitieren. Dafür  
1288 sollen insbesondere die Mittel des neuen Teilhabechancengesetzes des Bundes für die  
1289 Gemeinwohlarbeit genutzt werden. Darüber hinaus wollen wir über das miteinander  
1290 vereinbar gestaltete Landesprogramm ÖGB jene erreichen, denen kein Zugang zu  
1291 Beschäftigung über die bundesgesetzlichen Regelungen gewährt wird.
- 1292 • Wir wollen die Gemeinwohlarbeit mit Kommunen und freien Trägern weiterentwickeln. Die  
1293 Perspektiven der Beteiligten sollen verbessert, die Verfahren zur Antragsstellung weniger  
1294 bürokratisch und die soziale Begleitung finanziell ausgebaut werden.
- 1295 • Wir wollen Integrationsbetriebe und andere Unternehmen besser unterstützen, die  
1296 Menschen mit Beeinträchtigungen eine Erwerbsperspektive ermöglichen.

1297 *Bedingungsloses Grundeinkommen von links weiterdenken*

1298 DIE LINKE diskutiert ein eigenes Modell für ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE).  
1299 Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Modells erhoffen sich eine garantierte Grundsicherung in  
1300 allen Lebenslagen. Diese soll jedem Menschen erlauben, sein Leben frei und nach eigenen  
1301 Vorstellungen zu gestalten. Das BGE wäre ein Mittel, um die Sicherung der universellen  
1302 Menschenrechte für alle und eine strategische Arbeitszeitverkürzung anzugehen. Armut und der  
1303 Zwang zur Erwerbsarbeit sollen so überwunden werden. Kritisiert wird, auch innerhalb der LINKEN:  
1304 Das BGE sei nicht bezahlbar, wirtschaftlich unsinnig oder eine mögliche Gefahr für den Sozialstaat.  
1305 DIE LINKE. Thüringen hat sich der Diskussion gestellt:

- 1306 • Wir haben in einem einjährigen Werkstattprozess das Pro und Contra zum BGE an vielen  
1307 Orten in Thüringen mit hunderten Menschen in und außerhalb der LINKEN diskutiert.
- 1308 • Wir haben in der Diskussion verschiedene Blickwinkel betrachtet und das BGE unter anderem  
1309 aus feministischer, internationaler oder die Zukunft der Arbeit betreffender Perspektive  
1310 besprochen.

1311 Im Oktober 2018 hat DIE LINKE. Thüringen auf ihrem Landesparteitag erste Erkenntnisse aus der  
1312 Diskussion festgehalten. DIE LINKE. Thüringen wird sich dafür einsetzen, die Diskussion zum BGE  
1313 voranzutreiben – dabei wollen wir den Neoliberalen nicht das Feld überlassen, die das BGE zum  
1314 Zerschlagen des Sozialstaats nutzen wollen.

- 1315 • DIE LINKE fordert eine eigenständige Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen – eine  
1316 Grundsicherung, die Armut verhindert, gute Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet  
1317 und vor Ausgrenzung und Diskriminierung schützt. Wir wollen dieses Modell weiterdenken  
1318 und eine einheitliche Absicherung für alle Kinder und Jugendlichen ohne Prüfung der  
1319 Bedürftigkeit erreichen (Kindergrundeinkommen).
- 1320 • Wir wollen an einer Thüringer Hochschule ein Graduiertenkolleg etablieren, das sich mit  
1321 Fragen gesellschaftlicher Transformation und dem möglichen Einfluss eines BGE beschäftigt.
- 1322 • „Wie wollen wir in Thüringen leben?“ – Wir wollen die Thüringerinnen und Thüringer  
1323 einladen, diese Frage in Zukunftsforen zu diskutieren. Die Zukunftsforen sollen dazu dienen,  
1324 auf neue gesellschaftliche Entwicklungen gemeinsam Antworten zu finden. So lässt sich eine  
1325 nachhaltige soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft aktiv begleiten. Das Land  
1326 Thüringen soll die wissenschaftliche Begleitung und finanzielle Unterstützung übernehmen.
- 1327 • Wir schlagen vor, ein Modellprojekt auszuschreiben, um für 1000 Menschen eines Stadtteils  
1328 oder Ortes für drei Jahre ein existenzsicherndes Bedingungsloses Grundeinkommen zu  
1329 finanzieren. Durch eine wissenschaftliche Begleitung wollen wir untersuchen, welche  
1330 Möglichkeiten, Erfahrungen und Konsequenzen sich individuell und gesellschaftlich ergeben.

1331 *Wirtschaft mit links: leistungsstark und zukunftsfest, sozial und ökologisch*

1332 Die Thüringer Wirtschaft hat sich in den vergangenen 30 Jahren beachtlich entwickelt. Thüringen hat  
1333 trotz des Treuhand-Desasters die dritthöchste Industriedichte aller Bundesländer. Unsere  
1334 Wirtschaftskraft ist seit 1991 um fast 260 Prozent gestiegen. Damit liegt Thüringen hinsichtlich der  
1335 Dynamik an der Spitze aller Bundesländer, ebenso bei der Anzahl von Industriebetrieben und  
1336 Industriearbeitsplätzen pro Kopf. Mit Blick auf das Verhältnis von Forscherinnen und Forschern pro  
1337 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern steht Jena bundesweit auf Platz eins. Schon heute verfügt  
1338 Thüringen über mehr als 60 Unternehmen, die in ihrem Bereich Weltmarktführer sind.

1339 In vielen Zukunftsbranchen haben wir hervorragend aufgestellte Unternehmen. Doch auch unsere  
1340 Schwachstellen müssen aktiv angegangen werden. DIE LINKE. Thüringen ist überzeugt: Eine gute  
1341 wirtschaftliche Entwicklung gelingt dauerhaft nur, wenn die Interessen der Beschäftigten nicht den  
1342 Interessen der Unternehmen untergeordnet sind. Zugleich brauchen kleine und mittlere  
1343 Unternehmen Rahmenbedingungen, bei denen sich der persönliche Einsatz lohnt und die es ihnen  
1344 erlauben, zu wachsen und sich am Markt zu behaupten. Eine funktionierende Grundversorgung ist  
1345 unerlässlich für attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen und für eine sozial-ökologische,  
1346 nachhaltige und zunehmend digitale Wirtschaft. Deshalb haben wir uns in den vergangenen fünf  
1347 Jahren eingebracht:

- 1348 • Siemens, Opel oder die streikenden Pflegekräfte in Bad Langensalza – DIE LINKE. Thüringen  
1349 und eine rot-rot-grüne Regierung mit Bodo Ramelow sind ein Garant für Zuhören, zur Seite  
1350 stehen, politische Unterstützung und praktische Solidarität.
- 1351 • Höhere Investitionen in den Kommunen führen zu besseren Bedingungen für alle und  
1352 fördern Unternehmen vor Ort: Wir haben begonnen, den Investitionsstau nach 24 Jahren  
1353 CDU-Herrschaft abzuräumen.
- 1354 • Unsere Unternehmen brauchen die richtige Basis: Bis Ende 2021 werden alle  
1355 Gewerbegebiete mit Breitband im Gigabitbereich versorgt sein. Unsere Förderangebote  
1356 unterstützen digitale Innovationen. Wir erschließen gezielt Grundstücke für  
1357 Neuinvestitionen.

1358 Doch dabei können wir nicht stehen bleiben. Denn die Thüringer Wirtschaft steht vor weiteren  
1359 Aufgaben – Fachkräfte müssen gewonnen werden, gesellschaftliche Umbrüche, zum Beispiel der  
1360 Klimawandel, die Digitalisierung, die Demografie und neue Formen der Mobilität bewältigt werden.  
1361 Hier müssen wir uns strukturellen Fragen öffnen und Lösungen entwickeln. Wir sagen nicht, dass wir  
1362 alle Antworten bereits kennen. Wir sind jedoch überzeugt: Wir können die Aufgaben dann  
1363 erfolgreich bewältigen, wenn wir soziale und ökologische Perspektiven miteinander verbinden. Dazu  
1364 braucht es klare staatliche Rahmenbedingungen. Exemplarisch steht dafür folgendes Beispiel:

- 1365 • In der Thüringer Automobilindustrie arbeiten ca. 50 000 Beschäftigte (zumeist bei  
1366 Zulieferern). Sie erwirtschaften einen Gesamtumsatz von etwa 9 Milliarden Euro. Viele der  
1367 Beschäftigten fürchten um ihre Jobs: Eine Veränderung unserer Mobilität ist aus sozialen,  
1368 ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich. Immer mehr Menschen  
1369 wollen diese Veränderung und passen ihr Verhalten an. In den Städten nehmen Carsharing  
1370 und Elektromobilität zu. Elektroautos werden in wenigen Jahren normal auf unseren Straßen  
1371 sein. Die deutschen Autokonzerne haben diese Trends bisher weitgehend ignoriert und  
1372 neigten mehr zu Manipulation als zum Investieren in zukunftsweisende Produkte. Das  
1373 gefährdet Jobs auch in Thüringen und ist fahrlässig angesichts des Klimawandels.

1374 LINKE Strukturpolitik setzt hier an: Wir unterstützen Beschäftigte und Unternehmen bei der  
1375 Umstellung auf neue Produkte. Wir forcieren neue Ideen und umweltfreundliche Mobilität, zum  
1376 Beispiel mit dem Thüringer Innovationszentrum Mobilität in Ilmenau. Wir entwickeln Konzepte für  
1377 die Kommunen und das Land. Die Konzepte berücksichtigen die veränderten Bedürfnisse vieler  
1378 Thüringerinnen und Thüringer – sie stärken daher das Nutzen des Nah- und Schienenverkehrs und  
1379 des Fahrrads. Wir gestalten Zukunft im Sinne der Beschäftigten, der Menschen vor Ort und der  
1380 Umwelt.

1381 *Beschäftigte und kleine und mittlere Unternehmen besonders fördern*

1382 Unsere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung verdankt sich zuallererst der täglichen Arbeit von  
1383 hunderttausenden Thüringer Beschäftigten. Ohne sie ist kaum ein Unternehmen in der Lage,  
1384 Produkte herzustellen und Dienstleistungen anzubieten. Beschäftigte haben ein Recht auf Gute  
1385 Arbeit, tarifvertragliche Bezahlung und Mitbestimmung im Betrieb. Unternehmerinnen und  
1386 Unternehmer, die die Risiken der Selbstständigkeit tragen und in den bei uns überwiegend kleinen  
1387 und mittleren Betrieben wirken, ermöglichen Beschäftigung, Ausbildung und Innovation. Sie  
1388 brauchen Unterstützung beim Wachstum, weniger Bürokratie und Hilfe bei der  
1389 Unternehmensnachfolge.

- 1390
- Dank der rot-rot-grünen Landesregierung haben Beschäftigte und Auszubildende einen  
1391 Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub, um sich nach eigenem Interesse weiterzubilden.
  - Unsere neu aufgelegte Gründungsförderung und die Meisterprämie geben wichtige Anreize  
1392 für Start-ups und Unternehmensnachfolgen.  
1393

1394 Noch im Jahr 2019 wird Rot-Rot-Grün ein neues Vergabegesetz beschließen. Dieses wird die  
1395 Bürokratie für Unternehmen deutlich senken und zugleich bestehende Sozial- und Umweltstandards  
1396 erhalten.

1397 In den kommenden fünf Jahren wollen wir hieran anknüpfen:

- Beim Einsatz staatlicher Gelder müssen gute Arbeitsbedingungen garantiert sein. Wir wollen  
1398 eine Förderpolitik des Landes, die mit sozialen und ökologischen Kriterien die Verantwortung  
1399 der Wirtschaft für Nachhaltigkeit und Gute Arbeit betont.  
1400
- Wir wollen die bisherige Schlechterstellung von Auszubildenden beim Bildungsurlaub  
1401 überwinden und auch ihnen pro Jahr fünf Tage gewähren statt drei.  
1402
- Wir wollen die Meisterprämie zu einer Meistergründungsprämie weiterentwickeln, um  
1403 Gründungen und Nachfolgen im Handwerk stärker zu unterstützen.  
1404
- Wir wollen Produktivgenossenschaften fördern, um kleine Betriebe im ländlichen Raum zu  
1405 erhalten. Belegschaften können so gemeinsam ihre Betriebe fortführen.  
1406
- Mit einem Förderprogramm „Zweite Chance“ wollen wir zunächst gescheiterten  
1407 Gründerinnen und Gründern einen neuen Anlauf ermöglichen.  
1408
- Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sichtbarer  
1409 machen, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.  
1410
- Beratungsangebote und Publikationen müssen mindestens zweisprachig vorgehalten  
1411 werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.  
1412
- Mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir vorhandene  
1413 Maßnahmen bündeln und zielgenau auf deren Bedürfnisse ausrichten – etwa Vernetzung,  
1414 Vertriebsstrukturen, Marketing, Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.  
1415

1416 *Forschung und Entwicklung für ein innovatives Thüringen*

1417 Thüringen ist ein Land voller kluger Köpfe. An unseren Hochschulen und an außeruniversitären und  
1418 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen werden jeden Tag neue Ideen erprobt und umgesetzt.  
1419 Dennoch haben gerade kleine und mittlere Unternehmen, die sich oft keine Forschungsabteilung  
1420 leisten können, große Probleme, dem Innovationsdruck zu folgen. Die Digitalisierung (Wirtschaft 4.0)  
1421 verstärkt diesen Trend. Deswegen braucht es eine Forschungs- und Technologiepolitik, in der  
1422 staatliche Forschungseinrichtungen und gezielte Förderinstrumente unsere Thüringer Unternehmen  
1423 bei Ideen begleiten und daraus Wachstumskerne schaffen.

- 1424 • Die rot-rot-grüne Koalition hat mit dem Doppelhaushalt 2018/19 die Finanzierung der  
1425 wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen um zwei Millionen Euro pro Jahr erhöht. Diese  
1426 sind entscheidende Partner für kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und  
1427 Entwicklung.
- 1428 • Mit der Ansiedelung des chinesischen Batterieherstellers CATL ist es uns gelungen, eine  
1429 Milliardeninvestition nach Thüringen zu holen – und damit einen der zentralen  
1430 Produktionsstandorte für die Zukunftstechnologien im Bereich der Elektromobilität.
- 1431 • Mit dem Exzellenzcluster der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Ansiedlung neuer  
1432 Forschungsinstitute in Nordhausen, Ilmenau und Jena konnte Thüringen seine gute  
1433 wissenschaftliche Position festigen.
- 1434 • Die Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach unter Rot-  
1435 Rot-Grün verbessert die Fachkräftesituation und stärkt den beruflichen und akademischen  
1436 Austausch.

1437 Dies setzen wir fort: Statt vorrangig Zulieferer für westdeutsche und internationale Konzerne zu sein,  
1438 will DIE LINKE. Thüringen eine Industriepolitik, die Wertschöpfung stärker in Thüringen verankert.

- 1439 • Industrie-Zusammenschlüsse haben sich in Thüringen als Instrument guter Vernetzung  
1440 bewährt. Wir wollen interessierten Branchen die Bildung weiterer Verbunde offenhalten.
- 1441 • Wir werden die Thüringer Innovationsstrategie über das Jahr 2020 hinaus weiterentwickeln.  
1442 Dabei stellen wir das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt –  
1443 wichtig ist der dauerhafte Aufbau eigener Forschungskapazitäten bei den Unternehmen.  
1444 Bedingungen des sozial-ökologischen Umbaus müssen mitgedacht und gesellschaftliche  
1445 Auswirkungen von Forschung berücksichtigt werden. Forschungsprojekte im militärischen  
1446 Bereich sind beispielsweise für uns nicht förderfähig.
- 1447 • Mit einer umfassenden Strategie zur Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte unterstützen  
1448 wir Möglichkeiten, beruflich aufzusteigen. Damit bieten sich Perspektiven, neue Methoden  
1449 und Techniken der Wirtschaft 4.0 einzusetzen.
- 1450 • Wir plädieren für die Einrichtung einer Forschungsstelle Arbeit und Innovation, um negative  
1451 Auswirkungen der Digitalisierung für Beschäftigte frühzeitig erkennen zu können. Die  
1452 Forschungsstelle soll sich insbesondere der sozialen Entwicklung von Technik und der  
1453 Humanisierung von Arbeit widmen.

1454 *Nachhaltiges Gestalten durch kommunales Eigentum und Landesunternehmen*

1455 Für DIE LINKE. Thüringen ist klar: Wenn es um eine gesicherte Grundversorgung geht, muss die  
1456 öffentliche Hand verantwortlich sein, damit nicht der Profit für Einzelne im Mittelpunkt steht. Ob  
1457 Abfallentsorgung, Wohnen, Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung oder Breitbandnetze – durch  
1458 Privatisierung werden Mitgestaltung und demokratische Kontrolle stark eingeschränkt. Umgesetzt  
1459 werden müssen eine flächendeckende Versorgungssicherheit, Qualität, angemessene Gebühren,  
1460 gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Dafür tritt DIE LINKE. Thüringen in den Gemeinden und im Land  
1461 ein. Wir streiten für soziale, nachhaltige, ökologische und inklusive Angebote für alle Menschen in  
1462 Thüringen. Wir kämpfen für mehr Einfluss der Einwohnerinnen und Einwohner bei der Umsetzung.  
1463 Wir wollen Mitspracherechte stärken.

- 1464 • DIE LINKE. Thüringen und die rot-rot-grüne Landesregierung haben die kommunale Ebene  
1465 dabei unterstützt, privatisierte Bereiche wieder in die Hand der Kommunen zu legen. Die  
1466 Abfallwirtschaft und der Busverkehr im Ilmkreis sind dafür zwei Beispiele.
- 1467 • Die Kommunalisierung der Thüringer Stromnetze war ein voller Erfolg. Die Thüringer Energie  
1468 AG (TEAG) treibt Investitionen voran und sorgt dafür, dass Gewinne über die Thüringer  
1469 Kommunalhaushalte wieder den Bürgerinnen und Bürger vor Ort zugutekommen.
- 1470 • Nach der angedrohten Schließung des DRK-Krankenhauses in Bad Frankenhausen hat die  
1471 Landesregierung umgehend Unterstützung zugesagt, um die Klinik in einem kommunalen  
1472 Krankenhausverbund weiterzuführen.

1473 In diesem Sinne wird DIE LINKE. Thüringen auch in den kommenden fünf Jahren Politik für eine starke  
1474 und öffentliche Grundversorgung machen:

- 1475 • Privatisierte Leistungen der Grundversorgung sollen wieder in die öffentliche Hand  
1476 zurückgeführt werden. Neue Privatisierungen oder Projekte in öffentlich-privater  
1477 Partnerschaft (ÖPP) lehnen wir ab. Wir prüfen, welche ausgegliederten Bereiche wieder in  
1478 die Verwaltungen oder Gesellschaften mit mindestens Mehrheitsbeteiligung zurückgeholt  
1479 werden können.
- 1480 • Kommunale Unternehmen müssen verstärkt zusammenarbeiten und neue Tätigkeitsfelder  
1481 erschließen. So stärken wir die regionale Wertschöpfung und können innovative  
1482 Versorgungsmodelle unterstützen.
- 1483 • Wir stärken die Mitglieder in Aufsichtsgremien, die die Arbeit kommunaler und  
1484 Landesunternehmen kontrollieren und begleiten. Transparenz ist wichtig, ebenso die  
1485 Vertretung von Beschäftigten.
- 1486 • Wir wollen die Effizienz von Landesunternehmen und Fördermittelverwaltung erhöhen.

1487 *Vorfahrt für Qualität im Thüringer Tourismus*

1488 Der Tourismus ist in Thüringen einer der bedeutendsten und wachsenden Wirtschaftszweige. Von  
1489 dessen Entwicklung hängen mehr als 100 000 Arbeitsplätze ab. Eine gut aufgestellte  
1490 Tourismuslandschaft mit vielfältigen Freizeitangeboten ist ein Grundstein für eine hohe Attraktivität  
1491 für die Menschen vor Ort, gerade im ländlichen Raum. Deswegen hat DIE LINKE. Thüringen in den  
1492 vergangenen fünf Jahren hier einen Schwerpunkt gesetzt:

- 1493 • Mit der Landestourismusstrategie 2025 hat die rot-rot-grüne Koalition das Thüringer  
1494 Marketing, die Finanzierung, die Ansiedlungspolitik, strukturelle Anpassungen und  
1495 insbesondere die Steigerung der Qualität intensiviert.

- 1496 • Wir haben den Thüringer Kommunen mit der Tourismusabgabe ermöglicht, gezielt Mittel für
- 1497 die Entwicklung touristischer Infrastruktur zu gewinnen.
- 1498 • Mit der Thüringer Wanderwegekonzeption haben wir den Tourismus in Thüringens
- 1499 wichtigster Freizeitsportart neu aufgestellt und finanziell abgesichert.
- 1500 • Mit dem Programm „Zukunft Thüringer Wald“ stärken wir unsere bedeutendste
- 1501 Tourismusregion.
- 1502 • Am Thüringer Meer konnten die langjährigen Streitigkeiten überwunden und erste Schritte
- 1503 zur touristischen Entwicklung eingeleitet werden.

1504 Nach dem Gelingen des Reformationsjubiläums 2017 gilt es, die nächsten Großereignisse gut  
 1505 vorzubereiten und die Aktiven im Thüringer Tourismus bei ihren Aufgaben zu unterstützen:

- 1506 • Das Gastgewerbe steht vor großen Herausforderungen. Der Fachkräfte- und Nachfolgebedarf
- 1507 wird steigen, die Qualitätserwartungen der Gäste aus nah und fern nehmen zu. Eine Lösung
- 1508 kann nur im Dreiklang gute Arbeit/guter Lohn, Investitionsbereitschaft und verbesserte
- 1509 Vermarktung gelingen. Diese Entwicklung werden wir politisch begleiten und unterstützen.
- 1510 • Mit der Biathlon-Weltmeisterschaft 2023 und der gegebenenfalls im selben Jahr
- 1511 stattfindenden Rodel-WM wird Oberhof ein Wintersport-Spektakel erleben. Wir werden
- 1512 dafür sorgen, dass anstehende Investitionen die Attraktivität der Region und den
- 1513 Ganzjahrestourismus erhöhen.
- 1514 • Die Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen muss intensiviert werden. Eine
- 1515 höhere Aufenthaltsdauer und Wertschöpfung gelingt uns nur, wenn gemeinsam die
- 1516 vielfältigen Kultur- und Naturschätze Thüringens beworben und weitere Freizeitangebote
- 1517 eingebunden werden. Das Vorwärtkommen unserer Welterbe-Region Hainich zeigt das
- 1518 Potenzial verbesserter Kooperation.
- 1519 • In einem international stark umworbenen Markt ist Thüringen zu klein, um allein sichtbar zu
- 1520 sein. Wir wollen die länderübergreifende Zusammenarbeit ausbauen – sowohl im
- 1521 gemeinsamen Auslandsmarketing mit Sachsen-Anhalt und Sachsen als auch in den
- 1522 grenzübergreifenden Regionen Eichsfeld, Franken, Harz, Rhön, Vogtland und in der
- 1523 Metropolregion Leipzig.

1524 **Bildungschancen für alle verbessern**

1525

1526 I. Die Bildungschancen unserer Kinder in Kindergärten, Schule, Hochschule und Berufsausbildung  
1527 verbessern

1528

1529 DIE LINKE. Thüringen steht für das lebensbegleitende Lernen, das heißt für eine auf die  
1530 Selbstverwirklichung und Emanzipation der/des Einzelnen gerichtete Bildung. Wir lernen in jeder  
1531 Phase unseres Lebens, von der Kindheit bis ins Alter. Deshalb muss auch jede und jeder die  
1532 Möglichkeit haben, sich Bildung und Kultur aneignen zu können. Wir setzen diesen Ansatz bewusst  
1533 gegen Konzept des lebenslangen Lernens, das einseitig auf Kapitalverwertung gerichtet ist. Denn  
1534 Bildung und Kultur sind keine Ware, sondern Menschenrechte.

1535 Die Landespolitik muss für ihre Verwirklichung insbesondere in den Kindergärten und  
1536 Kindertageseinrichtungen, in den Schulen, Berufsschulen und Hochschulen die erforderlichen  
1537 Rahmenbedingungen schaffen, sichern und weiterentwickeln. Wir stehen vor großen  
1538 Herausforderungen, die nicht zuletzt aus den Versäumnissen der CDU-geführten  
1539 Vorgängerregierungen resultieren. Gerade die Situation der Lehrkräfte hat während der vergangenen  
1540 Legislaturperiode zu erheblichen Problemen geführt. Zudem muss die Ausbildung von Erzieherinnen  
1541 und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern an die neuen Herausforderungen und Entwicklungen  
1542 angepasst werden. Die Schulstrukturen im Land werden den sich verändernden Bedingungen nur  
1543 noch wenig gerecht und bedürfen der Veränderung. Notwendig ist ein Digitalpakt für die Thüringer  
1544 Schulen. Ministerpräsident Bodo Ramelow hat die Expertenkommission „Zukunft Schule“ eingesetzt,  
1545 Bildungsminister Helmut Holter einen Werkstattprozess angeregt. So konnten für die  
1546 Veränderungsprozesse wichtige Grundlagen gelegt werden. Wir halten an unseren Zielen des  
1547 wohnortnahen längeren gemeinsamen Lernens und des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit  
1548 und ohne Behinderungen fest. Das kann nur gemeinsam mit den Eltern erreicht werden. Keine  
1549 Schülerin und kein Schüler darf in Thüringen die Schule ohne Abschluss verlassen. Um dieses Ziel zu  
1550 erreichen, benötigt Thüringen ein weiterentwickeltes Konzept. Wichtig dabei ist eine zusätzliche  
1551 individuelle Förderung – mit einem Schwerpunkt auf sprachliche Bildung und Grundbildung. Wir  
1552 müssen zudem erprobte Formen praxisorientierten Lernens an den allgemeinbildenden Schulen aus-  
1553 und aufbauen: Praxisklassen und/oder Praxistag-Projekte sollen in allen Teilen Thüringens als  
1554 Regelangebot geografisch erreichbar sein.

1555 Die Thüringer Schulen und Hochschulen sind Lern- und Lebensorte. Diese Orte sind von allen  
1556 Beteiligten gemeinsam und demokratisch zu gestalten. Sie sind zu Recht parteipolitisch neutral, doch  
1557 sie sind keine wertneutralen Institutionen. Sie sind der Demokratie und der Humanität verpflichtet.  
1558 In ihrer Wertorientierung und in ihrem pädagogischen Auftrag stehen sie klar gegen jede Form von  
1559 Diskriminierung, Rassismus, gegen Hass und Menschenfeindlichkeit. Sie erhalten in der  
1560 Auseinandersetzung mit solchen Einflüssen alle nötige Unterstützung. Die Thüringer Hochschulen  
1561 haben sich zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft entwickelt.  
1562 Hochschulen müssen als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden  
1563 werden, an denen Lehre und Forschung sich frei und unabhängig entwickeln können. Studierende  
1564 müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Nur so kann eine Hochschule sozial und  
1565 offen gestaltet werden. Für die Beschäftigten gilt es, Planungssicherheit und Karriereperspektiven zu  
1566 gewährleisten. Nur auf Guter Arbeit kann gute Forschung und Lehre gedeihen.

1567 Die berufliche Ausbildung ist, neben dem Studium, eine wesentliche Grundlage für die persönliche  
1568 Entwicklung und für den wirtschaftlichen Wohlstand in Thüringen. Es gehört daher zu den

1569 unverzichtbaren Aufgaben der Bildungspolitik, sie zu stärken. Ebenso kommt der Erwachsenen- und  
1570 Weiterbildung eine besondere Rolle zu. Mit ihren Bildungsangeboten trägt sie dazu bei, dass  
1571 Menschen sich nach ihren Bedürfnissen und Wünschen weiterentwickeln können.

1572 *Auf den Anfang kommt es an: gute frühkindliche Bildung für Thüringen*

1573 Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes  
1574 Leben zu erhalten. Das gilt von Anfang an. Darum setzt sich die DIE LINKE. Thüringen dafür ein, die  
1575 frühkindliche Bildung Schritt für Schritt gebührenfrei zu machen. Wir wollen die Qualität der  
1576 Betreuung verbessern und setzen uns deshalb für mehr Personal in den Kindergärten ein. Wichtig ist  
1577 dabei eine diversitäts- und vorurteilssensible Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen  
1578 Fachkräfte im Bereich der frühkindlichen Bildung.

1579 Seit 2014 hat die rot-rot-grüne Landesregierung wichtige Fortschritte erzielt:

- 1580 • Zu Beginn des Jahres 2018 haben wir das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. 19 000  
1581 Familien werden so jährlich im Umfang von durchschnittlich 1.440 Euro entlastet.
- 1582 • Wir haben in Kindergärten und Kindertagesstätten den Betreuungsschlüssel für die 3- bis 4-  
1583 Jährigen in zwei Schritten auf 12 Kinder pro Erzieherin/Erzieher verbessert. Dafür wurden  
1584 550 zusätzliche Stellen in den Kindergärten geschaffen.
- 1585 • Größeren Kindergärten und Kindertagesstätten haben wir seit 2018 bis zu anderthalb Stellen  
1586 für Leitungsarbeit zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit wurde die Qualität der  
1587 pädagogischen Arbeit gestärkt.
- 1588 • Wir haben die fachliche Beratung und Betreuung der Arbeit in den Kindertagesstätten  
1589 verbessert.
- 1590 • Einige Kindergärten konnten sich zu ThüringerElternKindZentren (ThEKiZen) entwickeln.

1591 Diesen Weg wollen wir nach der kommenden Landtagswahl fortsetzen:

- 1592 • Wir werden das zweite Kita-Jahr beitragsfrei stellen. Damit entlasten wir weitere 19.000  
1593 Familien jährlich im Umfang von durchschnittlich 1.440 Euro pro Familie. Mittelfristig sollen  
1594 auch die Beiträge für das dritte Kita-Jahr entfallen.
- 1595 • Wir werden die Qualität der Betreuung in den Kindergärten und Kindertagesstätten weiter  
1596 steigern und wollen dazu auch den Betreuungsschlüssel (Zahl der Kinder pro Erzieher bzw.  
1597 Erzieherin) senken.
- 1598 • Wir führen einen Landeszuschuss für die Verpflegungskosten in Kindergärten und  
1599 Kindertagesstätten für Familien mit geringem Einkommen ein.
- 1600 • Wir werden die drängende Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern angehen  
1601 und durch eine nach dem Vorbild der dualen Ausbildung organisierte und mit tariflichem  
1602 Entgelt ausgestattete Ausbildung ergänzen (praxisintegrierte Ausbildung).

1603 *Den Generationswechsel bei Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen gestalten*

1604 Die Thüringer Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher leisten seit Jahren eine sehr gute  
1605 fachliche Arbeit. Das belegen Bildungsvergleiche. Dabei ist die Arbeit durch Veränderungsprozesse im  
1606 schulischen Umfeld stetig anstrengender und fordernder geworden. Dafür gebührt ihnen Dank und  
1607 Anerkennung, denn die Bildung unserer Kinder, ihre Ausbildung für ein gutes und selbstbestimmtes  
1608 Leben, ist grundlegend für eine gute gesellschaftliche Entwicklung.

1609 Langfristig aufgestaute Probleme (hoher Altersdurchschnitt und über viele Jahre unter den  
1610 Vorgängerregierungen nicht erfolgte Neueinstellungen junger Lehrkräfte) haben sich in der

1611 vergangenen Wahlperiode negativ auf die Unterrichtsabsicherung an Schulen ausgewirkt – trotz aller  
1612 Bemühungen der rot-rot-grünen Landesregierung. Für die nächsten Jahre droht eine größer  
1613 werdende Lücke im Lehrpersonal, sowohl aufgrund hoher Eintrittszahlen in den Ruhestand als auch  
1614 aufgrund geringerer Abgangszahlen neu ausgebildeter Lehrkräfte an den Universitäten. Das Problem  
1615 betrifft nicht nur Thüringen, sondern ganz Deutschland.

1616 Zu diesem Aufgabenfeld sagen wir: Mit der LINKEN wird es keine starre Maximalzahl von Lehrerinnen  
1617 und Lehrern geben, die sich zwar an den allgemeinen öffentlichen Beschäftigtenzahlen anderer  
1618 Bundesländer orientiert, aber nichts mit der Entwicklung der Zahlen von Schülerinnen und Schülern  
1619 und der Struktur des Schulwesens in Thüringen zu tun hat. Jede Lehrkraft, die den Schuldienst  
1620 verlässt, wird ersetzt.

1621 Um dem derzeitigen Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, hat die DIE LINKE. Thüringen gemeinsam  
1622 mit ihren Koalitionspartnern viel bewirkt:

- 1623 • Es wurden mehr als 3500 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Der Stellenabbau der  
1624 Vorgängerregierung wurde ausgesetzt. Die Neueinstellungen unter Rot-Rot-Grün liegen  
1625 dreimal höher als zu CDU-Zeiten.
- 1626 • Wir haben die Qualifizierung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern  
1627 eingeleitet und eine Kampagne veranlasst, um Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen.
- 1628 • Wir haben Lehrkräfte für benötigte Drittfächer zusätzlich qualifiziert.
- 1629 • Wir haben die tarifliche Angleichung der Bezüge der Regelschulkräfte an die  
1630 Gymnasiallehrkräfte auf den Weg gebracht.
- 1631 • Zur Steigerung der Attraktivität des Berufsfeldes und zur Verbesserung der  
1632 Unterrichtsabsicherung verbeamten wir Lehrkräfte wieder.
- 1633 • Wir stärken die Kooperation zwischen den Schulen. Damit haben wir den Grundstein gelegt,  
1634 um Unterrichtsausfall mittelfristig zu begegnen.

1635 DIE LINKE. Thüringen wird diesen Weg in den kommenden Jahren konsequent weitergehen:

- 1636 • Mit der LINKEN in der Regierung wird jede aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrerin und  
1637 jeder aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrer ersetzt. Da, wo die Zahl der Schülerinnen  
1638 und Schüler wächst und neue Klassen entstehen, werden wir neue Stellen schaffen.
- 1639 • Wir werden die Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern für Drittfächer und von  
1640 geeigneten Personen für den Seiten- und Quereinstieg ausbauen und fortführen.
- 1641 • Wir wollen die Gehälter der Grundschullehrerinnen und -lehrer auf die Höhe der Gehälter  
1642 der anderen Gruppen der Lehrerinnen und Lehrer anheben.
- 1643 • Wir wollen über eine verstärkte Kooperation der Schulen erreichen, dass Lehrerinnen und  
1644 Lehrer effektiver eingesetzt werden können und Schulen sich gegenseitig bei der  
1645 Unterrichtsabsicherung unterstützen.
- 1646 • Wir wollen ein Konzept entwickeln und modellhaft erproben, um Lehrkräfte nach  
1647 Sozialindikatoren einzusetzen.
- 1648 • Für Kinder mit nichtdeutscher Herkunftssprache wollen wir ein Gesamtkonzept zur  
1649 Sprachförderung erarbeiten. Jede Schülerin und jeder Schüler nichtdeutscher  
1650 Herkunftssprache muss statt Segregation eine integrierte Sprachförderung erhalten.
- 1651 • Wir streben an, den Beruf der Lehrerin und des Lehrers attraktiver zu machen und die  
1652 Pädagoginnen und Pädagogen in ihrem Alltag entlasten – über ein aktives  
1653 Gesundheitsmanagement und den Abbau von Bürokratie.

- 1654 • Wir wollen die Einstellungsverfahren in den Thüringer Hochschulen verbessern und  
1655 terminlich anpassen.
- 1656 • Wir leiten Maßnahmen ein, um den Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum besonders  
1657 zu unterstützen.
- 1658 • Wir werden bei der Einstellung von Lehrkräften noch stärker auf die Wünsche der  
1659 Lehrerinnen und Lehrer eingehen. Das umfasst unter anderem die Möglichkeit von Teilzeit-  
1660 Referendariaten, eine frühzeitige Information über angenommene oder abgelehnte  
1661 Bewerbungen und zielgerichtete Angebote an einzelne Bewerberinnen und Bewerber. Alle in  
1662 Thüringen für den Lehrerberuf ausgebildeten Lehrkräfte sollen ein Angebot für eine Stelle in  
1663 Thüringen erhalten.
- 1664 • Auch Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund sollen aktiv gewonnen  
1665 werden. Für Menschen mit ausländischen Berufskennnissen soll die Anerkennung  
1666 vereinfacht werden, bei Bedarf braucht es ein Angebot für Nachqualifizierungen.

1667 *Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickeln*

1668 Wir setzen auf eine moderne und praxisorientierte Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Sie ist  
1669 ein wichtiger Faktor für die Schulqualität in Thüringen. Inklusion, Digitale Medien, Heterogenität und  
1670 Demokratiebildung sind nur einige Schlagworte, die die Ansprüche des Berufes und die gewachsenen  
1671 Aufgaben umreißen. Einiges haben wir bereits umgesetzt:

- 1672 • Mit dem Runden Tisch „Medienkompetenz“ haben wir ein Programm zur Stärkung der  
1673 Medienbildung für alle Altersgruppen entwickelt.
- 1674 • Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir die Entwicklung digitaler Lehr- und  
1675 Lernmethoden in der Ausbildung an den Universitäten in Erfurt und Jena unterstützt – durch  
1676 ein Förderprogramm des Landes.
- 1677 • Gemeinsam mit den Studienseminaren und Universitäten hat das Bildungsministerium  
1678 Möglichkeiten zur Ausbildung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern für den  
1679 Lehrerberuf entwickelt.
- 1680 • Im Rahmen der Schulgesetzreform haben wir über zusätzliche Qualifizierungsangebote die  
1681 Situation der „Ein-Fach-Lehrerinnen und -Lehrer“ verbessert.

1682 Diesen Weg werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen:

- 1683 • Aufbauend auf den Bericht der Expertenkommission „Zukunft Schule“ wollen wir eine  
1684 umfassende Reform der Thüringer Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern auf den Weg  
1685 bringen. Sie soll in der Entwicklungsplanung der Hochschulen und in den Ziel- und  
1686 Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen verankert werden.
- 1687 • Wir wollen die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen auf eine  
1688 schulstufenbezogene Ausbildung umstellen (statt einer schulartbezogenen Ausbildung) – im  
1689 Sinne längeren gemeinsamen Lernens und der Stärkung der Gemeinschaftsschule.
- 1690 • Um die Lehrkräfte bei der Verankerung einer menschenrechtsorientierten und rassistis-  
1691 mus- wie diskriminierungskritischen Lehr- und Lernkultur zu unterstützen, wollen wir verschiedene  
1692 Maßnahmen ergreifen. Zum Beispiel wollen wir Lehr- und Lernmaterialien auf rassistische  
1693 und diskriminierende Inhalte überprüfen, ein Gleichstellungs- und  
1694 Antidiskriminierungsmonitoring im Bildungsbereich einrichten, um Barrieren sichtbar zu  
1695 machen und wir wollen Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung der pädagogischen

- 1696 Fachkräfte schaffen, Anlaufstellen für Opfer von Rassismus und Diskriminierung in  
1697 Bildungseinrichtungen einrichten und Angebote zu deren Empowerment anbieten.
- 1698 • Wir wollen die methodische, didaktische, pädagogische Ausbildung und auf Inklusion  
1699 zielende Belange stärken – insbesondere gegenüber fachwissenschaftlichen Inhalten.  
1700 Grundlagenwissen in den Themenbereichen Inklusion, Vielfalt und interkulturelle, rassistisch-  
1701 und diskriminierungskritische sowie geschlechtersensible Bildung ist ebenso unverzichtbar  
1702 wie moderne Lehr- und Lernformen zur Stärkung der Medienkompetenz und zur  
1703 Demokratisierung von Schule und Unterricht. Lehramtsstudierende, Anwärtinnen und  
1704 Anwarter sollen für den Erwerb zusätzlicher Kompetenzen (Elternarbeit) mehr Freiräume  
1705 erhalten.
  - 1706 • Wir wollen die Lehrkräfte in der Fort- und Weiterbildung unterstützen und dazu die  
1707 Freistellungsregelungen deutlich verbessern. Schulart- und fachübergreifende  
1708 Weiterbildungsmöglichkeiten sollen gefördert werden.
  - 1709 • Wir wollen die Hochschulen unterstützen, die Ausbildung von Lehrkräften in Thüringen  
1710 standortübergreifend und in Kooperation weiterzuentwickeln. Insbesondere am Standort  
1711 Erfurt wollen wir die Lehramtsausbildung für das Berufsschullehramt ausbauen.
  - 1712 • Darüber hinaus wollen wir die Übergänge zwischen den Phasen der Ausbildung der  
1713 Lehrerinnen und Lehrer besser gestalten und durch einen intensiveren Austausch eine  
1714 phasenübergreifende Bildung ermöglichen.
  - 1715 • Anstelle starrer Fachkombinationsvorschriften wollen wir Lehramtsstudierende  
1716 bedarfsgerecht gewinnen und unterstützen – vor allem durch eine deutlich verbesserte  
1717 studienbegleitende Beratung.
  - 1718 • Das im Landeshaushalt mit 300.000 Euro pro Jahr versehene Programm zur Gewinnung von  
1719 Lehrerinnen und Lehrern wollen wir verstetigen.

## 1720 *Schulen sichern und gute Lehre stärken*

1721 Die wohnortnahe Schule mit guter Lehre ist der Grundpfeiler unserer Schulpolitik. Wir wollen  
1722 Bedingungen dafür schaffen, dass keine Schule geschlossen werden muss und dass an allen Schulen  
1723 genügend Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Auf dieser Basis können wir das Leitziel unserer  
1724 Schulpolitik umsetzen: Jedes Kind soll die individuelle Förderung erhalten, die es für seine freie  
1725 Entfaltung benötigt.

1726 In der Ganztagschule mit ihren ganztagsschulischen Angeboten sieht DIE LINKE. Thüringen die  
1727 günstigsten Bedingungen, dieses Ziel zu verwirklichen.

1728 In diesem Sinne haben wir seit 2014 gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die Schulpolitik  
1729 gestaltet:

- 1730 • Wir haben die Schulsanierung vorangetrieben und die Schulträger mit 450 Millionen Euro  
1731 beim Umbau und der Instandhaltung von Schulgebäuden unterstützt. Wir haben damit das  
1732 größte Schulinvestitionsprogramm seit 1990 umgesetzt.
- 1733 • Wir haben die Horte zurück an die Grundschulen geholt und damit gute Voraussetzungen für  
1734 die Entwicklung von Ganztagschulen geschaffen.
- 1735 • Wir haben 250 zusätzliche Stellen für Horterzieherinnen und -erzieher geschaffen und in  
1736 Abstimmung mit den Gewerkschaften den Beschäftigungsumfang schrittweise angehoben.  
1737 So sind heute nicht mehr 50, sondern 60 bis 80 Prozent Beschäftigungsumfang die Regel.

- 1738 • Mit dem 2018 eingeführten Schulbudget ermöglichen wir den Schulen Flexibilität bei der  
1739 Schulentwicklung und bei der Unterrichtsabsicherung, bei der Vernetzung mit dem  
1740 kommunalen Schulumfeld und bei der Gesundheitsförderung für Lehrerinnen und Lehrer.

1741 Hierauf aufbauend wollen wir auch zukünftig die Schulen ganzheitlich entwickeln:

- 1742 • Wir werden die Sanierung der Schulgebäude in bisherigem Umfang weiter fördern.  
1743 • Wir stärken die Gemeinschaftsschule weiter. Die Schulkonferenz soll die Entwicklung der  
1744 Schule festlegen, nicht das Veto eines Schulträgers. Bestehende Modelle bis Klassenstufe 10  
1745 wollen wir auf alle Klassenstufen auszuweiten.  
1746 • Wir wollen Ganztagsangebote schrittweise auf die Klassen 5 und 6 ausweiten und die  
1747 Ganztagschule im Zuge des Ausbaus von der Gebührenpflicht befreien.  
1748 • Wir wollen den Anteil polytechnischer Bildung erhöhen, um ihr Potenzial zur Motivation von  
1749 Lernprozessen und zur beruflichen Orientierung stärker zu nutzen.  
1750 • Wir wollen Schulsozialarbeit an allen Schulen ermöglichen.  
1751 • Wir digitalisieren die Schulen. Das umfasst neben der nötigen technischen Ausstattung vor  
1752 allem eine entsprechende Weiterbildung der Lehrkräfte.  
1753 • Im Rahmen der Medienbildung werden wir die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern,  
1754 Jugendlichen und Pädagoginnen und Pädagogen im Umgang mit Rassismus und  
1755 Diskriminierung im digitalen Raum stärken.  
1756 • Wir wollen zusätzliche inhaltliche und organisatorische Unterstützung für  
1757 Beratungslehrkräfte und Schülersprecherinnen und -sprecher organisieren.  
1758 • Wir wollen die Elternbeiträge für die Hortkosten an den Grundschulen abschaffen.  
1759 • Wir wollen den Beschäftigungsumfang von Horterzieherinnen und -erzieher weiter anheben,  
1760 um so die Entlohnung zu verbessern und Fachpersonal zu gewinnen.

1761 Große Bedeutung misst DIE LINKE. Thüringen der Stabilisierung der beruflichen Orientierung bei, wie  
1762 sie sich in den letzten Jahren an den Thüringer Schulen entwickelt hat:

- 1763 • Wir wollen die Reduzierung von EU-Mitteln gezielt ausgleichen, um zu erreichen, dass  
1764 Schülerinnen und Schüler mit Problemen an der Schwelle ins Berufsleben und weiter  
1765 individuell unterstützt werden – und zwar durch ausbildungsbegleitende Hilfen.  
1766 • Wir wollen an den Wahlschulformen der Berufsschule erstmals eine institutionalisierte  
1767 Studien- und Berufsberatung aufbauen.

#### 1768 *Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft stärken*

1769 Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft sind ein wichtiger Teil des Schulwesens, der durch  
1770 verfassungsgesetzliche Vorgaben gesichert ist. Sie können für das gesamte Schulwesen wichtige  
1771 inhaltliche Impulse geben und sie leisten mit einem Anteil von rund 10 Prozent einen Beitrag, um  
1772 jungen Menschen ihren Weg ins Leben zu ebneten.

1773 In diesem Verständnis hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern seit 2014  
1774 die Entwicklung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft gefördert:

- 1775 • Innerhalb von fünf Jahren haben wir die Fördergelder um 40 Prozent erhöht, bei einem  
1776 Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler von etwa 10 Prozent.  
1777 • Die behördlichen Auflagen für die Arbeit der Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft  
1778 wurden entbürokratisiert. Den Schulen wurde im Rahmen ihrer Personalverantwortung mehr  
1779 eigener Entscheidungsraum eingeräumt.

- 1780 • Die Schulen wurden regelmäßig an den Fortbildungsangeboten der staatlichen  
1781 Schulverwaltung beteiligt.

1782 Hierauf wollen wir auch künftig aufbauen:

- 1783 • Die von uns eingeführte Finanzausstattung werden wir fortführen, inklusive einer Anpassung  
1784 um 1,9 Prozent jährlich.
- 1785 • Die Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft  
1786 wollen wir verstärken. So könnten Schulen untereinander Lehrerinnen und Lehrer tauschen,  
1787 um die Weitergabe von Ideen und Erfahrungen zu erleichtern. Zudem soll erreicht werden,  
1788 dass sowohl bei der Unterrichtsabsicherung als auch beim Umgang mit Inklusion und Vielfalt  
1789 die vorhandenen Aufgaben in einer Region durch die angesiedelten Schulen gemeinsam  
1790 erfüllt werden können – zum Nutzen der Schülerinnen und Schüler und in Anerkennung der  
1791 Tatsache, dass beide Bereiche des Schulwesens zu ihrer Aufgabenerfüllung wesentlich  
1792 staatlich finanziert sind.
- 1793 • Wir werden darauf drängen, dass die bestehenden Bestimmungen zur Lehrkräfteentlohnung  
1794 von den Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft eingehalten werden.

1795 *Fortführung des Weges der Inklusion mit Augenmaß*

1796 Kinder mit einer Behinderung haben ein Grundrecht auf inklusive Bildung. Das ist unsere Leitidee. Die  
1797 inklusive Schule ist in Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen. Je nach Region  
1798 unterscheidet sich das Bild aber teilweise noch erheblich.

1799 DIE LINKE. Thüringen steht für eine enge Kooperation zwischen Schule, Elternhaus und  
1800 sozialpädiatrischen Zentren. Für die Entscheidung, welchen Bildungsweg ein Kind nimmt, ist für uns  
1801 immer der Elternwille von ausschlaggebender Bedeutung – neben dem sonderpädagogischen  
1802 Gutachten des zuständigen Teams Qualitätssicherung der sonderpädagogischen Begutachtung im  
1803 Schulamt.

1804 Gemeinsam mit Verbänden und fachlichen Akteuren hat DIE LINKE. Thüringen mit ihren  
1805 Koalitionspartnern seit 2014 im Beirat Inklusion in einem ausgedehnten Prozess viele Probleme und  
1806 mögliche Lösungen erörtert, um die Prozesse noch besser begleiten und unterstützen zu können:

- 1807 • Mit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes zum 1. August 2020 werden Verhandlungen von  
1808 regionalen Entwicklungsplänen mit den Kreisen und Kommunen eingeleitet. In diesem  
1809 Prozess soll das weitere Vorgehen (materiell und personell) für jeden Kreis festgelegt  
1810 werden. Die Pläne sollen fester Bestandteil der kreislichen Personal- und Haushaltsplanung  
1811 werden. Weiterbildungen zu inklusiver Schulpraxis müssen verpflichtender Bestandteil der  
1812 Arbeit an allen Schulen werden.

1813 Zukünftig wollen wir die inklusive Beschulung weiter voranbringen:

- 1814 • Die Förderzentren sind mit einer Doppelaufgabe versehen: Spezialunterricht an der Schule  
1815 sowie förderpädagogische Unterstützung des inklusiven Unterrichts in der Region. Wir  
1816 wollen die Förderzentren deutlich stärken, damit der Förderbedarf an beiden Stellen  
1817 qualitativ gut erfüllt werden kann.
- 1818 • Wir sehen die Notwendigkeit, eine Aus- und Weiterbildungsoffensive im  
1819 sonderpädagogischen Bereich zu starten – zur Stärkung der Förderpädagogik an den  
1820 Hochschulen und in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, zur Aus- und

1821 Weiterbildung der sonderpädagogischen Fachkräfte und für zusätzliche, kurzfristige  
1822 Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte nach verschiedenen Förderbedarfen der Kinder.  
1823 Hierfür wollen wir die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.  
1824 • Die mobilen sonderpädagogischen Fachkräfte wollen wir in ihrer Aufgabe im gemeinsamen  
1825 Unterricht stärken. Sonderpädagogische Fachkräfte dürfen nur im Ausnahmefall für  
1826 Vertretungsstunden eingesetzt werden.

### 1827 *Die berufliche Ausbildung stärken*

1828 Wir wollen gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren die Rahmenbedingungen für  
1829 die berufliche Ausbildung in Thüringen verbessern. Das betrifft die Lernverhältnisse der  
1830 Auszubildenden im Betrieb und an der Berufsschule, die zurückzulegenden Wege und eine soziale  
1831 Absicherung, die die Abhängigkeit von den Eltern oder von aufreibenden Nebentätigkeiten beendet.  
1832 Zudem unterstützen wir die Jugend- und Auszubildendenvertretungen bei ihrer Arbeit in den  
1833 Unternehmen. Demokratie- und Mitbestimmungsprojekte an den Berufsschulen unterstützen wir  
1834 besonders.

1835 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir seit 2014 wichtige Vorhaben umgesetzt:

- 1836 • In einem breiten Dialogprozess haben wir die von den Vorgängerregierungen lange  
1837 verzögerte Berufsschulnetzplanung vorangetrieben und damit Planungssicherheit  
1838 geschaffen. Damit haben wir den Fortbestand einer ganzen Reihe traditioneller Thüringer  
1839 Ausbildungsberufe gesichert.
- 1840 • Um die Mobilität der Auszubildenden zu unterstützen, wurde ein Azubi-Ticket für den ÖPNV  
1841 eingeführt. Das erlaubt es, in allen Thüringer Kreisen, die sich angeschlossen haben,  
1842 vergünstigt Bahn und Nahverkehr zu benutzen.
- 1843 • Wir haben die Zuschüsse zu Fahrt- und Unterbringungskosten für Berufsschülerinnen und -  
1844 schüler vom Elterneinkommen gelöst und aufgestockt. Es werden heute dreimal mehr  
1845 Auszubildende (im Vergleich zu 2014) vom Land unterstützt.

1846 Hierauf wollen wir in den kommenden Jahren aufbauen:

- 1847 • Wir wollen die Zahl der Lehrkräfte erhöhen. Dazu werden wir ein Programm zur Gewinnung  
1848 und Ausbildung geeigneter Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger mit fachlicher  
1849 Qualifizierung schaffen.
- 1850 • Wir werden das Berufsschulnetz gemeinsam mit den Schulträgern und Verantwortlichen der  
1851 beruflichen Bildung fortschreiben.
- 1852 • Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen  
1853 das Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Azubis kostenfrei zu  
1854 machen.
- 1855 • Wir wollen die Schulgebühren im Bereich Berufsbildung schrittweise abschaffen und im  
1856 Bereich vollzeitschulischer Ausbildung ein Landesausbildungsentgelt einführen.
- 1857 • Wir wollen die Ausbildungsqualität erhöhen. Dazu führen wir innerhalb der beruflichen  
1858 Ausbildung ein verbessertes Qualitätsmanagement ein.
- 1859 • Wir wollen eine zentrale Beschwerdestelle für Azubis schaffen, die im Konfliktfall und bei  
1860 Verstößen gegen Ausbildungsregelungen auf Basis von Vereinbarungen zwischen  
1861 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden aktiv wird.

- 1862 • Wir werden uns im Bund für ein generelles Mindestausbildungsentgelt für alle  
1863 Auszubildenden einsetzen. Wir fordern eine deutliche Aufstockung der BAföG-Sätze sowie  
1864 die Erweiterung der Anspruchsberechtigten und eine staatliche Ausbildungsbeihilfe.

1865 *Hochschulen für ein zukunftsfähiges Thüringen voranbringen*

1866 Die Thüringer Hochschulen haben sich zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der Thüringer  
1867 Bildungslandschaft entwickelt. Mit zehn Hochschulen und zahlreichen Forschungseinrichtungen  
1868 werden wichtige Impulse für die Entwicklung Thüringens und darüber hinausgesetzt. Hochschulen  
1869 sind aber nicht nur regionale Innovationsmotoren. Sie sind in erster Linie Lehr-, Lern- und Lebensorte  
1870 von ca. 50 000 Studierenden und Wirkungsstätten von knapp 20 000 Beschäftigten. Sie alle gestalten  
1871 Hochschule, Forschung und Lehre in Thüringen. Für DIE LINKE. Thüringen gilt: Hochschulen müssen  
1872 als offene, soziale und demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen  
1873 Lehre und Forschung sich frei und unabhängig entwickeln können.

1874 Für diese Entwicklung braucht es die notwendigen Ressourcen und Rahmenbedingungen, die wir in  
1875 den letzten Jahren unter Rot-Rot-Grün verbessert haben:

- 1876 • Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen durch das Land deutlich gesteigert. Die  
1877 Hochschulen haben in den Jahren 2016 bis 2020 einen Aufwuchs ihrer Landeszuschüsse um  
1878 absolut 232 Millionen Euro erhalten.
- 1879 • Wir haben die Berufsakademie zur Dualen Hochschule Gera-Eisenach umgewandelt. Damit  
1880 stärken wir das duale Studium und leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen  
1881 Fachkräftesicherung.
- 1882 • Wir haben die Hochschulautonomie gestärkt. Die Hochschulen können schneller und den  
1883 eigenen Abläufen entsprechend auf Veränderungen reagieren – durch flexible  
1884 Mittelbewirtschaftung (Globalhaushalt), das alleinige Berufungsrecht für Professorinnen und  
1885 Professoren und mehr Freiraum bei Baumaßnahmen.

1886 Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen, um die Wissenschaftslandschaft in Thüringen weiterhin  
1887 zukunftsfähig zu gestalten:

- 1888 • Wir werden die Grundfinanzierung der Hochschulen in Thüringen sichern. Dazu wollen wir  
1889 auch nach 2020 eine kontinuierliche Steigerung der Landesmittel um 4 Prozent für die  
1890 Hochschulen verankern.
- 1891 • Die Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Hochschulen wollen wir  
1892 überprüfen. Um weitere Verbesserungen in den Bereichen Gleichstellung, Inklusion,  
1893 Internationalisierung und Studienbedingungen zu erreichen, wollen wir die aktuellen  
1894 Steuerungsinstrumente weiterentwickeln.
- 1895 • Wir wollen mit den Hochschulen gemeinsam einen Investitionsplan Hochschulbau 2030 auf  
1896 den Weg bringen, um den Sanierungsstau an den Hochschulen weiter abzubauen.
- 1897 • Die Thüringer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft lebt von Kooperation. Wir werden die  
1898 Hochschulen bei standortübergreifenden Kooperationen in Forschung und Lehre im Rahmen  
1899 der Entwicklungsplanung unterstützen.
- 1900 • Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht, die  
1901 Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wieder im Grundgesetz verankert wird und die Länder  
1902 bei der Grundfinanzierung besser unterstützt werden. Der Bund muss dazu den Hochschulen  
1903 mit einem dauerhaften und aufwachsenden Hochschulpakt unter die Arme greifen.

1904 *Gute Lern- und Studienbedingungen an den Thüringer Hochschulen garantieren*

1905 Die Attraktivität einer Hochschule für Studierende ist im Wesentlichen von den Studienbedingungen  
1906 abhängig. Studierende müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Auch die soziale  
1907 Infrastruktur von Beratungsangeboten muss sichergestellt sein – von Wohnheimen über Mensen bis  
1908 hin zum kostengünstigen Studi-Ticket. So lassen sich die finanzielle Belastung der Studierenden  
1909 gering halten und gute Studienbedingungen gewährleisten. Nur so kann eine Hochschule sozial und  
1910 offen gestaltet werden.

1911 In diesem Sinne hat die rot-rot-grüne Koalition einiges auf den Weg gebracht, um die Bedingungen  
1912 für Studierende in Thüringen zu verbessern:

- 1913 • Wir haben dem Studierendenwerk Thüringen eine Millionen Euro mehr zur Verfügung  
1914 gestellt und einen jährlichen Mittelaufwuchs von 3 Prozent verankert, um die sozialen  
1915 Angebote zu erhalten.
- 1916 • Wir haben 15 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnheimen zur  
1917 Verfügung gestellt. So konnten wir den angespannten Wohnungsmarkt in den  
1918 Hochschulstädten entlasten und Studierenden mehr bezahlbaren modernen Wohnraum zur  
1919 Verfügung stellen.
- 1920 • Mit dem neuen Hochschulgesetz haben wir die Mitbestimmung der Studierenden in den  
1921 Hochschulgremien deutlich ausgebaut.
- 1922 • Wir haben die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Studium deutlich verbessert – mit  
1923 Veränderungen bei der Regelstudienzeit, den Anwesenheitspflichten und der  
1924 Prüfungsunfähigkeit.

1925 Darauf wird DIE LINKE. Thüringen in den kommenden Jahren aufbauen – für ein möglichst freies und  
1926 selbstbestimmtes Studium in Thüringen:

- 1927 • Die Studierbarkeit hängt maßgeblich von der Qualität der Lehre ab. Deshalb wollen wir dem  
1928 Qualitätsmanagement an den Hochschulen besonderes Augenmerk widmen.
- 1929 • Wir wollen eine Lernmittelpauschale einrichten, mit der alle Studierenden im ersten  
1930 Semester die notwendigsten Lehr- und Lernmaterialien beschaffen können. So können  
1931 Studierende finanziell entlastet werden.
- 1932 • Wir wollen Langzeitstudiengebühren und weitere studienrelevante Gebühren abschaffen  
1933 und die entstehenden Einnahmeverluste der Hochschulen durch Landesmittel ausgleichen.
- 1934 • Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG ein. Wir wollen eine  
1935 elternunabhängige und armutssichernde Ausbildungsförderung in Höhe von 1.050 Euro für  
1936 alle.
- 1937 • Wir wollen den Bund mit einem Hochschulsozialpakt in die Pflicht nehmen, die Länder bei  
1938 der Finanzierung der Studierendenwerke zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zu  
1939 unterstützen.
- 1940 • Das Studium an Thüringer Hochschulen muss auch beruflich qualifizierten Menschen,  
1941 Menschen mit Behinderungen oder Geflüchteten offenstehen. Deshalb werden wir  
1942 bestehende Barrieren weiter abbauen. Dazu drängen wir auf die Einrichtung und Umsetzung  
1943 von Diversity-Strategien.

1944 *Gute Arbeit in der Wissenschaft zum Dauerzustand machen*

1945 Der Alltag der Beschäftigten an den Hochschulen ist oft geprägt von Unsicherheit und einem  
1946 erheblichen Leistungsdruck im Wettbewerb um externe Forschungsgelder. Dies schadet auch der  
1947 wissenschaftlichen Leistung. Nur wenn Beschäftigte an den Hochschulen Planungssicherheit,  
1948 Karriereperspektiven und ausreichend Zeit haben, trägt dies dazu bei, Lehre und Forschung zu  
1949 stärken, Studienbedingungen zu verbessern sowie Wissenschaft zu betreiben, die ihrer  
1950 gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden kann.

1951 Die Beschäftigungssituation hat DIE LINKE. Thüringen zum Thema gemacht und mit den  
1952 Koalitionspartnern Maßnahmen für Gute Arbeit an den Hochschulen ergriffen:

- 1953 • Im neuen Thüringer Hochschulgesetz werden die Hochschulen verpflichtet, verbindliche  
1954 Rahmenvorgaben für Gute Arbeit für alle Beschäftigten zu erlassen. Wir haben Regelungen  
1955 für mehr Familienfreundlichkeit und Gleichstellung im Sinne der Beschäftigten  
1956 festgeschrieben.
- 1957 • Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Fachhochschulen erhalten den gleichen Lohn wie  
1958 ihre Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten.
- 1959 • Die Vergütung der Lehrbeauftragten haben wir verbessert, insbesondere durch die  
1960 gesetzliche Berücksichtigung der Vor- und Nachbereitung als Arbeitszeit.
- 1961 • Wir unterstützen den wissenschaftlichen Nachwuchs durch die gesetzliche Verankerung der  
1962 Promovierendenvertretung und verbindliche Qualifizierungsvereinbarungen.

1963 Diesen Weg werden wir weiter gehen, um Gute Arbeit an den Hochschulen zur Regel zu machen:

- 1964 • Wir wollen neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen Tarifvertrag für studentische  
1965 Beschäftigte an den Hochschulen, der einen Mindestlohn, Mindestvertragslaufzeiten sowie  
1966 Rechte und Pflichten verbindlich regelt.
- 1967 • Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Rahmenvorgaben für Gute  
1968 Arbeit an den Hochschulen werden wir auf ihre Wirkung hin prüfen. Wir plädieren für  
1969 alternative Karrierewege jenseits der Professur und unterstützen die Hochschulen bei der  
1970 Einrichtung von unbefristeten Stellen. Dazu setzen wir uns für Anpassungen der  
1971 Gesetzgebung des Bundes ein.
- 1972 • Lehrbeauftragte sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an die  
1973 Hochschulen angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen Einsatz  
1974 schließen.
- 1975 • Wir wollen mehr Doktorandinnen und Professorinnen an den Thüringer Hochschulen. Wir  
1976 werden die gesetzlichen Fortschritte in diesem Bereich unter Rot-Rot-Grün mit weiteren  
1977 Maßnahmen unterstützen.

1978

1979

- 1980 *Verantwortungsvolle Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft*
- 1981 Die Hochschulen in Thüringen sind Orte der Forschung und Innovation – vor allem im  
 1982 Zusammenwirken mit wissenschaftlichen Instituten. Als öffentliche Forschungsreinrichtungen tragen  
 1983 sie Verantwortung für die Grundlagenforschung und für eine an den gesellschaftlichen  
 1984 Herausforderungen orientierte Forschung. Vorrangig wettbewerblich organisierte und vergebene  
 1985 Forschungsmittel binden dabei zu viel Zeit, die für Forschung und Lehre fehlt. Sie tragen durch kurze  
 1986 Vertragslaufzeiten zur Unsicherheit vieler Beschäftigungsverhältnisse bei.
- 1987 Die rot-rot-grüne Koalition hat bereits einiges auf den Weg gebracht, um Transparenz und eine  
 1988 verantwortungsvolle Forschungs- und Wissenschaftspolitik in Thüringen zu stärken:
- 1989 • Damit Forschungsprojekte und Forschungsergebnisse nicht einseitig von wirtschaftlichen  
 1990 Interessen beeinflusst werden, wurde ein öffentlich zugängliches Transparenzregister  
 1991 geschaffen.
- 1992 • Alle Thüringer Hochschulen binden ihre Forschung an eine Zivilklausel, um Wissenschaft und  
 1993 Forschung an moralisch-ethischen Standards auszurichten und insbesondere deren  
 1994 Ergebnisse für das friedliche Zusammenleben der Menschen zu nutzen.
- 1995 • Wir fördern digitale Innovationen an den Hochschulen und haben Impulse für die  
 1996 wissenschaftliche Attraktivität gesetzt – mit Stipendien und Fördermitteln für digitale Lehr-  
 1997 und Lernformate sowie einer Strategie für frei zugängliche Onlinepublikationen (Open  
 1998 Access) von Forschungsergebnissen der Thüringer Hochschulen.
- 1999 Diesen Weg moderner und transparenter Wissenschaft und Forschung will DIE LINKE. Thüringen  
 2000 weitergehen:
- 2001 • Wir wollen in Thüringen einen Forschungsschwerpunkt zur Gesellschafts- und  
 2002 Transformationsforschung etablieren, um zeitgemäße und nachhaltige Antworten auf neue  
 2003 Herausforderungen zu erhalten.
- 2004 • Wir wollen einen Lehrstuhl einrichten, der sich mit den Themen Migration, Flucht und  
 2005 Rassismus befasst. Dieser soll sich insbesondere mit der Rolle und den Auswirkungen auf das  
 2006 gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische System beschäftigen.
- 2007 • Wir setzen uns für eine qualitative Weiterentwicklung der Fachhochschulen ein, um die  
 2008 Thüringer Wissenschaftslandschaft zu stärken – wichtig ist insbesondere, das  
 2009 Fächerspektrum zu erweitern und Forschung, Nachwuchsentwicklung und Lehre auszubauen.
- 2010 • Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das einen offenen Zugang zu wissenschaftlichen  
 2011 Forschungsergebnissen und Publikationen garantiert – sowohl für Lehrende und Studierende  
 2012 als auch weitere Interessierte.
- 2013 • Wir wollen in einem Modellprojekt erproben, wie öffentliche Publikationen unabhängig von  
 2014 Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können, um den wissenschaftlichen Anspruch der  
 2015 Autonomie privatwirtschaftlichen Interessen zu entziehen.
- 2016 • Wir werden die Thüringer Hochschulbibliotheken zeitgemäß aufstellen und dazu die  
 2017 Ergebnisse der Untersuchung zu den Bibliotheksservicecentern beachten.
- 2018 *Lernen lebensbegleitend möglich machen – Erwachsenenbildung ausbauen*
- 2019 Unser Alltag ist komplexer geworden. Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der  
 2020 letzten Jahre und der Wandel in der Arbeitswelt stellen uns alle vor Herausforderungen. Die  
 2021 Erwachsenen- und Weiterbildung hat eine besondere Rolle, um unter diesen Bedingungen die  
 2022 gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen im sozialen Miteinander garantieren zu können. Die

- 2023 Erwachsenenbildung trägt mit den Bildungsangeboten in Politik, Gesundheit, Kultur, Sprache und  
 2024 Arbeit sowie in der Grundbildung und Alphabetisierung dazu bei, dass Menschen sich nach ihren  
 2025 Bedürfnissen und Wünschen entwickeln können. Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind mehr  
 2026 als außerschulische Orte, an denen Zertifikate erworben werden können. Sie sind Begegnungsorte  
 2027 und verbinden Menschen unterschiedlicher Herkunft.
- 2028 Deshalb hat Rot-Rot-Grün in den letzten Jahren einiges getan, um die Erwachsenenbildung in  
 2029 Thüringen zu stärken:
- 2030 • Wir haben ein Bildungsfreistellungsgesetz geschaffen, um Beschäftigten Zeit für ihre  
 2031 Weiterbildungswünsche zu geben.
  - 2032 • Wir haben die Grundförderung der Volkshochschulen und freien Träger der  
 2033 Erwachsenenbildung um über 2,2 Millionen Euro und damit um 25 Prozent erhöht.
  - 2034 • Wir haben mit zusätzlichen finanziellen Mitteln für die Angebote von Sprachkursen,  
 2035 Integrationskursen und der Grundbildung die Volkshochschulen dabei unterstützt, ihrer  
 2036 Verantwortung als Orte der Integration gerecht zu werden.
- 2037 Die Herausforderungen werden in den kommenden Jahren aufgrund des fortschreitenden  
 2038 gesellschaftlichen Wandels hoch bleiben. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen den begonnenen Weg  
 2039 konsequent weitergehen:
- 2040 • Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen. Auch in kleinen  
 2041 Betrieben soll es einen Anspruch haben – und auch Auszubildende sollen fünf Tage  
 2042 Bildungsfreistellung pro Jahr wahrnehmen können.
  - 2043 • Wir wollen, dass Gute Arbeit zum Standard in der Erwachsenenbildung wird und die  
 2044 Einrichtungen der Erwachsenenbildung dazu finanziell besser ausstatten.
  - 2045 • Wir wollen mit einem Investitionspaket die Einrichtungen beim Abbau von Barrieren und  
 2046 beim Ausbau digitaler Bildungsangebote unterstützen.
  - 2047 • Wir wollen die Angebote zur Alphabetisierung, sprachlichen Förderung und Grundbildung  
 2048 ausbauen. Ebenso sollen Bildungsangebote zu Demokratie und zur  
 2049 menschenrechtsorientierten Bildungsarbeit eine langfristige Finanzierungsperspektive  
 2050 bekommen, um Angebote nachhaltig aufzubauen.
  - 2051 • Wir wollen eine Weiterbildungsprämie für Menschen mit niedrigem Einkommen einführen,  
 2052 um das Erreichen individueller Bildungsziele zu erleichtern.
  - 2053 • Wir wollen ein Modellprojekt zu mobiler und dezentraler Erwachsenenbildung auf den Weg  
 2054 bringen, um älteren Menschen und Menschen im ländlichen Raum den Zugang zur  
 2055 Erwachsenenbildung zu erleichtern – über Angebote wie E-Learning und Onlinekurse oder  
 2056 einen mobilen Bildungsbus.
  - 2057 • Wir wollen Möglichkeiten schaffen, die lebensbegleitend alle Menschen im sicheren Umgang  
 2058 mit digitalen Medien, Kommunikationswegen und der zugrunde liegenden Technik stärken.

2059 **II. Kultur und Medien**

2060

2061 *Kultur für alle*

2062 Kultur ist Lebendigkeit, Widerspruch, Vielfalt und Inspiration. Sie regt zum Innehalten, zum  
2063 Nachdenken und zur Meinungsbildung an. Kultur ist für DIE LINKE. Thüringen kein Luxusgut. Im  
2064 Gegenteil – unser Anspruch lautet: Kultur für alle. Kultur ist öffentliche Daseinsvorsorge, Bestandteil  
2065 der Grundversorgung. Wir und Minister Benjamin Immanuel Hoff sehen den Wert von Kultur in  
2066 jedem Ort unseres Freistaates – seien es Museen oder Heimatstuben, Kulturdenkmäler, Theater und  
2067 freie Theatergruppen, Orchester oder Chöre jeder Art, Musik- und Jugendkunstschulen und vieles  
2068 mehr. Dem Anspruch „Kultur für alle“ haben wir als Teil der rot-rot-grünen Koalition Rechnung  
2069 getragen und die einzigartige Thüringer Kulturlandschaft in ihrer Bandbreite und Vielfalt erhalten und  
2070 weiterentwickelt. Besonders wichtig war uns dabei der Dialog mit den Kulturverbänden und  
2071 Kulturschaffenden. Wir konnten die Kulturausgaben deutlich steigern. In diesem Sinne hat DIE LINKE.  
2072 Thüringen im Rahmen der rot-rot-grünen Koalition gewirkt:

- 2073
- Wir haben den Kulturetat in Thüringen um mehr als 30 Millionen Euro erhöht und den  
2074 Kulturlastenausgleich für Thüringer Kommunen entbürokratisiert und auf 10 Millionen Euro  
2075 aufgestockt.
  - Wir haben Modellprojekte von überregionalen Kulturentwicklungskonzeptionen erfolgreich  
2076 durchgeführt und unterstützen die Bewerbung Geras als Europäische Kulturhauptstadt 2025.
  - Wir haben die Enteignung von Schloss und Park Reinhardsbrunn erfolgreich durchgeführt  
2077 und damit bundesweit erstmalig gezeigt, wie man verhindert, dass solche Kulturdenkmäler  
2078 als Spekulationsobjekte missbraucht und dem Verfall preisgegeben werden.
  - Die Museumsförderung wurde um eine Million Euro erhöht. Weitere Zuschusserhöhungen  
2081 gab es für die Museen der Klassik Stiftung Weimar.
  - Das Burgenmuseum auf der Veste Heldburg und das Bauhaus Museum in Weimar wurden  
2082 neu eröffnet.
  - Erstmals wurde in Thüringen auch für den Bereich Kultur und Denkmalschutz ein  
2083 Investitionsprogramm in bedeutendem Umfang aufgelegt.
  - Die Sanierung der Theater in Altenburg und in Nordhausen wurde finanziert und hat  
2084 begonnen. Die Sanierung des Theaters Rudolstadt wird abgeschlossen werden.
  - Die Thüringer Kulturstiftung wurde zur Stiftung für zeitgenössische Kunst, die mit Stipendien  
2085 und anderen Instrumenten Künstlerinnen und Künstler unterstützt und in Thüringen  
2086 Perspektiven bietet.

2087

2088

2089

2090

2091

2092 DIE LINKE. Thüringen will weiterhin dafür Sorge tragen, dass kulturpolitisch nachhaltige  
2093 Entwicklungsperspektiven ermöglicht werden – im Einklang mit den Kommunen. Ausgehend davon  
2094 wollen wir in den kommenden Jahren Folgendes angehen:

- 2095
- Bereits mit dem Haushalt 2020 steigt das Land Thüringen wieder in die anteilige Finanzierung  
2096 der Musikschulen und Jugendkunstschulen ein. Dafür sind 3 Millionen Euro vorgesehen.
  - Mit Mitteln des Bundes und des Landes werden wir ab 2020 mehr als 240 Millionen Euro in  
2097 Thüringer Schlösser und Burgen investieren, zum Beispiel ins Schloss Altenburg und in das  
2098 Lindenau-Museum.
  - Wir wollen die Lücke zum Flächentarifvertrag, insbesondere für die Beschäftigten am Theater  
2099 Rudolstadt, endlich schließen.
- 2100
- 2101

- 2102 • In Eisenach soll das abgebrannte Werkstattgebäude mit der Bühne des Jungen Theaters neu  
2103 aufgebaut werden. Es soll Platz für ein zusätzliches Produktionshaus der freien Theaterszene  
2104 bieten.
- 2105 • Die Überprüfung der Bestände in unseren Museen und Archiven auf Raubkunst der  
2106 Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten und aus kolonialem Erbe  
2107 (Provinienzforschung) wollen wir ausbauen und dafür das Volontariatsprogramm erweitern.
- 2108 • Die Finanzausstattung der Thüringer Kommunen hat sich verbessert – aufgrund der  
2109 Erhöhung des kommunalen Finanzausgleiches, der kommunalen Steuereinnahmen und des  
2110 Rückgangs der kommunalen Verschuldung. Wir sehen es als Verpflichtung der Kommunen  
2111 an, nun die Finanzierung der lokalen Kultureinrichtungen, Musik- und Jugendkunstschulen,  
2112 Bibliotheken und Theater zu stärken.
- 2113 • Wir streben ein Digitalisierungsprogramm für die öffentlichen Bibliotheken in Thüringen an –  
2114 finanziert von Kommunen und dem Land zu gleichen Teilen.
- 2115 • Die Projektfördermittel und den Kulturlastenausgleich wollen wir auf dem erreichten Niveau  
2116 erhalten und wenn möglich weiter zu erhöhen.
- 2117 • Auf Bundesebene wird sich Thüringen gegen jedes Vorhaben stellen, mit dem die  
2118 Künstlersozialkasse (KSK) eingeschränkt werden soll – außer der Schaffung einer  
2119 Bürgerversicherung für alle.

#### 2120 *Kulturelle Bildung in den Mittelpunkt rücken*

2121 Die Angebote schulischer und außerschulischer kultureller Bildung sind in Thüringen vielfältig und  
2122 von unschätzbarem Wert. Sie bereichern und geben Impulse für unsere vielfältige Kulturlandschaft.  
2123 Eine stärkere Verzahnung und Sichtbarmachung der Angebote für alle Altersgruppen und die  
2124 Teilhabe aller Menschen ist und bleibt für DIE LINKE. Thüringen ein wichtiges Anliegen:

- 2125 • Wir erarbeiten ein Leitbild Kulturelle Bildung und diskutieren ausgehend von den  
2126 Ergebnissen einer Studie Handlungsoptionen zur Stärkung kultureller Bildung.
- 2127 • Wir stärken die Musik- und Jugendkunstschulen als Schnittstellen zwischen  
2128 Bildungseinrichtungen und Kulturinstitutionen in Thüringen. In der rot-rot-grünen Koalition  
2129 sind wir uns einig: Das Land wird diese Einrichtungen ab 2020 wieder mitfinanzieren. Die  
2130 geplante Richtlinie muss aus LINKER Sicht in ein Gesetz münden. Das Gesetz soll  
2131 Planungssicherheit und Qualitätsstandards festschreiben und helfen, die hohe Anzahl an  
2132 Honorarkräften in zum Teil unsicheren Beschäftigungsverhältnissen durch mehr  
2133 Festangestellte zu verringern.
- 2134 • Wir werden das Kulturagentenprogramm neu ausrichten. Das als Modellprojekt konzipierte  
2135 Programm hat sich der Verzahnung von Schule und freien Künstlerinnen und Künstlern  
2136 verschrieben. Es ist uns gelungen, das Modellprojekt in die Transferphase zu überführen.  
2137 Nun wollen wir erreichen, dass mehr Schulen davon profitieren und es noch mehr in die  
2138 Fläche ausstrahlt.
- 2139 • Die Thüringer Kinder- und Jugendtheater müssen weiterhin in ihrer Arbeit unterstützt  
2140 werden. Wir haben in der Vergangenheit mehr Investitionen möglich gemacht, die wir auch  
2141 in Zukunft bereitstellen wollen.
- 2142 • Die Spielstättenförderung, auch für die Theater der freien Szene, wollen wir neu diskutieren  
2143 und im Dialog mit den Engagierten vor Ort transparent und nachhaltig verankern.
- 2144 • Die wachsende Vielfalt in der Gesellschaft muss uns dazu anhalten, ein Konzept für Diversität  
2145 im Kulturbereich zu entwickeln. Dazu werden wir Diversitäts- und Gleichstellungspläne auf

2146 den Weg bringen – mit konkreten Maßnahmen in den Bereichen Personal, Programm,  
2147 Publikum und Zugänge.

2148 *Breitenkultur als Nährboden kultureller Teilhabe unterstützen*

2149 Die Sozio- und Breitenkultur ist ausschlaggebend dafür, dass Kultur für alle Menschen ohne  
2150 Berührungängste real wird. Die vielfältigen künstlerischen und sozialen Projekte und Initiativen  
2151 leisten einen erheblichen Beitrag in unserer Gesellschaft. Diesen gilt es aus Sicht der Thüringer  
2152 LINKEN gezielt zu unterstützen:

- 2153 • Wir haben daher in Regierungsverantwortung das Projektmanagerprogramm verstetigt, die  
2154 Bezahlung der kulturellen Leitungskräfte schrittweise angehoben und die Förderung  
2155 mehrjährig ausgestaltet.

2156 Das sind aus unserer Sicht erste, sehr wichtige Schritte. In Zukunft will DIE LINKE. Thüringen daran  
2157 anknüpfen:

- 2158 • Wir werden weiter diskutieren, wie das Projektmanagerprogramm auch für neue Initiativen  
2159 geöffnet werden kann, ohne dass Bewährtes den Nährboden verliert.
- 2160 • Im Zusammenhang mit der Geschäftsstellenförderung der Kulturverbände soll über  
2161 transparentere und einheitlichere Förderaspekte nachgedacht werden. Ebenso sollen  
2162 Fachbeiräte für Förderentscheidungen einheitlich berufen und transparent gemacht werden.

2163 *Thüringens Kulturinstitutionen weiter voranbringen*

2164 Thüringens Bibliotheken sind Bildungs- und Kulturzentren und dadurch wichtige Anziehungspunkte  
2165 für Jung und Alt in den jeweiligen Regionen. Sie gilt es, im Zusammenspiel mit den kommunalen  
2166 Trägern weiter zu fördern. Mit der Veröffentlichung des Bibliotheksentwicklungsplanes für  
2167 öffentliche Bibliotheken haben wir uns einer langfristigen Entwicklung verschrieben. Wir wollen:

- 2168 • die öffentlichen Bibliotheken weiter gestärkt sehen
- 2169 • die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken gesetzlich verankern
- 2170 • das Thüringer Bibliotheksgesetz novellieren, um die Stellung und Aufgaben der  
2171 Landesbibliothek transparent und zukunftsfest zu machen

2172 DIE LINKE. Thüringen bekennt sich ausdrücklich zu unseren Theatern und Orchestern und hat dies im  
2173 Rahmen von Rot-Rot-Grün mit den derzeit laufenden Finanzierungsverträgen sehr deutlich gemacht:

- 2174 • Das Land hat seine Zuschüsse auf 85 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig erstmalig sehr  
2175 langfristige Verträge angeboten. Das ermöglicht sowohl den Theatern und Orchestern als  
2176 auch den kommunalen Trägern nachhaltige Planungen.
- 2177 • Wir haben mit Vorlage der Theaterperspektive 2025 einen kritischen Diskussionsprozess  
2178 über die Zukunft der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft in Gang gebracht.
- 2179 • Wir setzen verstärkt auf den Abbau des Sanierungsstaus und stellen für die Sanierung der  
2180 kommunalen Theatergebäude mehrere Millionen Euro zur Verfügung. Für die kommende  
2181 Finanzvereinbarung wollen wir an unserem Bekenntnis zu den Standorten und zur  
2182 künstlerischen Vielfalt festhalten.

2183 Mit der Vorlage der Museumspektive 2025 ist deutschlandweit erstmals überhaupt ein  
2184 vollständiger Überblick zur vielfältigen Museumslandschaft eines Landes und seiner  
2185 Herausforderungen erschienen. Dieser wurde mit Museumsverband, Museumsmitarbeiterinnen und

2186 -mitarbeitern, Kommunen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und bildet den  
2187 Handlungsrahmen für die weitere Stärkung unserer Museumslandschaft. Mit der Verstetigung des  
2188 Volontariatsprogrammes für wissenschaftlichen Nachwuchs in den Museen des Freistaats haben wir  
2189 deutlich gemacht: Uns sind der Erhalt und die Entwicklung ein wichtiges Anliegen. Auch in Zukunft  
2190 will DIE LINKE. Thüringen, dass in Thüringen:

- 2191 • ausreichend Investitionen für die museale Infrastruktur bereitgestellt werden
- 2192 • die museale Beratungsfunktion des Museumsverbandes gestärkt wird und es auch kleinen  
2193 Museen und Heimatstuben mit ihren zumeist kommunalen Trägern ermöglicht wird, über  
2194 Entwicklungsperspektiven nachzudenken
- 2195 • das Volontariatsprogramm vorgehalten und langfristig ausgebaut wird

2196 Die Thüringer Schlösser, Burgen und Parks sind Zeugnisse unseres kulturhistorischen Erbes, welches  
2197 es zu erhalten und besser zu vermarkten gilt. Mit der Enteignung des Schlosses Reinhardsbrunn  
2198 haben wir einen Präzedenzfall in Deutschland eingeleitet. Er fußt auf der Überzeugung, dass wir  
2199 unsere Schlösser und Burgen nicht als Spekulationsobjekte sehen wollen, die dem Verfall  
2200 preisgegeben werden. Vielmehr will DIE LINKE. Thüringen – wo möglich – neue Nutzungskonzepte  
2201 unterstützen, unter Bewahrung der Zugänglichkeit für alle. Dazu erklären wir unsere Bereitschaft,  
2202 auch in Zukunft in die Gebäude und die Stärkung der landeseigenen Stiftung Schlösser und Gärten zu  
2203 investieren.

2204

#### 2205 *artthuer – die Kunstmesse in Thüringen und für Mitteldeutschland*

2206 Als einzige Kunstmesse des mitteldeutschen Raumes haben wir mit der artthuer, ausgerichtet vom  
2207 Verband Bildender Künstler Thüringen, eine Plattform zur Präsentation unserer vielfältigen  
2208 Kunstszene. Sie bietet auch eine Verkaufsmöglichkeit für die zumeist freischaffenden Kreativen. In  
2209 der Vergangenheit ist diese Kunstmesse zum Spielball kulturpolitischer Ansprüche und  
2210 wirtschaftspolitischer Auslegungen geworden. Wir bekennen uns klar zur artthuer und wollen  
2211 gemeinsam mit dem Verband, der Kulturstiftung Thüringen und weiteren Partnerinnen und Partnern  
2212 Entwicklungsperspektiven diskutieren – bis hin zu einer Ausweitung als mitteldeutsche Kunstmesse  
2213 unter Einbeziehung der Nachbarländer Sachsen und Sachsen-Anhalt. Auch dafür wollen wir,  
2214 möglichst schon im Haushalt für das Jahr 2020, Personalmittel zur Verfügung stellen, die die  
2215 Ausrichtung der artthuer aus dem Ehrenamt holt.

2216

#### 2217 *Medien für alle*

2218 Medien sind in unserer Gesellschaft Träger von Informationen, mit dem Ziel, Informationsfreiheit,  
2219 Meinungsvielfalt und Demokratie zu stärken. Sie sind damit mehr als nur ein Objekt, das die  
2220 technischen und technologischen Entwicklungen betrifft.

2221 Wir LINKEN sehen in der Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Informationen in den elektronischen  
2222 Medien und in den Printmedien einen wesentlichen Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Eine jede  
2223 und ein jeder muss umfänglich und ungehindert am Informationsaustausch weltweit partizipieren  
2224 können. Deshalb müssen flächendeckend Bandbreiten und Internetangebote vorhanden sein und zu  
2225 empfangen sein. Der Zugang zu einem vielfältigem Informations- und Kommunikationsangebot ist zu  
2226 garantieren – unabhängig von sozialen Voraussetzungen und dem Ort.

2227 Strukturelle Gegebenheiten und individuelle Voraussetzungen, verbunden mit barrierefreiem Zugang  
2228 zu Medienangeboten, sind nach unserer Auffassung zentral. Unverzichtbar ist es dabei, Bildungs- und  
2229 Fortbildungsangebote im Bereich der Medienkompetenz auszubauen.

2230 Die Mediennutzung, die auf Wissen beruht und auf einem verantwortungsbewussten Umgang, ist die  
2231 Zukunft und wird die Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft garantieren – und eben nicht der  
2232 Versuch, Angebote zu beeinflussen, zu löschen oder zu verbieten. Deswegen fordern wir rassismus-  
2233 und diskriminierungssensible Aus- und Fortbildungsangebote für Journalistinnen und Journalisten  
2234 sowie die Diversifizierung des Personals in Kulturinstitutionen.

2235 Die Eckpfeiler einer zukünftigen Medienwelt sieht DIE LINKE. Thüringen in einem breit aufgestellten  
2236 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, einschließlich starker Internetangebote, in Printmedien mit  
2237 verantwortungsbewusstem investigativem Journalismus, im freien Zugang zum Internet für alle und  
2238 in einer engagierten, auf Eigeninitiative beruhenden regionalen und lokalen Medienlandschaft. Die in  
2239 Thüringen verankerten Bürgermedien als Zentren demokratischer Mitwirkung sind und bleiben  
2240 unverzichtbar.

2241 Zum Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im Internet braucht es eine aktive Aufklärung und  
2242 Sensibilisierung der Öffentlichkeit – es braucht eine ‚digitale Zivilgesellschaft‘. Dazu wollen wir den  
2243 Zugang zu Informationsangeboten über die Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von  
2244 Hassrede erleichtern – mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und über die Thüringer  
2245 Landesmedienanstalt. Das gilt ebenso für Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen im  
2246 Zusammenhang mit digitaler demokratischer Debattenkultur, Quellenrecherche und  
2247 Informationspraxis.

2248

#### 2249 *Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Thüringen stärken*

2250 Um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der digitalen, miteinander verzahnten Medienwelt  
2251 zukunftsfähig zu gestalten, müssen wir die Struktur der Anstalten öffentlich prüfen – von der Anzahl  
2252 der Sendeangebote bis hin zu den Pensionsmodellen. Zugleich dürfen wir dabei den öffentlich-  
2253 rechtlichen Rundfunk im Rahmen regionaler, nationaler und internationaler Wettbewerbssituationen  
2254 nicht durch Einschränkungen vom medialen Markt ausschließen.

2255 Unerlässlich sind Transparenz bei der Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen und  
2256 beim wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen – gerade mit Blick auf die gesellschaftliche  
2257 Diskussion zum Rundfunkbeitrag und der damit verbundenen Akzeptanzkrise. DIE LINKE setzt sich  
2258 weiterhin für klare Befreiungstatbestände für Sozialempfängerinnen und -empfänger,  
2259 Geringverdienende, Studierende, Rentnerinnen und Rentnern und Menschen mit Einschränkungen  
2260 ein.

2261 Wir wollen, dass Mitglieder aus verschiedenen (auch sprachlichen) Communitys Teil der  
2262 Rundfunkräte und anderer Aufsichtsgremien werden. So kann eine faire und umfassendere  
2263 Repräsentation in den öffentlichen Medien gelingen – mit einem Fokus auf Vielfältigkeit aus  
2264 Betroffenenperspektive und der Sichtbarmachung von Minderheiten und ihrer Leistungen.

2265 Wir wollen den Verhaltenskodex der Europäischen Kommission (auch gefordert von ECRI & OSZE) für  
2266 Berufsgruppen und Medienorganisationen gegen Hassrhetorik fortentwickeln. Wir wollen zusammen  
2267 mit den öffentlich-rechtlichen Medien in Thüringen eine anhaltende, diskriminierungs- und  
2268 rassismuskritische wissenschaftliche Programmbegleitung auf den Weg bringen und nach Lösungen  
2269 suchen, die Beratung für Qualitätsmanagement innerhalb der öffentlich-rechtlichen Medien zu  
2270 fördern.

2271

2272 *Medienstandort Thüringen ausbauen*

2273 Thüringen ist als Medienstandort relativ klein, besitzt aber mit seiner spezifischen Angebotsstruktur  
2274 gute Entwicklungsmöglichkeiten. Der Runde Tisch „Medienstandort“ hat vielfältige Potenziale zum  
2275 Ausbau von Strukturen und Vernetzungen aufgezeigt. Die Umsetzung hat bereits begonnen:

- 2276 • Wir haben uns in den vergangenen Jahren für eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung  
2277 des MDR in Mitteldeutschland eingesetzt und das räumliche Angebot für Film- und  
2278 Fernsehproduktionen in Thüringen schrittweise ausgebaut.
- 2279 • Wir haben die Erweiterung des Kindermedienzentrums in Erfurt um einen dritten  
2280 Gebäudekomplex durchgesetzt. Er wird nach der Fertigstellung weiteren Start-ups der  
2281 Medienbranche zur Verfügung stehen.
- 2282 • Die LINKE. Thüringen steht für die Bestandsgarantie gegenüber dem Kinderfilmfestival  
2283 Goldener Spatz als Eckpfeiler des „Kindermedienlandes Thüringen“. Die Übernahme des  
2284 Festivals in die institutionelle Landesförderung macht dies ebenso deutlich wie die durch die  
2285 Stifter erfolgte Erhöhung der regelmäßigen Zuwendungen.

2286 Diesen Weg wollen wir in den kommenden Jahren weiter gehen:

- 2287 • Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit Forschungseinrichtungen, zum Beispiel  
2288 der TU Ilmenau und dem Fraunhofer Institut, soll verstetigt und durch staatliche Förderung  
2289 zielgerichtet unterstützt werden. Dies trifft ausdrücklich den Bereich von App-Entwicklungen  
2290 sowie den Gamesbereich und das Feld der Entwicklung von Stoffen für Kinder- und  
2291 Jugendmedien.
- 2292 • Wir wollen die Förderungen für die Medienwirtschaft an zentraler Stelle bündeln, um die  
2293 Aktivitäten des Landes effektiver zu gestalten. Hierbei sind die Strukturen der Ansiedlungs-  
2294 und Gründerförderung einzubeziehen. Ziel ist eine aktive und strategische  
2295 Medienstandortpolitik aus einer Hand.
- 2296 • Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an der  
2297 Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort zentral. Wir wollen die  
2298 Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die Beschäftigten und den Wirtschaftsraum zu  
2299 erreichen.
- 2300 • Mit einer Medienstandortagentur wollen wir den vielen in Medienberufen ausgebildeten  
2301 Hochschulabsolventinnen und -absolventen und Fachkräften die Möglichkeiten bieten, ihr  
2302 Können und ihr Wissen im Freistaat so einzubringen, dass sie gefragte Medienprodukte hier  
2303 realisieren können.

2304

2305 *Medienvielfalt unterstützen*

2306 Bei der Forderung des Erhalts der Meinungsvielfalt spielen auch private Radio- und Fernsehanbieter  
2307 in Thüringen eine Rolle – unabhängig von der wirtschaftlichen Ausrichtung und vom jeweiligen  
2308 Erfolg. DIE LINKE. Thüringen hat sich, unter Beachtung der Unabhängigkeit der Medien, seit 2014 für  
2309 eine Förderung in diesem Bereich eingesetzt. Gerade die rasante technische Entwicklung stellt lokale  
2310 Anbieter immer wieder vor finanzielle Herausforderungen. Auch zukünftig wollen wir dazu beitragen,  
2311 die Medienvielfalt in Thüringen zu erhalten und zu stärken.

2312 Die Bürgermedien in Thüringen sind eine Erfolgsgeschichte. Bürgermedien sind unverzichtbarer  
2313 Bestandteil bei der demokratischen Mitwirkungs- und Willensgestaltung von Bürgerinnen und  
2314 Bürgern an ihrem jeweiligen Lebensort. Sie geben den Medienmacherinnen und -machern die  
2315 Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und die Situation aufzugreifen und zu thematisieren.  
2316 Zugleich animieren sie Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Mitwirkung.

2317 DIE LINKE. Thüringen wird die Bürgermedien weiterhin intensiv unterstützen und fördern: Wir  
2318 wollen, dass die Anteile für die Finanzierung der Landesmedienanstalten aus dem  
2319 Beitragsaufkommen gesteigert werden, um vor allem die Bürgermedien und die  
2320 Medienkompetenzarbeit zu stärken.

2321 **III. Thüringen ist und bleibt ein Sportland**

2322

2323 Sport bildet einen wesentlichen Teil der Freizeitgestaltung und Unterhaltungskultur sowie der  
2324 körperlichen Gesunderhaltung. In traditionellen Sportvereinen, im Schulsport und im Bereich des  
2325 Breitensports wird entweder allein oder im Kreis der Familie bzw. von Freundinnen und Freunden  
2326 Sport getrieben. Sport trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei. Sport hält zur Fairness an. Sport  
2327 leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge. Sport fördert die Völkerverständigung.

2328 Mit rund 370 000 organisierten Sportlerinnen und Sportlern in mehr als 3400 Sportvereinen hat  
2329 Thüringen einen sehr hohen Organisationsgrad. Die sporttreibenden Menschen sind auf eine gut  
2330 aufgestellte Sportinfrastruktur angewiesen. Das betrifft den Sport in Kindergärten, den Schul- und  
2331 Hochschulsport, den allgemeinen Vereinssport und den organisierten Wettkampfbetrieb. Besonderes  
2332 Augenmerk ist auf die Möglichkeit des Sporttreibens für Menschen mit Behinderung und Seniorinnen  
2333 und Senioren zu legen.

2334 Das hat DIE LINKE. Thüringen zusammen mit unseren Koalitionspartnern in den vergangenen fünf  
2335 Jahren für den Sport in Thüringen erreicht:

- 2336 • Das neue Sportfördergesetz garantiert Vereinen und Verbänden im Breitensport die  
2337 kostenlose Nutzung von Sportanlagen für den Trainings- und Wettkampfbetrieb.
- 2338 • Mit der verpflichtenden Erstellung von Leitplanungen für die Sportstätten der Kreise und  
2339 kreisfreien Städte erhalten die Kommunen mit ihren Vereinen feste  
2340 Entwicklungsperspektiven.
- 2341 • Es ergeben sich bessere Möglichkeiten für die finanzielle Ausstattung der Sportfachverbände  
2342 und der Stadt- und Kreissportbünde durch die dauerhafte Erhöhung der finanziellen Mittel  
2343 für den Landessportbund Thüringen aus den Lottereerlösen um jährlich 770.000 Euro auf  
2344 9,54 Millionen Euro.
- 2345 • Der Sanierungsstau bei Sportstätten kann weiter abgebaut werden durch die Erhöhung der  
2346 finanziellen Mittel für den Sportstättenbau von jährlich 5 Millionen Euro auf 7 Millionen  
2347 Euro.
- 2348 • Mit der Aufstockung der Mittel für die Trainerinnen- und Trainerfinanzierung konnte eine  
2349 nachhaltige Verbesserung erzielt werden.
- 2350 • Mit der Ertüchtigung bzw. dem Neubau der Sporthallen in Suhl, Eisenach und Bad  
2351 Langensalza sowie der Schießsportanlage in Suhl werden längerfristig wieder gute  
2352 Bedingungen für die Ausübung des Leistungssports im Volleyball, Handball und  
2353 Sportschießen geschaffen.

2354 Mit dem Erfolg bei der Bewerbung für die Biathlonweltmeisterschaften 2023 und einem möglichen  
2355 Zuschlag für die Rennschlittenweltmeisterschaften im gleichen Jahr stehen wir in den nächsten  
2356 Jahren vor weiteren spannenden Herausforderungen, denen sich DIE LINKE. Thüringen mit folgenden  
2357 Maßnahmen stellen wird:

- 2358 • Das Sportfördergesetz muss in all seinen Bestandteilen ohne Abstriche umgesetzt werden.  
2359 Dabei steht der konsequente Kampf gegen Doping, schon im Kinder- und Jugendbereich, im  
2360 Zentrum. Zudem muss der Landessportbeirat zügig seine Arbeit aufnehmen.
- 2361 • Die Leistungssportanlagen in Oberhof müssen in den nächsten Jahren auf höchsten  
2362 internationalen Standard angehoben werden, um dem stark umworbenen internationalen  
2363 Markt Rechnung zu tragen. Damit wird zudem gesichert, dass neben den angestrebten

- 2364 Weltmeisterschaften auch weiterhin Weltcups in den Wintersportarten in Oberhof  
2365 stattfinden.
- 2366 • Die gezielte Förderung des Leistungssportes und der dafür notwendigen Sportanlagen soll  
2367 auch künftig nicht zulasten des allgemeinen Breitensports gehen.
  - 2368 • Der weiterhin vorhandene Sanierungsstau bei Sport- und Spielanlagen muss in den nächsten  
2369 Jahren zielgerichtet abgebaut werden.
  - 2370 • Die immer noch bestehenden großen Unterschiede in der Entlohnung von hauptamtlichen  
2371 Trainerinnen und Trainern im Ländervergleich müssen reduziert werden, um allen  
2372 hochqualifizierten Trainerinnen und Trainern in den Thüringer Trainingszentren eine  
2373 Perspektive zu geben. Die Entschädigung für Ehrenamtliche sowie Übungsleiterinnen und -  
2374 leiter muss den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst werden.
  - 2375 • Um national und international das Niveau mitbestimmen zu können, müssen die  
2376 begonnenen Baumaßnahmen bei Hallenkapazitäten schnell beendet werden.
  - 2377 • Das Schießsportzentrum Suhl ist mit seiner landschaftlichen Einbindung einmalig in  
2378 Deutschland. Um diesen Standort erhalten zu können, bedarf es auch in den kommenden  
2379 Jahren der Landesverantwortung.
  - 2380 • Im nichtorganisierten Sport werden wir – für jede und jeden zugänglich – einfache  
2381 Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum fördern.
  - 2382 • Die in Thüringen vorhandenen Fanprojekte, etwa in Erfurt und Jena, werden weiterhin  
2383 unterstützt.
  - 2384 • Die weitere Entwicklung des eSports (elektronischer Sport) werden wir in Thüringen aktiv  
2385 begleiten. Besonderes Augenmerk liegt auf dem eSports-Leistungszentrum in Gera.

2386 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

2387

2388 **I. Lebensgrundlagen sichern: Thüringen nachhaltig gestalten**

2389

2390 Umweltverschmutzung und Klimawandel bedrohen unseren eigenen Lebensraum und sind eine  
2391 Bürde, die wir unseren Kindern und Enkeln vererben. DIE LINKE. Thüringen sieht sich in  
2392 Verantwortung, ihren Beitrag dazu zu leisten, diese Entwicklungen so weit wie möglich zu stoppen,  
2393 um den natürlichen Reichtum und die Vielfalt der Natur unseres Landes zu erhalten.

2394 Mit Antritt der rot-rot-grünen Koalition haben wir uns dieser Herausforderung gestellt. Dabei hat DIE  
2395 LINKE. Thüringen immer alle Menschen im Blick gehabt. Soziale, ökonomische und ökologische  
2396 Fragen haben wir ganzheitlich betrachtet. Klimaschutz ist eine gesellschaftliche Herausforderung.  
2397 Deren Lasten werden zum einen nach dem Prinzip „Verursacherinnen und Verursacher zahlen!“  
2398 verteilt, zum anderen nach den finanziellen Möglichkeiten. Klimaschädliche Industrien und  
2399 Vermögende müssen daher stärker belastet werden, als es derzeit passiert.

2400 Gleichzeitig bieten sich ökonomische Chancen für unser Land. So ist Thüringen eine Region des  
2401 Naturtourismus. Ökologisches Bewusstsein und die Erfahrung von Umweltschäden treiben Menschen  
2402 wieder zur Natur. In Thüringen können sie sie noch finden und erreichen. Das muss so bleiben. Das  
2403 grüne Herz Deutschlands muss geschützt werden. Gerade hier lohnt sich der sozial-ökologische  
2404 Umbau.

2405 Wirtschaftliche Potenziale bietet nicht nur der Tourismus. Auch die Abfallwirtschaft oder die  
2406 Energiewirtschaft leisten in Kommunen ihren Beitrag zum Klimaschutz über öffentliche Versorger.  
2407 Hinzu kommt: Thüringen ist ein Land mit einer breit aufgestellten Forschungslandschaft. Speziell  
2408 erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Energieeffizienz sind an Hochschulen, Instituten  
2409 und privaten Einrichtungen Forschungsthemen. Ebenso sind Ausbildungsstrukturen auf diese  
2410 Bereiche ausgerichtet, sodass Thüringen von gut ausgebildeten Fachkräften in der Zukunftsbranche  
2411 Energiewirtschaft profitiert. Wertschöpfung verbleibt vor Ort.

2412 Thüringen hat in der Energiewirtschaft und im Klimaschutz große Potenziale und ist bereits Spitze.  
2413 Kommunen in Thüringen heben die Potenziale des Energiesparens: Die Städte Jena und Erfurt  
2414 wurden 2015 mit dem European Energy Award ausgezeichnet – ein mehrjähriges Verfahren, mit dem  
2415 die Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Kommunen erfasst, bewertet und regelmäßig überprüft  
2416 werden. Mit der Auszeichnung werden Energieeinsparungen und die Reduzierung von  
2417 Treibhausgasen belohnt, die regionale Wertschöpfung wird gefördert, außerdem wird die  
2418 Vernetzung kommunaler Akteurinnen und Akteure unterstützt. Diese Spitzenleistungen sind  
2419 Ansporn, in unserem Land weiter voranzugehen.

2420 DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow werden in diesem Sinne:

2421

2422 *Aus dem Klimawandel Konsequenzen ziehen*

2423 Der Klimawandel ist keine Fiktion, sondern in seinen Folgen heute spürbar. Er zeigt sich – etwa in  
2424 Extremwittersituationen – immer offener. So hat zum Beispiel die Dürre im Sommer 2018 den  
2425 Thüringer Wäldern und unseren landwirtschaftlichen Betrieben schwer geschadet. Dadurch rücken  
2426 Fragen der Nachhaltigkeit auch in Deutschland ganz anders ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese  
2427 Sensibilisierung merken wir im Gespräch mit Thüringerinnen und Thüringern. Wir gehen bestärkt in

2428 unser Projekt des sozial-ökologischen Umbaus. Kernelement sind Strategien für mehr Nachhaltigkeit  
2429 und Klimaschutz.

2430 Seit 2014 haben wir in der rot-rot-grünen Koalition den Umwelt- und Klimaschutz konsequent  
2431 vorangetrieben:

- 2432 • Die Thüringer Energie- und Klimaschutzstrategie wurde als Bestandteil des Thüringer  
2433 Klimagesetzes auf den Weg gebracht. Mit der Strategie werden Wege beschrieben, wie in  
2434 Thüringen Klimaschutzmaßnahmen und die Klimafolgenanpassung bewältigt werden können.
- 2435 • Die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 und des  
2436 Weltklimavertrages wird durch den parlamentarischen Nachhaltigkeitsbeirat begleitet.
- 2437 • Mit dem Landesprogramm Hochwasserschutz 2016 – 2021 werden fortbestehende Defizite  
2438 überwunden.

2439 Klimaschutz ist uns wichtig und muss in der nächsten Regierungszeit weiterentwickelt werden:

- 2440 • Rot-Rot-Grün hat das erste Klimagesetz des Freistaates beschlossen, in dem Ziele und  
2441 Maßnahmen für die nächsten Jahre festgelegt werden – beispielsweise die Verpflichtung, die  
2442 Landesliegenschaften bis 2030 klimaneutral zu entwickeln, den Kommunen bei der  
2443 klimaneutralen Entwicklung zu helfen und die Klimafolgenanpassung zu bewältigen. Weitere  
2444 Schwerpunkte: den Schienenverkehr, den ÖPNV und den mobilen Verkehr technologieoffen  
2445 und klimaneutral neu gestalten, bestehende Fernwärmesysteme klimaneutral ausrichten und  
2446 neue Fern- und Nahwärmesysteme entwickeln.
- 2447 • Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer wollen wir unterstützen und dies mit einer sozialen  
2448 Komponente verknüpfen, damit Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz  
2449 nicht am Geldbeutel scheitern.
- 2450 • Wir werden die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie fortführen und weiterentwickeln, um  
2451 unserer Verantwortung für eine gesunde Umwelt und eine nachhaltige Politik gerecht zu  
2452 werden.
- 2453 • Der Naturschutz soll künftig weiter gestärkt werden, indem zum Beispiel die  
2454 Biodiversitätsstrategie fortgeführt und das Netz der Natura 2000-Stationen weiter gefördert  
2455 wird. Außerdem sollen Thüringens geschützte Landschaften internationale Kriterien erfüllen.
- 2456 • Zum Schutz der Böden wollen wir den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu sollen bei  
2457 notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsmaßnahmen, wie die Entsiegelung  
2458 von Flächen, vor Ausgleichszahlungen gehen. Eine entsprechende Kompensationsverordnung  
2459 ist in Erarbeitung.

#### 2460 *Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sichern*

2461 Wir wissen: Viele Thüringerinnen und Thüringer sorgen sich um grundlegende Versorgungsstrukturen  
2462 aufgrund des Klimawandels. Die Wasserversorgung zu sichern hat also die höchste Priorität.  
2463 Gleichzeitig ist die Frage der Abwasserentsorgung ein „Dauerbrenner“ in unserem Land. Die Kosten  
2464 dafür dürfen nicht allein auf die Privatverbraucherinnen und -verbraucher abgewälzt werden. Die  
2465 rot-rot-grüne Koalition hat in beiden Fragen wichtige Weichen gestellt:

- 2466 • Mit dem Thüringer Landesprogramm Gewässerschutz 2016 – 2021 konnte die Grundlage für  
2467 saubere Gewässer und die Versorgung der Menschen mit ausreichend hochwertigem  
2468 Trinkwasser geschaffen werden.

- 2469
- 2470
- 2471
- 2472
- 2473
- 2474
- 2475
- 2476
- 2477
- 2478
- 2479
- 2480
- 2481
- Für die Thüringer Fernwasserversorgung ist es erforderlich, dass ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auch künftig gegeben ist. Sie beabsichtigt deshalb, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Beispielsweise sind für die kommenden Jahre zusätzliche Erlöse aus der Energieerzeugung mit Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik geplant. Dabei unterstützen wir sie und schaffen noch im Jahr 2019 die notwendigen gesetzlichen Grundlagen.
  - Das Thema Abwasser ist ein wichtiger Schwerpunkt im Thüringer Wassergesetz. Das werden wir nach einem umfangreichen öffentlichen Diskussionsprozess noch im Jahr 2019 überarbeiten. Mit etwa 80 Prozent Anschlussgrad von Haushalten an zentrale Kläranlagen liegt Thüringen noch auf dem letzten Platz innerhalb der Bundesrepublik. Das werden wir ändern und damit die Benachteiligung ländlicher Räume gegenüber städtischen Räumen endlich überwinden helfen. Für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren werden wir Nachnutzungskonzepte erarbeiten.

2482 An diesen Fragen wird DIE LINKE. Thüringen in den folgenden Jahren weiterarbeiten und soziale  
2483 Lösungen anbieten:

- 2484
- 2485
- 2486
- 2487
- 2488
- 2489
- 2490
- 2491
- 2492
- Der Trend des Fördermittelrückgangs bei der Abwasserentsorgung der vergangenen Jahre soll gestoppt und in den Folgejahren bedeutend aufgestockt werden. Notwendige Investitionen werden so gerecht finanziert.
  - Der im Mai 2018 abgeschlossene Abwasserpakt zwischen dem Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz sowie dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen wird positive Wirkungen entfalten. Das Land wird seine Zuschüsse erhöhen und damit die Betreiberinnen und Betreiber von Kleinkläranlagen entlasten. Künftig sollen die Aufgaben der Abwasserentsorgung in Gemeinden mit mehr als 200 Einwohnerinnen und Einwohnern grundsätzlich durch gemeindeeigene Anlagen erfüllt werden.

2493 *Abfälle vermeiden und Ressourcen schonen*

2494 Der ökologische Fußabdruck des Menschen hat mit der Plastikinsel im Pazifik ein neues Gesicht  
2495 bekommen. Abfallentsorgung und -vermeidung ist in der Öffentlichkeit wieder ein Thema. DIE LINKE.  
2496 Thüringen hat sich schon lange mit diesem Thema beschäftigt. Dabei steht für uns der  
2497 Ressourcenschutz im Vordergrund:

- 2498
- 2499
- 2500
- 2501
- 2502
- 2503
- 2504
- 2505
- 2506
- 2507
- 2508
- 2509
- 2510
- 2511
- Mit dem neuen Thüringer Abfallgesetz wurde die rechtliche Grundlage für eine ökologischere Abfallwirtschaft und einen besseren Ressourcenschutz gelegt. Das Gesetz zielt auf die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand in Bezug auf die Förderung der Kreislaufwirtschaft.
  - Diesen Kurs wird DIE LINKE. Thüringen fortsetzen. Hinzu kommen Herausforderungen, die sich aus den Industrialtlasten der Vergangenheit ergeben. Hier werden wir uns im Bund für die Interessen der Thüringerinnen und Thüringer weiterhin einsetzen und Lösungen einfordern, die unser Land nicht einseitig belasten.
  - In der Thüringer Abfallwirtschaft werden wir der Vermeidung höchste Priorität einräumen und Maßnahmen fördern, die dafür sorgen, dass Wertstoffe so weit wie möglich wieder in den Wertstoffkreislauf eingeführt werden. So wollen wir Ressourcen effizienter nutzen.
  - DIE LINKE. Thüringen begleitet seit vielen Jahren die Altlastensanierung der Großprojekte Kalibergbau der K + S Kali GmbH sowie des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes Rositz. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund sich endlich an der Finanzierung dieser kostenintensiven Maßnahmen beteiligt. Darüber hinaus muss eine verpflichtende

2512 Rücklagenbildung zur Nachsorge von Unternehmen in der Industrie und im Bergbau  
2513 eingeführt werden, um zu verhindern, dass neue Altlasten entstehen.

2514 *Energieerzeugung und -versorgung für die Menschen und von ihnen produziert*

2515 Das Vorkommen von Energie in Form von Strom oder Wärme ist für die Menschen fast schon zur  
2516 Selbstverständlichkeit geworden. Sie ist wichtig für unser Leben. Wir benötigen sie zum Kochen, zum  
2517 Waschen, für die Mobilität oder um uns digital zu vernetzen. Woher sie jedoch kommen soll, darüber  
2518 wird auch in Thüringen seit Langem gestritten. Aufgrund der nicht absehbaren Folgen der  
2519 Atomkraftnutzung wird im Jahr 2022 das letzte in Deutschland noch am Netz befindliche  
2520 Kernkraftwerk abgeschaltet. Ein Problem wird die Menschen noch viele Jahre begleiten: die Suche  
2521 nach einem langzeitsicheren Endlager für hoch radioaktive Abfälle. Auch die seit vielen Jahren  
2522 genutzte Kohle hat als Energiequelle schwere Auswirkungen auf die Natur. Deshalb steht spätestens  
2523 im Jahr 2030 das Ende der Kohleförderung in Aussicht. Wir sagen: Die Zukunft gehört ausschließlich  
2524 den regenerativen Quellen – etwa Biomasse, Sonne, Wind und Wasser. Sie stehen unbegrenzt zur  
2525 Verfügung und müssen nur klug in Elektro- oder Wärmeenergie umgewandelt werden.

2526 Gleichzeitig müssen das Sparen von Strom belohnt und energieintensive Branchen stärker zur Kasse  
2527 gebeten werden. Denn immer noch gibt es Wirtschaftsbereiche, die enorme Rabatte bei den  
2528 Strompreisen einstreichen, die von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern mitfinanziert werden.  
2529 Dieses System muss beendet werden. Es ist sozial ungerecht.

2530 Eine Chance regenerativer Energieformen ist ihr dezentrales Potenzial. Das heißt: Es gibt noch viele  
2531 ungenutzte „Kraftwerke“, zum Beispiel große Dächer, Bahndämme und Autobahnrandstreifen, die  
2532 nur darauf warten, mit einer Solaranlage bestückt zu werden. Die Anlagen funktionieren auch, wenn  
2533 es bewölkt oder neblig ist. Hier kann Energie entstehen – in Hand der die Bürgerinnen und Bürger  
2534 und durch die Bürgerinnen und Bürger.

2535 Die Möglichkeiten hat die rot-rot-grüne Koalition erkannt und genutzt. Dazu wurden seit 2014 eine  
2536 Reihe von Initiativen ausgelöst:

- 2537 • 837 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 1577 Megawatt stehen in unserem  
2538 Land. Die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur (ThEGA) hat die Servicestelle  
2539 Windenergie als Beratungs- und Informationsagentur für Kommunen, Bürgerinnen und  
2540 Bürger sowie Energiegenossenschaften eingerichtet und das bundesweit geachtete Siegel für  
2541 „faire Windenergie“ eingeführt.
- 2542 • Mit dem Windenergieerlass wurde für regionale Planungsgemeinschaften eine Planungshilfe  
2543 bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie geschaffen.
- 2544 • Wir haben das 1000-Dächer-Solarprogramm für öffentliche Gebäude und gemeinnützige  
2545 Träger fortgesetzt. Die ThEGA berät Interessierte, die Photovoltaikanlagen (PV) oder  
2546 Solarthermieanlagen zur Wärmeversorgung und Wassererwärmung oder PV-Hybridanlagen  
2547 errichten wollen.
- 2548 • Landeseigene Gebäude und Liegenschaften werden klimaneutral entwickelt. Absehbar sollen  
2549 alle geeigneten Dächer landeseigener Gebäude mit Photovoltaik-Systemen nachgerüstet  
2550 werden.
- 2551 • 2016 wurde in Thüringen das Förderprogramm „SolarInvest“ etabliert. Damit soll die  
2552 Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausgebaut werden. Speziell mit  
2553 Mieterstrommodellen werden neue Einsatzmöglichkeiten geschaffen. Der mit Photovoltaik-  
2554 Anlagen erzeugte Strom muss nicht wie bisher ins öffentliche Netz eingespeist werden,  
2555 sondern kann den Mieterinnen und Mietern zum Direktbezug angeboten werden.

- 2556 • Die ThEGA arbeitet an einem Solarkataster und Möglichkeiten zur Abwärmenutzung. Sie  
2557 koordiniert ein Projekt zum Aufbau und zur Erprobung eines softwaregestützten  
2558 Entwicklungs- und Moderationsmodells für kommunale Wärmekonzepte.
- 2559 • Im Rahmen der Solarthermie-Initiative wurden in Thüringen drei Fallstudien für die solare  
2560 Nahwärmenutzung in der Gemeinde Werther und die solare Fernwärmenutzung in den  
2561 Städten Erfurt und Sondershausen entwickelt.
- 2562 • Dezentrale Energieversorgung entwickelt sich nicht zuletzt dank inzwischen 35  
2563 Energiegenossenschaften in ganz Thüringen. Über den Dachverband Bürger Energie  
2564 Thüringen werden die Einzelgenossenschaften vernetzt, zum Beispiel bei der Bewerbung und  
2565 Weiterentwicklung des regionalen Stromproduktes „Thüringer Landstrom“. Die  
2566 Landesregierung unterstützt die dezentralen Formen durch projektbezogene, anteilmäßige  
2567 Förderung.

2568 Die Förderung demokratischer, dezentraler Strukturen und regenerativer Energien ist auf einem  
2569 guten Weg in Thüringen. DIE LINKE. Thüringen wird weiter an einem Spitzenplatz im Bundesvergleich  
2570 arbeiten:

- 2571 • Wir möchten, dass Thüringen sich in absehbarer Zeit zu 100 Prozent aus erneuerbaren  
2572 Energiequellen versorgt. Energie soll vorrangig dort erzeugt werden, wo sie benötigt wird.  
2573 Wir wollen Übertragungsnetze so weit wie möglich begrenzen und Wertschöpfung in der  
2574 Region ermöglichen. Süd- und Südostlink, die Thüringen als Energie-Transferland  
2575 festschreiben, lehnen wir ab. Wir stehen damit Seite an Seite mit Initiativen der Bürgerinnen  
2576 und Bürger sowie der Landesregierung. Es ist unsozial, dass Thüringerinnen und Thüringer  
2577 über die Entgelte zur Netzdurchleitung die niedrigeren Strompreise in Bayern  
2578 subventionieren müssen. Die geplanten überdimensionierten Trassen stellen einen  
2579 immensen Eingriff in die Natur dar. Deshalb legen wir mit alternativen Energiekonzepten  
2580 insbesondere einen Schwerpunkt auf die Dezentralität in der Energieerzeugung.
- 2581 • Speicher sind für eine funktionierende dezentrale Energiewirtschaft unabkömmlich, zum  
2582 Beispiel können Pumpspeicher Netze stabilisieren und einen Leitungsumbau vermeiden.  
2583 Deshalb sollten die Thüringer Potenziale der Pumpspeicherkraftwerke umfassend genutzt  
2584 werden. Darüber hinaus werden wir uns für technologieoffene Speichersysteme einsetzen,  
2585 um tatsächlich eine Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien abzusichern.
- 2586 • Da Thüringen aufgrund seiner Salzvorkommen als Standort für ein Atommüllendlager in die  
2587 engere Wahl kommen könnte, werden wir uns künftig stärker im nationalen Begleitgremium  
2588 der Bundesgesellschaft für Endlagerung einbringen und positionieren. Wir werden gegen ein  
2589 Endlager in Thüringen kämpfen.
- 2590 • Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Versorgung mit Energie keine Frage des  
2591 Geldbeutels sein darf. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der Vergangenheit  
2592 angehören.

#### 2593 *Für eine regional eingebundene und nachhaltige Landwirtschaft*

2594 Die Landwirtschaft steht in Thüringen vor großen Aufgaben. Sie soll die Bevölkerung mit qualitativ  
2595 guten, bezahlbaren Nahrungsmitteln versorgen und steht zugleich unter einem hohen Wettbewerbs-  
2596 und Preisdruck. In diesem Wettbewerb werden hohe Profite zulasten der Natur und des Tierwohls,  
2597 aber auch der Lebensmittelqualität und der Menschen des globalen Südens erzielt, während viele  
2598 landwirtschaftliche Betriebe um das wirtschaftliche Überleben kämpfen. Die Landwirtschaft steht als  
2599 Nutzerin der Natur immer auch in Verantwortung für deren Erhalt. Und sie ist von den globalen

2600 klimatischen Veränderungen, wie der Hitze-Sommer 2018 gezeigt hat, bereits jetzt unmittelbar  
2601 betroffen. Will die Landwirtschaft in Thüringen diesen Herausforderungen im Interesse unser aller  
2602 Zukunft gerecht werden, muss sie sich verändern. Sie braucht dabei politische und gesellschaftliche  
2603 Unterstützung.

2604 DIE LINKE. Thüringen will eine am Gemeinwohl orientierte, sozial gerechte und ökologische  
2605 Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Die  
2606 Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen. In diesem Verständnis hat DIE LINKE.  
2607 Thüringen gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern:

- 2608 • mit dem ÖkoAktionsplan die Förderprogramme gebündelt, verlässliche Rahmenbedingungen  
2609 für die Landwirtinnen und Landwirte geschaffen und damit bestehende Betriebe und  
2610 Neueinsteigende im Ökolandbau unterstützt, insbesondere bei der Verarbeitung und  
2611 Vermarktung ihrer Produkte
- 2612 • das von der Schließung bedrohte Institut für Gartenbau- und Zierpflanzenforschung neu  
2613 aufgestellt und durch Landesmittel gesichert
- 2614 • den Einsatz des Totalherbizids Glyphosat im kommunalen und privaten Bereich untersagt

2615 DIE LINKE. Thüringen steht zu den Agrargenossenschaften und lehnt Überlegungen der EU ab, die  
2616 Prämien bei gemeinsam bewirtschafteten Agrarflächen von der Betriebsgröße abhängig zu machen.  
2617 Nach unserer Auffassung ist die Art und Weise der Bewirtschaftung entscheidend, und nicht die  
2618 Größe des landwirtschaftlichen Betriebes. Deshalb setzen wir auf eine ökologische und  
2619 klimaschonende Bewirtschaftung, auf eine regionale Wertschöpfung durch die Kooperation aller  
2620 Anbieterinnen und Anbieter in möglichst kurzen Versorgungsketten. Statt langer Lieferwege soll  
2621 frisches Obst und Gemüse, Fisch und Fleisch aus der Region auf den Tisch unserer Schulkinder und  
2622 auf unserem eigenen Herd, in Kantinen, Mensen und Cafeterien gelangen. Deshalb steht für DIE  
2623 LINKE. Thüringen im Vordergrund:

- 2624 • Wir wollen, dass die Förderung der Landwirtschaft durch die Europäische Union an neue  
2625 Kriterien geknüpft wird. Wir wollen eine Gemeinwohlprämie, um die soziale und ökologische  
2626 Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken. Der bürokratische Aufwand muss reduziert  
2627 werden. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger  
2628 ertragreichen Gebieten, im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen  
2629 berücksichtigen.
- 2630 • Wir wollen die Direktvermarktung unterstützen, um die Landwirtinnen und Landwirte besser  
2631 vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Damit erhalten  
2632 Thüringerinnen und Thüringer einen leichten Zugang zu gesunden, regional und ökologisch  
2633 produzierten Lebensmitteln. Wir wollen kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen  
2634 dabei unterstützen, dass ihre Küchen und Kantinen regionale Lebensmittel dauerhaft  
2635 abnehmen.
- 2636 • Wir unterstützen eine anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und Beratung  
2637 unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge- und  
2638 Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht wird. DIE  
2639 LINKE. Thüringen will den Einsatz von Pestiziden und anderen schädlichen Düngeverfahren  
2640 zurückdrängen. Wir setzen uns für ein EU-weites Verbot von Totalherbiziden wie Glyphosat  
2641 ein.

- 2642 • Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht auf Monokulturen setzen, um Marktschwankungen  
2643 und Auswirkungen des Klimawandels besser abfangen zu können. Wir begleiten die Betriebe  
2644 bei den notwendigen Umstellungen und Investitionen.
- 2645 • Wir stehen gegen Bodenspekulation, die zunehmend auch in Thüringen auftritt.  
2646 Landwirtschaftliche Nutzflächen müssen als solche erhalten werden. Wir wollen deshalb das  
2647 landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken und gesetzliche Hürden überwinden. Wir wollen  
2648 den Zugang zu Grund und Boden denen ermöglichen, die ihn auch bearbeiten.

2649 *Tierwohl und Wirtschaftlichkeit verbinden*

2650 In einem besonderen Spannungsfeld zwischen wirtschaftlich-technischer Machbarkeit,  
2651 Gewinnerorientierung und gesellschaftlichen Wünschen befindet sich die Tierhaltung. DIE LINKE.  
2652 Thüringen will die Tierhaltung stärken und einen sozialverträglichen Umbau zu mehr Tierwohl und  
2653 Umweltschutz fördern. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung, die die Zahl der Tiere an  
2654 der Naturverträglichkeit bemisst. Damit stärken wir betriebliche Kreisläufe. Die Teichwirtschaft ist  
2655 eine Voraussetzung für unsere Fischereibetriebe und stützt den Wasserhaushalt und Naturschutz.  
2656 Rot-Rot-Grün hat dazu bereits folgende Schritte unternommen:

- 2657 • Wir haben eine Thüringer Tierwohlstrategie erlassen. Damit soll das Kürzen von  
2658 Ringelschwänzen bei Ferkeln, das Schnabelkürzen bei Geflügel und die Enthornung bei  
2659 Kälbchen bald der Vergangenheit angehören. Die Haltung in Kastenständen und die  
2660 Tierhaltung auf Vollspaltenböden soll nach und nach durch tiergerechte Anlagen ersetzt  
2661 werden. Um Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen, werden Stallbaumaßnahmen  
2662 besonders gefördert, die erhöhten Anforderungen an eine tiergerechte Haltung entsprechen.
- 2663 • Die Landesregierung hat eine zentrale Kontrolleinheit gegründet, um die Einhaltung der  
2664 geltenden Tierschutzbestimmungen in den landwirtschaftlichen Ställen zu sichern. Sie  
2665 unterstützt die kommunalen Veterinärämter.
- 2666 • Die Landesregierung hat die Fischereiverwaltung gestärkt und einen Kooperationsvertrag mit  
2667 dem Institut für Binnenfischerei geschlossen.

2668 Daran knüpft DIE LINKE. Thüringen an und wirbt dafür, den begonnenen Pfad zielstrebig weiter zu  
2669 gehen:

- 2670 • Nach Milchkrise und Dürre fehlen vielen Betrieben die Mittel, um weitere Schritte für  
2671 tiergerechte Haltung und weitere Maßnahmen anzugehen. Hierzu müssen die  
2672 Förderhöchstsätze angepasst werden. Darauf wollen wir in der bundespolitischen Debatte  
2673 Einfluss nehmen.
- 2674 • Wir wollen die Grünlandnutzung durch Weidetiere als eine besonders ressourcen- und  
2675 klimaschonende tiergerechte Nutzung stützen – mittels einer Weidetierprämie.
- 2676 • Wir befürworten das Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz, auch um das Vertrauen  
2677 der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken.
- 2678 • Wir helfen den Fischereibetrieben bei der Unterhaltung von Staudämmen.
- 2679 • Wir begrüßen, dass bedrohte Tierarten wie Biber, Fischotter und Reiher wieder zunehmend  
2680 in Thüringen zu Hause sind. Daraus resultierende Schäden wollen wir ausgleichen und die  
2681 Betriebe mit vorbeugenden Maßnahmen unterstützen. Die seit 2017 geltende  
2682 Kormoranverordnung behalten wir bei.

2683 *Wild, Wald und Jagd im Zusammenhang eines funktionierenden Ökosystems begreifen*

2684 Die Interessen von Naturschützerinnen und -schützern, Waldbesitzerinnen und -besitzern,  
2685 Landwirtinnen und -wirten stehen sich in Fragen des Verhältnisses von Tier, Wald und Landwirtschaft  
2686 oft gegenüber. Hinzu kommen jagdliche und kommerzielle Interessen von Jagdpacht, die im  
2687 Gegensatz zu Tierschutz-Auffassungen stehen. DIE LINKE. Thüringen sieht die Jagd als Teil eines  
2688 naturnahen, verantwortungsvollen Wildtiermanagements und als Voraussetzung für einen  
2689 erfolgreichen Waldumbau. Sie muss das Ziel haben, dem Naturraum angepasste und gesunde  
2690 Wildbestände in einer stark genutzten Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig dabei ist es, Konflikte der  
2691 verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer zu reduzieren.

2692 In diesem Sinne hat sich das zuständige Ministerium in einem breiten Dialog um eine Überarbeitung  
2693 des Jagdgesetzes bemüht. Die Lösungen waren in der rot-rot-grünen Koalition leider nicht umsetzbar.  
2694 Die Aufgabe bleibt, ebenso gilt:

- 2695 • Jägerinnen und Jäger sind bei der verantwortungsvollen Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu  
2696 unterstützen. Dazu werden wir Maßnahmen zum Arbeitsschutz, aber auch die  
2697 wissenschaftliche Begleitung und Unterstützung bei der öffentlichen Aufklärungs- und  
2698 Mediationsarbeit vorantreiben.

#### 2699 *Engagiert für mehr Tierschutz in Thüringen*

2700 DIE LINKE. Thüringen hat den Tierschutz in Thüringen in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt  
2701 und damit das in der Thüringer Verfassung verankerte Staatsziel Tierschutz vorangebracht.

2702 Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die Unterstützung ehrenamtlicher Tierschützerinnen und -  
2703 schützer in den Kommunen gelegt. DIE LINKE. Thüringen hat zusammen mit ihren Koalitionspartnern  
2704 insbesondere:

- 2705 • die Finanzierung der Tierheime in Thüringen um eine Million Euro erhöht
- 2706 • die Rassehundeliste abgeschafft
- 2707 • eine Katzenschutzverordnung erlassen
- 2708 • den jährlich verliehenen Tierschutzpreis um die Kategorie „Alternativen zu Tierversuchen“  
2709 erweitert

2710 Auch in Zukunft muss die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine gesichert werden. Die  
2711 Fundtierunterbringung in den Tierheimen ist eine kommunale Pflichtaufgabe und darf nicht länger  
2712 zulasten des ehrenamtlichen Tierschutzes gehen. Darüber hinaus sieht DIE LINKE. Thüringen folgende  
2713 weitere Ansatzpunkte für mehr Tierwohl:

- 2714 • Wir unterstützen eine konsequente Umsetzung der Kennzeichnungs- und  
2715 Registrierungspflicht, wie sie in Thüringen für Hunde vorgeschrieben ist, um die Arbeit der  
2716 Tierheime zu erleichtern.
- 2717 • Die Katzenschutzverordnung muss konsequent für private Freigängerkatzen umgesetzt  
2718 werden. Nur so kann das Leid von herrenlosen Straßenkatzen verhindert werden. Wir treten  
2719 für die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen ein, um aufgefundene Katzen  
2720 ihren Halterinnen und Haltern unverzüglich zurückgeben zu können.
- 2721 • Eine artgerechte Unterbringung von Wildtieren ist in Zirkussen nicht möglich. Wir fordern ein  
2722 Verbot von bestimmten Wildtierarten im Zirkus.
- 2723 • DIE LINKE. Thüringen setzt sich für einen Paradigmenwechsel bei Tierversuchen ein. Wir  
2724 möchten tierversuchsfreie Verfahren verstärkt entwickeln und umsetzen.
- 2725 • Wir befürworten das vollumfängliche Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz.

- 2726 • Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Ende von Qualzuchten bei Hundezüchtungen ein.  
2727 Der illegale Welpenhandel muss entschiedener bekämpft werden.

2728 *Die Thüringer Wälder klimafest machen*

2729 Die Wälder in Thüringen sind wunderschöne Naturlandschaften und spielen eine wichtige Rolle für  
2730 Naherholung und Tourismus, im Kampf gegen den Klimawandel und als Quelle von nachwachsenden  
2731 Rohstoffen. Zugleich leidet der Wald unter zunehmenden Wetterextremen und Schädlingsbefall. DIE  
2732 LINKE. Thüringen will deshalb unsere Wälder an die neuen Herausforderungen anpassen. In den  
2733 vergangenen fünf Jahren haben wir bereits zusammen mit unseren Koalitionspartnern wichtige  
2734 Maßnahmen umgesetzt:

- 2735 • Rot-Rot-Grün hat mehr als 26 000 Hektar Wald in Thüringen der forstlichen Nutzung  
2736 entzogen. Mit dieser stillgelegten Waldfläche (mehr als 5 Prozent) leisten wir einen wichtigen  
2737 Beitrag zum Klima- und Naturschutz sowie zur Artenvielfalt.  
2738 • Wir haben den von der CDU festgelegten Personalabbau und die sinkenden  
2739 Landeszuweisungen an ThüringenForst gebremst. Damit kann unsere Landesbehörde ihre  
2740 Aufgaben weiter angemessen erfüllen.

2741 Um künftig die Widerstandskraft unserer Wälder zu erhöhen, braucht es einen naturnahen  
2742 Waldumbau. Wir müssen dafür gezielt Baumarten anpflanzen, die gut gegen Stürme und lange Zeiten  
2743 der Trockenheit gewappnet sind. Dafür und für weitere Aufgaben sehen wir folgende Lösungen:

- 2744 • Für einen zügigen Waldumbau und eine bessere regionale Wertschöpfung wollen wir die  
2745 Landesforstanstalt personell und finanziell stärken.  
2746 • Waldbesitzerinnen und -besitzer und Forstbetriebe sollen dabei unterstützt werden, die  
2747 großen Mengen an Schadholz nach dem Dürresommer 2018 und dem Befall mit  
2748 Borkenkäfern abzutragen. Dazu sind viele Unternehmen wegen der niedrigen Holzpreise  
2749 derzeit nicht in der Lage. Wir wollen die nachfolgende Wiederaufforstung fördern.  
2750 • Besitzerinnen und Besitzer von kleinen Privatwäldern und forstliche Zusammenschlüsse  
2751 müssen künftig besser unterstützt werden. Ab 100 Hektar Waldeigentum soll künftig  
2752 kostendeckend befördert werden.  
2753 • Die Veräußerung von Kommunalwald als Form des öffentlichen Eigentums zur  
2754 Haushaltskonsolidierung muss unterbunden werden.  
2755 • Wir plädieren für ein Vorkaufsrecht für regional ansässige Betriebe der Land- und  
2756 Forstwirtschaft. Wald darf nicht als reine Kapitalanlage missbraucht werden. Ein  
2757 Vorkaufsrecht würde zudem langfristig die Betriebsstrukturen der Forstbetriebe verbessern.  
2758 • Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der Waldbesitzerinnen  
2759 und -besitzer sind ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare Nutzungen mit  
2760 Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische Ansprüche und die  
2761 Bedürfnisse von Anliegerinnen und Anliegern müssen einbezogen werden.

2762

2763

2764 **II. Thüringen in seiner Gesamtheit entwickeln und keine Region zurücklassen**

2765

2766 Thüringen ist ein ländlich geprägtes Land mit einer reichen Natur- und Kulturlandschaft. Die  
2767 Siedlungsstruktur ist kleinteilig und polyzentrisch. Vielfalt prägt unser Land. Vielfalt, die nicht zu  
2768 struktureller Ungleichheit, in den Entwicklungsperspektiven und -chancen zwischen den Menschen  
2769 werden darf.

2770 Die Kulturstadt Weimar verbinden die meisten Menschen mit Schiller und Goethe oder dem  
2771 Bauhaus, die Landeshauptstadt Erfurt mit dem Domplatz, dem EGA-Park oder der Krämerbrücke. Das  
2772 Wissenschafts- und Innovationszentrum Jena und die Wartburgstadt Eisenach sind überregional und  
2773 weltweit bekannt. Den Charakter Thüringens prägen dabei die ländlichen Räume – vom Rennsteig bis  
2774 zum Harz, vom Altenburger Land bis zur Rhön. Deshalb wird Thüringen als das grüne Herz  
2775 Deutschlands bezeichnet. Die meisten Thüringerinnen und Thüringer leben im ländlichen Raum.  
2776 Vielfalt prägt unser Land – Vielfalt, die nicht zu struktureller Ungleichheit in den  
2777 Entwicklungsperspektiven und -chancen zwischen den Menschen führen darf.

2778 Traditionsreiche Industriestandorte wie Bergbau- und Textilstädte, die Lauschaer Glasbläserkunst,  
2779 die Porzellan- und Spielzeugindustrie oder Zeiss Jena haben das Leben der Thüringerinnen und  
2780 Thüringer über viele Generationen bestimmt.

2781 Heute ist Thüringen ein vielseitiger moderner Wirtschaftsstandort. Er hat zwar eine kleinteilige  
2782 Struktur, ist aber innovativ und zukunftsweisend aufgestellt. Gleichwohl kämpft Thüringen mit den  
2783 Auswirkungen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche nach 1990 –  
2784 Deindustrialisierung, Niedriglohnpolitik, der Weggang vieler junger Menschen und der Geburtenknick  
2785 in den 1990er Jahren führten zu einem dramatischen Einwohnerrückgang, der anhält. Lebten 2009  
2786 noch rund 2,5 Millionen Menschen in Thüringen, werden es 2025 nur noch 1,94 Millionen sein,  
2787 verbunden mit einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung.

2788 Die Landesregierung und Infrastrukturministerin Birgit Keller unterstützen strukturschwache  
2789 Regionen mit dem Thüringer Demografie-Ratgeber für Kommunen, gezielten Förderprogrammen,  
2790 Mobilitätskonzepten, Kooperationsangeboten, Imagekampagnen, der Förderung von  
2791 Regionalentwicklung bis hin zu Dorfläden.

2792 Wir stehen vor großen Herausforderungen: die demografische Entwicklung und die Energiewende,  
2793 die Digitalisierung und die Globalisierung. All das beeinflusst maßgeblich auch die Entwicklung  
2794 unseres Landes.

2795

2796 *Zukunft gestalten für alle: Raumordnung und Landesplanung*

2797 Schwerpunkte in der Landesplanung sind eine nachhaltige, umweltbewusste und soziale  
2798 Wirtschaftspolitik, die Förderung von erneuerbaren Energien und der Einklang von Natur und  
2799 Wirtschaft. Entscheidende Elemente für eine zukunftsweisende Landesentwicklungsplanung sind ein  
2800 gesetzlich verankerter Stopp des Flächenverbrauchs, die Belebung der Ortskerne sowie die  
2801 Weiterentwicklung einer umweltschonenden, energie- und kosteneffizienten Infrastruktur.  
2802 Gleichzeitig müssen Entwicklungen auch an Thüringer Traditionen anknüpfen und das Land in seiner  
2803 Identität bewahren.

2804 In diesem Sinne hat die rot-rot-grüne Koalition eine Reihe von Projekten unterstützt und befördert:

- 2805 • Das Jahr 2019 ist nach dem Reformationsjubiläum erneut ein besonderes Jubiläumsjahr für  
2806 Thüringen – ein Jahr der Demokratie und des Bauhauses. Beide haben in Weimar ihren  
2807 Ursprung. Die Landesregierung hat dieses Jahr mit zahlreichen Aktivitäten, Baumaßnahmen  
2808 und Veranstaltungsreihen vorbereitet. Menschen aus der ganzen Welt werden nach  
2809 Thüringen kommen.
- 2810 • Auch die Internationale Bauausstellung IBA leistet einen Beitrag zur Ideenfindung und  
2811 Zukunftsentwicklung unseres Landes. Mit dem Thema „StadtLand“ und den Schwerpunkten  
2812 „LeerGut“, „SelbstLand“ und „ProvinzModerne“ werden Projekte entwickelt und umgesetzt –  
2813 etwa das Demokratiegedenkprojekt in Schwarzburg oder die Wiederbelebung des  
2814 Industriedenkmals Eiermannbau in Apolda. Die Projekte der IBA dienen der Begleitung des  
2815 gesellschaftlichen Transformationsprozesses im Zuge von demografischem Wandel,  
2816 Urbanisierung und Digitalisierung. Mit der IBA werden so konkrete Orte in Thüringen  
2817 wiederbelebt und einer neuen Nutzung zugeführt.

2818 An diese Projekte werden wir anknüpfen und die Landesplanung stärker an den Bedürfnissen der  
2819 Menschen ausrichten. Aktive Beteiligung ist für DIE LINKE. Thüringen der Schlüssel:

- 2820 • Die Ideen und Aktivitäten der IBA wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit der  
2821 Stadt- und Dorfentwicklungsplanung verknüpfen. Für die kommenden Jahre nehmen wir uns  
2822 vor, die Breitenwirkung der IBA und ihren konkreten Nutzen für alle Thüringerinnen und  
2823 Thüringer wesentlich zu verstärken.
- 2824 • Wir werden die Beteiligungsrechte von Kommunen, Bürgerschaft und Verbänden verbessern.
- 2825 • Außerdem werden wir die Planungsverfahren transparenter gestalten und die Akteure vor  
2826 Ort besser einbinden.

#### 2827 *Ländliche Räume stärken*

2828 Ziel der Landesentwicklung ist, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu  
2829 gewährleisten. Das betrifft die Versorgung mit Wasser, Energie, Telekommunikation, die  
2830 Rettungsdienste, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ebenso wie die Grundversorgung  
2831 mit sozialen Dienstleistungen (etwa Kindergärten), den Zugang zu Sport, Kultur, Bildung oder der  
2832 ärztlichen Versorgung. Dazu sind gemeinsame Anstrengungen vieler Akteure in Kommunen, im Land  
2833 und Bund notwendig.

- 2834 • Das linksgeführte Infrastrukturministerium fördert allein in diesem Jahr 17 Projekte und  
2835 Initiativen, die sich aktiv für ihr Gemeinwesen einsetzen.
- 2836 • Die ländliche Entwicklung ist ein Schwerpunkt der Strukturpolitik des Freistaates. Das zeigt  
2837 die Auswahl von 16 Gemeinden, die 2018 neu in das Dorferneuerungsprogramm  
2838 aufgenommen wurden. Voraussetzung war ein gemeindliches Entwicklungskonzept, das  
2839 konkrete Projektideen mit einem Gesamtvolumen von 46 Millionen Euro aufzeigt. Mit diesen  
2840 Fördermaßnahmen werden die Gemeinden wirtschaftlich gestärkt und erhalten so Impulse  
2841 zur Verbesserung ihrer Infrastruktur und der Lebensbedingungen vor Ort.
- 2842 • Neben den Städtebauförderprogrammen des Bundes ergänzen Landesprogramme die  
2843 Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Gebiete – von der Sanierung des Vereinshauses bis hin  
2844 zu Rückbaumaßnahmen an dauerhaft leer stehenden Gebäuden.

2845 *Unsere Dörfer haben Zukunft*

2846 Dorf oder Stadt?! Wo wollen wir wohnen? Über diese Fragen entscheidet oft die vorhandene  
2847 Infrastruktur. Der Zugang zu den Grundelementen des Alltags muss für alle Bürgerinnen und Bürger  
2848 in Thüringen gesichert sein, egal wo sie leben. Dazu gehören ein lebendiges Gemeinwesen und  
2849 kulturelle Angebote sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Eine gute Anbindung an die Städte durch  
2850 den Ausbau einer modernen Infrastruktur ist daher ein wichtiges Ziel.

- 2851 • Mit der Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung im ländlichen Raum  
2852 schließt die Landesregierung eine wichtige Lücke. Dorfläden zum Beispiel, die  
2853 Einkaufsmöglichkeiten bieten und Ortskerne wiederbeleben, sind gerade für ältere  
2854 Menschen wichtig. Solche Projekte erhalten eine Förderung bei Investitionen. Damit werden  
2855 die Grundversorgung und die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse weiter verbessert.
- 2856 • Gemeinsam soll die Entwicklung der ländlichen Räume für die Zukunft gestaltet und an den  
2857 vorhandenen Ideen und Projekten angeknüpft werden. Mit der Initiative „Ortsgespräche im  
2858 ländlichen Raum“ hat Birgit Keller den Austausch mit den Akteuren vor Ort gesucht. Die  
2859 Ortsgespräche gaben einen Überblick über die vielfältigen Initiativen und zielten zugleich auf  
2860 die Evaluierung und Anpassung der Förderprogramme. Ein erstes Ergebnis ist die Einführung  
2861 einer Beratungshotline für Antragstellerinnen und -steller. Die Förderprogramme müssen  
2862 künftig vereinfacht und gebündelt werden.

2863 In den nächsten Jahren werden wir die Ergebnisse des Dialogs umsetzen und weiterentwickeln. DIE  
2864 LINKE. Thüringen steht in diesem Prozess für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger:

- 2865 • Die Dorfentwicklungsplanung kann nur mit den Menschen vor Ort gemeinsam gestaltet  
2866 werden. Sie ist in Zusammenarbeit mit den Kommunen mit der Sozialplanung zu verknüpfen.  
2867 Die Ideen der Akteure vor Ort, zum Beispiel Dorfentwicklungsbeiräte, werden wir mit in die  
2868 Entwicklungskonzepte einfließen lassen.
- 2869 • Die demografische Entwicklung wollen wir als Chance zur Umgestaltung nutzen.  
2870 Altersgerechte barrierefreie Zugänge zu allen Lebensbereichen wollen wir schaffen und  
2871 ausbauen und das Ehrenamt stärken.
- 2872 • Mit einer entsprechenden Sozialplanung soll ein gutes Zusammenleben der Generationen  
2873 gefördert und die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien erhöht werden. Als  
2874 ersten Schritt hat Rot-Rot-Grün das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der  
2875 Generationen“ auf den Weg gebracht.

2876 *Keine Rendite mit der Miete*

2877 Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. In den wachsenden Regionen  
2878 ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Hinzu kommen immer mehr ältere Menschen in  
2879 ganz Thüringen, die barrierefreien und preiswerten Wohnraum benötigen. Wir werden eine  
2880 lebendige Stadtentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung fördern – ebenso  
2881 wie eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur.

2882 Dazu brauchen wir eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene und ausreichend bezahlbare  
2883 Wohnungen für alle Menschen. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert, sondern  
2884 auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. DIE LINKE. Thüringen orientiert sich  
2885 auch ohne diese juristische Form an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare  
2886 Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung zu schaffen. Wir greifen dazu auf alle Instrumente  
2887 zurück, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um die Kommunen hierbei zu unterstützen.

2888 Die beste Mietpreisbremse könnte weiterhin der genossenschaftliche und kommunale  
2889 Wohnungsbau sowie der soziale Wohnungsbau sein. Sie dienen der Gemeinnützigkeit in Stadt und  
2890 Land. Um diese Wirkung zu erzielen, müssen Kommunen eigene Wohnungsunternehmen zur  
2891 Schaffung bezahlbaren Wohnraums veranlassen. Mit Maßnahmen wie dem in Erfurt beschlossenen  
2892 Baulandmodell, das privaten Investorinnen und Investoren über das Baurecht Vorgaben für den  
2893 sozialen Wohnungsbau macht, können sie ihren Teil für bezahlbares Wohnen leisten.

2894 Die rot-rot-grüne Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren verschiedenste Förderprogramme  
2895 für barrierearmen oder -freien und bezahlbaren Wohnraum aufgelegt und gesetzliche Maßnahmen  
2896 im Bereich Wohnen ergriffen:

- 2897 • Innenstadtstabilisierungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnungen und Eigenwohnraum
- 2898 • Programm zur Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen
- 2899 • Thüringer Barriere-Reduzierungsprogramm – in ca. 4000 Wohnungen konnten mit diesem  
2900 Programm Barrieren abgebaut werden
- 2901 • Weiterentwicklung der Städtebauförderung mit Kofinanzierung aller Bundes- und EU-  
2902 Programme
- 2903 • Einführung der Mietpreisbremse in den Städten Erfurt und Jena

2904 DIE LINKE. Thüringen wird die Wohnungspolitik weiter als Teil der Stadtentwicklung verstehen. Die  
2905 Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung wird DIE LINKE. Thüringen eng  
2906 miteinander verknüpfen. Auch in Zukunft werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen:

- 2907 • Die finanziellen Mittel der Städtebauförderung werden wir für die Entwicklung der  
2908 Wohnquartiere nutzen, um Städte attraktiv zu gestalten. Die Internationale Bauausstellung  
2909 IBA wird mit ihren Projekten in Stadt und Land die Weiterentwicklung unterstützen.
- 2910 • Europa- und Bundesprogramme werden wir weiterhin mit eigenen Mitteln kofinanzieren,  
2911 damit die Kommunen Gestaltungsraum haben.
- 2912 • Wir werden die Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen überprüfen und so  
2913 gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie  
2914 kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreit  
2915 werden können. So kann die Wohngemeinnützigkeit gestärkt und ausgebaut werden. Das  
2916 bedeutet auch: kein Verkauf von kommunalem Eigentum.
- 2917 • Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ist die Voraussetzung für eine neue  
2918 Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im kommunalen  
2919 Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden können. Für eine Limitierung der  
2920 Grundstückspreise sind rechtssichere Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung.  
2921 Eine entsprechende Änderung des Boden- und Planungsrechts ist notwendig, damit einer  
2922 spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten Einhalt geboten werden kann.  
2923 Auch das Vorkaufsrecht muss als Instrument für die Gewinnung von Bauland für Kommunen  
2924 verbessert werden.
- 2925 • Die Förderung von bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch  
2926 beim Umbau, werden wir fortsetzen.
- 2927 • Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für eine  
2928 sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen. Wir werden Maßnahmen gegen  
2929 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln.

2930

2931 **III. Mobilität neu denken**

2932

2933 Öffentlicher Personennahverkehr, Schiene und Rad bieten in sinnvoller Kombination für alle eine  
2934 Lösung – für Pendlerinnen und Pendler, Touristinnen und Touristen, Auszubildende, Schülerinnen  
2935 und Schüler oder ältere Menschen.

2936 Sie sind für DIE LINKE. Thüringen der Ansatz, Mobilität neu zu denken. Uns geht es um mehr als eine  
2937 Verkehrswende, die die finanziellen Lasten des Infrastrukturausbaus, Ökoabgaben und die Kosten  
2938 neuer Technologien den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufbürdet und dem Individualverkehr  
2939 weiter den Vorrang einräumt. Viele Menschen verbinden in der Folge der Diskussion um den  
2940 Dieselskandal mit Verkehrswende Verbote und Mobilitätseinschränkung. Demgegenüber wird die  
2941 Automobilindustrie für ihre Manipulationen und ihre Blockaden nicht zur Rechenschaft gezogen,  
2942 sondern von der Bundesregierung noch mehr belohnt. Mobilität neu zu denken heißt, die Tatsache  
2943 anzuerkennen, dass neben der Industrie der Verkehr zu den größten Verursachern klimaschädlicher  
2944 Gase gehört. Über die Hälfte aller Menschen in Deutschland sind von Verkehrslärm beeinträchtigt,  
2945 die Gesundheitsbelastung durch CO<sub>2</sub>, Schwefeldioxid und Feinstaub wird zunehmend zu einem  
2946 ernstesten Problem. Hinzu kommt: Der Güterverkehr wird sich in den nächsten Jahren vervielfachen,  
2947 Staus werden zu einer wachsenden volkswirtschaftlichen Belastung und die Versiegelung in den  
2948 Städten nimmt für den Autoverkehr zu. Doch das Straßennetz wird ausgebaut statt restauriert, die  
2949 Schieneninfrastruktur auf Verschleiß gefahren. Wie eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen im Nah-  
2950 und Schienenverkehr bis 2030 erreicht werden soll, bleibt ein Rätsel.

2951 DIE LINKE. Thüringen will, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger mobil, sicher und barrierefrei  
2952 bewegen können – unabhängig von ihrem Einkommen. Deshalb wollen wir die Attraktivität des  
2953 öffentlichen Personennahverkehrs erhöhen und mehr Menschen zum Umstieg in die  
2954 umweltfreundliche Bahn, den Bus, die Straßenbahn oder auf das Fahrrad bewegen.

2955 Mobilität neu denken heißt für DIE LINKE. Thüringen, ökologische Vernunft und soziale Gerechtigkeit  
2956 gleichermaßen zu berücksichtigen. Erhalt geht für uns vor Neubau. Schon jetzt leisten ein  
2957 leistungsfähiges Straßenbahn- und Busnetz, alternative Antriebe, Sharing-Angebote, Lastenfahrräder  
2958 und attraktive Rad- und Fußwege einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Wir wollen den  
2959 Verkehr für alle in einem überschaubaren Zeitraum kostenfrei und flächendeckend gestalten. Dies  
2960 gilt für ganz Thüringen, die kreisfreien Städte wie den ländlichen Raum. Die Ziele in Stadt und Land –  
2961 die Arztpraxis, das Amt oder die Einkaufsgelegenheit, kulturelle Einrichtungen und  
2962 Bildungseinrichtungen oder die freie Natur – müssen für alle Menschen in Thüringen mit Bus oder  
2963 Bahn, zu Fuß oder per Rad sicher zu erreichen sein.

2964 Deshalb werden DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow:

2965 *Den öffentlichen Personennahverkehr stärken*

2966 Die rot-rot-grüne Koalition hat seit 2014 einen Schwerpunkt auf den Nahverkehr gelegt. Mit 26  
2967 Millionen Euro wird beispielsweise gegenwärtig der Kauf von 14 Straßenbahnen für die  
2968 Landeshauptstadt unterstützt. In Städten wie Erfurt, Gera, Jena oder Weimar legen immer mehr  
2969 Menschen die täglichen Wege mit Straßenbahn, Bus, Rad oder zu Fuß zurück. Im Verkehrsverbund  
2970 Mittelthüringen werden seit Jahren steigende Fahrgastzahlen verzeichnet. Allein in Erfurt fahren an  
2971 Werktagen 150 000 Menschen mit dem ÖPNV. DIE LINKE. Thüringen hat zusammen mit den  
2972 Koalitionspartnern diesen Trend gezielt unterstützt:

- 2973 • Erstmalig seit 2011 hat die rot-rot-grüne Koalition wieder Landesmittel für den ÖPNV  
 2974 bereitgestellt. 2018 wurden 2 Millionen eingesetzt, 2019 werden 5 Millionen Euro mehr im  
 2975 ÖPNV investiert.
- 2976 • Mit der zusätzlichen Förderung landesweit bedeutsamer Buslinien in Höhe von 2 Millionen  
 2977 Euro ist eine bessere und verlässliche Anbindung an die Bahn und der Kommunen  
 2978 untereinander gelungen. Busverkehre enden nicht mehr an Landkreisgrenzen. Für  
 2979 Pendlerinnen und Pendler ist die Verzahnung mit dem Schienenverkehr unerlässlich. Die  
 2980 Regierungskoalition stellt die notwendigen Mittel bereit, um auch nach 2019 ein landesweit  
 2981 zuverlässiges Flächennetz auszubauen.
- 2982 • Mit dem Azubiticket hat Thüringen ein landesweit gültiges Ticket und Modellprojekt für  
 2983 Auszubildende geschaffen. Mit diesem Abo-Ticket können durchgängig alle  
 2984 Eisenbahnverbindungen sowie Bus und Straßenbahn in allen teilnehmenden Landkreisen  
 2985 genutzt werden. Der Landkreis Greiz verweigert zum Nachteil seiner jungen Menschen als  
 2986 einziger die Teilnahme. Die Azubis, aber auch die beteiligten Landkreise erhalten eine  
 2987 zusätzliche Förderung durch die Thüringer Landesregierung in Höhe von mehr als 10  
 2988 Millionen Euro bis Ende 2019. Auch im Haushalt 2020 werden wir Mittel für das Azubi-Ticket  
 2989 bereitstellen und das Projekt fortsetzen.
- 2990 • Das Rennsteigticket ist ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit von  
 2991 Wirtschaftsstrukturen und touristischen Strukturen im Nahverkehr. Mit dem Ticket ist in den  
 2992 beteiligten Kurgemeinden die kostenfreie Nutzung von Bus und Bahn als Bestandteil der  
 2993 Kurtaxe vorgesehen. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen dafür gesichert und wollen es  
 2994 schrittweise auf den gesamten Thüringer Wald ausweiten.
- 2995 • Verkehrsmittel müssen nicht nur erreichbar, sondern auch für alle Menschen zugänglich sein.  
 2996 Ein wichtiger Punkt ist der barrierefreie Ausbau der Haltepunkte und Fahrzeuge sowie der  
 2997 Verkehrsinfrastruktur überhaupt. Hier wurden mit dem Bahnhofverschönerungsprogramm  
 2998 sowie der Förderung von Niederflrbusen und barrierefreien Zugängen wichtige Vorhaben  
 2999 realisiert. Bis 2021 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen durch Fortführung der  
 3000 Programme die Barrierefreiheit schrittweise weiter umsetzen.

3001 Diese Projekte müssen fortgesetzt und erweitert werden. Hinzu kommen neue Herausforderungen,  
 3002 da die zurückgehende Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner und der Schülerinnen und Schüler  
 3003 bestehende Angebote infrage stellen. Wir wollen mit Mobilitätsalternativen den ländlichen Raum  
 3004 weiter attraktiv halten. Deshalb stärkt DIE LINKE. Thüringen die Entwicklungsperspektiven des  
 3005 Nahverkehrs:

- 3006 • DIE LINKE. Thüringen wird sich dafür einsetzen, den ÖPNV zu ertüchtigen, sodass gerade in  
 3007 ländlichen Regionen innovative Angebote den Linienverkehr ergänzen – etwa Schnellbusse,  
 3008 Anrufbusse, Linientaxis, Wander-, Rad- und Kombibusse, Car- und Bike-Sharing oder die  
 3009 Einrichtung von Bedarfshalten. Das Modellprojekt des Max-Planck-Instituts „Eco-Bus-App“,  
 3010 mit der Menschen bedarfsgerecht abgeholt werden können, wollen wir prüfen und  
 3011 weiterentwickeln. Wir unterstützen Kooperationen des ÖPNV mit kommunalen  
 3012 Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und anderen  
 3013 Leistungserbringern, um zusätzliche Verkehrsformen zu finanzieren.
- 3014 • Mit dem Ausbau eines landesweit getakteten Bus-Bahn-Netzes erreichen wir eine  
 3015 Angebotsverbesserung und Anbindung ländlicher Gemeinden an die Städte und zentralen  
 3016 Orte.

- 3017 • Wir wollen einen Thüringer Verkehrsverbund mit landesweiten Tarifen und abgestimmten  
3018 Takten. Nur so ist es möglich, bestehende günstige Angebote auf ganz Thüringen  
3019 auszuweiten, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte zu entwickeln, attraktive Jobtickets  
3020 anzubieten, flächendeckende Sozialtarife einzuführen und die Schritte zur kostenfreien  
3021 Mobilität für Kinder und Jugendliche zu gehen. Wir werden weiterhin mit den Kreisen und  
3022 kreisfreien Städten Gespräche dazu führen. Wir werden finanzielle Anreize und  
3023 regionsübergreifende Angebote schaffen. Wir erreichen mit einem Ticket durch Thüringen,  
3024 Fahrgastinformationen in Echtzeit, einem ÖPNV-Routenplaner für Thüringen, W-LAN in Bus  
3025 und Bahn mehr Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung.
- 3026 • Das Azubiticket muss zu einer Regelleistung weiterentwickelt werden. Dazu werden wir die  
3027 Wirtschaft zur Mitfinanzierung auffordern. Die Unternehmen haben ein Interesse an der  
3028 Fachkräftesicherung. Gerade im ländlichen Raum werden diese nur noch zu finden sein,  
3029 wenn Auszubildende mobil sein können.
- 3030 • Um bei der Vernetzung und Finanzierung des Verkehrsangebotes in Thüringen  
3031 voranzukommen und die Diskussion zum Thema „ÖPNV im Jahr 2030“ zu führen, werden wir  
3032 eine Strategiekommission einsetzen, die verkehrsträgerübergreifend ein Mobilitäts-  
3033 Förderkonzept für Thüringen entwickelt. Damit sollen Mobilitätsangebote, die Digitalisierung  
3034 und die Kooperation der Verkehrsbetriebe verbessert und erweitert werden. Bestehende  
3035 Tarifstrukturen, Sozial-, Schüler- und Seniorentickets wollen wir sichern und ausbauen – bis  
3036 hin zur Fahrscheinfreiheit. Auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern soll ein  
3037 Schwerpunkt sein. Die engen Verflechtungen und Pendlerströme von und nach Sachsen,  
3038 Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bayern und Hessen machen dies notwendig.
- 3039 • DIE LINKE. Thüringen plädiert für ein Förderprogramm für Investitionen zur Erneuerung und  
3040 Vergrößerung des Fahrzeugparks, vor allem bei Straßenbahnen, um die zunehmenden  
3041 Passagierzahlen in den Städten zu bewältigen. Dabei entlassen wir den Bund nicht aus seiner  
3042 Verantwortung, die Straßenbahnverkehre auszubauen und zu finanzieren.

#### 3043 *Bahnverkehr für alle Thüringer Regionen*

3044 Mit dem ICE-Knotenpunkt Erfurt ist Thüringen besser als jemals zuvor an Metropolregionen wie  
3045 Berlin, Leipzig, München, Nürnberg und das Rhein-Main-Gebiet angebunden. Hieraus ergeben sich  
3046 große wirtschaftliche und touristische Potenziale. Ergänzend dazu stellte die rot-rot-grüne Koalition  
3047 Finanzmittel und Investitionen für den Regionalverkehr bereit, um Regionen und Städte wie Jena,  
3048 Weimar und Gera weiterhin an das Fernverkehrsnetz sowie vertaktete ÖPNV-Angebote  
3049 anzuschließen. Die rot-rot-grüne Koalition hat viel für den Schienenverkehr erreicht:

- 3050 • Wichtige Schritte beim Ausbau der Schieneninfrastruktur in Thüringen sind die Aufnahme der  
3051 vollständigen Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung und der Strecke Gotha-  
3052 Leinefelde in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes sowie die  
3053 Vorbereitung des IC-Knotens Jena. Der Einsatz von Bodo Ramelow im Bundesrat hat die  
3054 Planungen dieser wichtigen Projekte vorangetrieben. Ostthüringen wird erheblich früher, als  
3055 von der DB geplant, wieder an das Fernverkehrsnetz angeschlossen.
- 3056 • Zwischen Weimar und Erfurt sind S-Bahn-ähnliche Verkehre eingerichtet. Die  
3057 Nahverkehrsanbindung zwischen Gera, Jena und Erfurt ist besser getaktet und erweitert. Für  
3058 den Wegfall der Fernverkehrsanbindungen über Jena wurden durch Mittel des Freistaates  
3059 zusätzlich schnelle Regional-Express-Linien nach Halle und die Verlängerung des Franken-

3060 Thüringen-Expresses von Nürnberg über Jena nach Leipzig erreicht. Gera ist wieder an den  
3061 Fernverkehr angebunden.

3062 • Mit 2,4 Millionen Euro wird die Rennsteigbahn saniert. Bereits 2017 wurde der  
3063 Verkehrsvertrag bis 2028 unterschrieben. Damit wird eine touristisch bedeutsame Strecke in  
3064 den Thüringer Wald erfolgreich reaktiviert.

3065 • Die Landesregierung hat mit dem Runden Tisch zum Schienengüterverkehr ein wichtiges  
3066 Zeichen gesetzt. Mit Erfahrungsberichten und Untersuchungen wurde gemeinsam mit  
3067 Unternehmen nach Wegen gesucht, um Frachtgut von der Straße auf die Schiene zu  
3068 überführen.

3069 • Seit 1996 sind die Bundesländer für die Vergabe des Schienenpersonennahverkehrs  
3070 zuständig. Die Ausschreibungspflicht von Strecken lehnen wir ab. Die ständigen Ausfälle bei  
3071 Abellio zeigen, dass der Wettbewerb zwischen Unternehmen oft zulasten des Personals und  
3072 der Fahrgäste geht. Wir wollen im Nahverkehr auf der Schiene tarifgebundene Unternehmen  
3073 mit guten Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für guten Service. Deshalb haben wir im  
3074 Vergabegesetz eine Tarifklausel für den Nahverkehr verbindlich verankert. So wirken wir den  
3075 Folgen von Privatisierungen im Schienenverkehr entgegen. Eine weitere Privatisierung der  
3076 Deutschen Bahn lehnen wir ab.

3077 Die Schiene in der Fläche zu stärken, bleibt eine zentrale Aufgabe. Im Haushalt 2018/19 wurde für die  
3078 Absicherung von Zügen im ländlichen Raum zusätzlich je eine Million Euro bereitgestellt. Wir werden  
3079 die Verknüpfung mit touristischen Angeboten fortsetzen, um die Fahrgastzahlen zu erhöhen und so  
3080 für die Menschen vor Ort und für die Gäste Mobilität zu sichern. Hierzu will DIE LINKE. Thüringen  
3081 Bahnstrecken reaktivieren:

3082 • Wir wollen die Lücke auf der Höllentalbahn schließen und streben die Verlängerung der  
3083 Strecke bis Themar an. Unser Ziel ist es, die Pfefferminzbahn wieder bis Großheringen  
3084 fortzuführen und in Richtung Halle/Leipzig sowie Jena anzubinden.

3085 • Die Standards bei Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Bahnhöfen und Verkehrsmitteln  
3086 werden wir erhöhen, um für Menschen mit Behinderungen in der Fläche stärker Mobilität zu  
3087 sichern.

3088 *Mobilität in jeder Form unterstützen*

3089 Verkehrsinfrastruktur besteht nicht nur aus Bus und Bahn. Die Thüringerinnen und Thüringer sind auf  
3090 viele Arten unterwegs. Neben dem Ausbau des Personen- und Schienennahverkehrs sind Rad- und  
3091 Fußwege entscheidend, um sicher Wege zurückzulegen. All diejenigen, die unter den derzeitigen  
3092 Folgen des Individual- und straßengebundenen Güterverkehrs leiden, erwarten Investitionen in  
3093 Lärmschutz und Umgehungsstraßen. Natürlich bedarf es des Erhalts von Straßen und Investitionen  
3094 dort, wo Verkehrsalternativen nicht vorhanden sind. Bei diesen Mobilitätsbedürfnissen können sich  
3095 die Thüringerinnen und Thüringer auf DIE LINKE. Thüringen verlassen:

3096 • Wir haben für 2018 und 2019 erheblich mehr Mittel für den Bau von Radwegen  
3097 bereitgestellt. Das Thüringer Radverkehrskonzept wurde im Zusammenwirken mit Vereinen  
3098 und Verbänden überprüft und neu konzipiert. Erstmals wurden konkrete Ziele festgelegt, um  
3099 den Anteil des Radverkehrs zu steigern. Bis 2025 sollen 12 Prozent der Wege mit dem  
3100 Fahrrad zurückgelegt werden – eine Verdopplung im Vergleich zu 2008. Für dieses  
3101 anspruchsvolle Vorhaben braucht es unter anderem eine enge Verknüpfung mit dem ÖPNV,  
3102 den Bau zusätzlicher Abstellanlagen an Bahnhöfen, digitale Radroutenplaner und  
3103 Mängelmelder.

- 3104 • Die rot-rot-grüne Landesregierung garantiert die kostenlose Fahrradmitnahme in den  
3105 Thüringer Nahverkehrszügen. Auch die Fahrradwegweisung wird ausgebaut. Ein Runder Tisch  
3106 Radverkehr verbessert die thüringenweite Zusammenarbeit.
- 3107 • In Eisenach und Jena wurden Modellprojekte zur Entwicklung und Stärkung des Fußverkehrs  
3108 verwirklicht. Damit werden wichtige Impulse für eine umweltfreundliche  
3109 Innenstadtgestaltung gesetzt.
- 3110 • Die Landesregierung unterstützt die Kommunen bei ihrer Forderung nach verbessertem  
3111 Lärmschutz, Verkehrsberuhigung und Umgehungsstraßen. Wir setzen uns beim Bund für  
3112 deren Realisierung ein.
- 3113 • Wir stärken die Verkehrssicherheit in Thüringen. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2020  
3114 wird evaluiert und fortgeschrieben. Die Zahl der Verkehrstoten, Verletzten und Unfälle soll  
3115 entscheidend verringert werden – vor allem durch Verkehrserziehung, Verbesserung der  
3116 Verkehrsinfrastruktur, Förderung von Dialogdisplays (Smileys) und notwendige Tempolimits  
3117 und Polizeikontrollen. Mit dem Ausbau der Landesprogramme konnten in ganz Thüringen  
3118 mehr Aktionen zur Verkehrserziehung und Unfallprävention verwirklicht werden.
- 3119 • Das Infrastrukturministerium, der Thüringer Verkehrssicherheitsrat und die  
3120 Landesverkehrswacht veranstalteten Fachtagungen zum automatisierten Fahren, zur  
3121 Verbesserung der Mobilität von Seniorinnen und Senioren und zur Verkehrssicherheit bei  
3122 Kindern und Jugendlichen.

3123 Diese Projekte wird DIE LINKE. Thüringen weiterentwickeln. Wir nehmen unterschiedliche Formen  
3124 von Mobilität und Zukunftstechnologien in den Fokus:

- 3125 • Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des Infrastrukturministeriums können künftig  
3126 Sanierung, Um- und Neubau von Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant  
3127 werden. Bis dahin will die Landesregierung rund 990 Millionen Euro schwerpunktmäßig für  
3128 den Erhalt und die Erneuerung der Landesstraßen einsetzen. Radwege ergänzen die  
3129 Straßenbaumaßnahmen, die Verkehrssicherheit wird erhöht, 10 Prozent der  
3130 Straßenbaumittel werden für Radwege verwendet. Die Mittel für den kommunalen  
3131 Straßenbau hat Rot-Rot-Grün erhöht, um den Sanierungsstau abzubauen.
- 3132 • Um Elektromobilität voranzubringen, fasste der Landtag einen Beschluss über eine Reihe von  
3133 Einzelvorhaben, zum Beispiel Forschungsprojekte, die Evaluierung von Förderprogrammen,  
3134 den Ausbau des ÖPNV und die Lade-Infrastruktur. Die Vorbildrolle der öffentlichen Hand  
3135 wollen wir in diesem Bereich weiter stärken.

3136 **Individuelle und öffentliche Sicherheit**

3137 Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen aller Menschen. Die empfundene Sicherheit ist dabei  
3138 oftmals die Summe verschiedenster Wahrnehmungen und Empfindungen. Nur selten stehen  
3139 Sicherheitsgefühl und tatsächliche Sicherheitslage in einem realistischen Verhältnis. DIE LINKE fühlt  
3140 sich dem Bedürfnis nach Sicherheit verpflichtet. Das heißt für uns, die objektiven Voraussetzungen  
3141 für individuelle und öffentliche Sicherheit zu schaffen und Faktoren zurückzudrängen, die  
3142 Unsicherheit begünstigen.

3143 Sicherheit ist für uns untrennbar mit der Frage nach der sozialen Sicherheit verbunden. Bildung für  
3144 alle, Teilhabe, Chancengleichheit und ein Ende prekärer Lebensverhältnisse sind ein wirksamer  
3145 Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und Gewalt und schützen nachhaltig die  
3146 persönliche Unversehrtheit. Sie stellen auch die Menschenwürde aller in Thüringen lebenden  
3147 Menschen unter einen besonderen Schutz.

3148 Mehr Überwachung und Kontrolle oder härtere Strafen bedeuten nicht mehr Sicherheit, sie bringen  
3149 aber weniger Freiheit für alle. DIE LINKE steht für eine ausgewogene Balance von Maßnahmen zur  
3150 Stärkung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz von Grundrechten. Statt immer neuer  
3151 Eingriffsbefugnisse werden wir bestehende Befugnisse hinterfragen und auf ihre Wirksamkeit  
3152 überprüfen. Mittel und Befugnisse müssen zum erreichbaren Zweck auch in einem richtigen  
3153 Verhältnis stehen, sie müssen erforderlich sein und auch tatsächlich befördern. Deshalb gehört zur  
3154 öffentlichen Sicherheit der Schutz vor Eingriffen in die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte  
3155 als Wertefundament einer demokratischen und freien Gesellschaft. Das Grundrecht auf  
3156 informationelle Selbstbestimmung erhält eine immer größere Bedeutung.

3157 DIE LINKE wird sich allen entgegenstellen, die mit dem Thema Sicherheit erst Unsicherheit schüren,  
3158 um in der Folge Eingriffe in die Grundrechte voranzutreiben und Freiheiten zu beschränken.

3159 Es gibt keinen 100-prozentige Sicherheit und keinen absoluten Schutz vor allen Lebensrisiken. Umso  
3160 wichtiger ist es, gemeinsam über die alltäglichen Risiken im Leben zu diskutieren: Welche Fähigkeiten  
3161 müssen gestärkt werden, um Risiken kalkulier- und beherrschbar zu gestalten? Welche Eingriffe zur  
3162 Abwehr von Gefahren sind tatsächlich notwendig? Welche weiteren Sicherheitsmaßnahmen  
3163 gefährden unsere Gesellschaft eher, als sie zu schützen?

3164 DIE LINKE wirbt für einen gemeinsamen Dialog von Politik, Wissenschaft, Sicherheitsbehörden,  
3165 Bildungsträgern und Zivilgesellschaft, um ein Leben ohne Angst für alle möglich zu machen, statt  
3166 immer neuer Schnellschüsse zu veranlassen, die Sicherheit versprechen, aber keine Sicherheit  
3167 schaffen.

3168 Öffentliche Sicherheit heißt für DIE LINKE, Demokratie, Grundrechte und Freiheit zu stärken.

3169

3170 *Gegen Rassismus und Diskriminierung – für eine offene und tolerante Gesellschaft*

3171 Für alle Menschen, gleich welcher Herkunft oder Kultur, wollen wir gleiche politische und soziale  
3172 Rechte und gleichen Schutz vor staatlichen Eingriffen erreichen.

3173 Als eine der Konsequenzen aus der Arbeit des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses hat  
3174 der Landtag 2017 eine Enquetekommission Rassismus eingesetzt. Diese Kommission erarbeitet  
3175 Maßnahmen zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung. Die Empfehlungen der  
3176 Kommission wollen wir umsetzen:

- 3177 • Wir wollen die Weiterbildung von Polizei und Staatsanwaltschaften professionalisieren und  
3178 verstetigen – insbesondere zu aktuellen Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus,  
3179 Islamfeindlichkeit und Antisemitismus.
- 3180 • Wir wollen in Thüringen eine unabhängige, niedrigschwellig erreichbare  
3181 Antidiskriminierungsberatung etablieren – neben der bereits in der Staatskanzlei  
3182 angesiedelten Antidiskriminierungsstelle, die künftig vor allem eine koordinierende und  
3183 administrativ beratende Funktion haben soll.
- 3184 • Wir wollen eine Meldestelle für Hass-Sprache (Hatespeech) und diskriminierende  
3185 Äußerungen einrichten, um diese besser erfassen und Gegenmaßnahmen besser abstimmen  
3186 zu können. Wir wollen zudem die Erforschung von Hass-Sprache und diskriminierende  
3187 Äußerungen vorantreiben. Auch das Thema Rechtsterrorismus wollen wir stärker erforschen  
3188 lassen.
- 3189 • Wir widersetzen uns den Angriffen von CDU und AfD auf das Landesprogramm für  
3190 Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung. Wir  
3191 werden insbesondere die Strukturförderung für die Mobile Beratung (MOBIT) und das  
3192 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) weiter absichern. Zudem wollen wir  
3193 angesichts der Zunahme rassistisch motivierter Übergriffe die Förderung für die  
3194 Opferberatung ezra erhöhen.
- 3195 • Wir wollen Beratungs- und Weiterbildungsangebote zum Thema Social Media und Hass-  
3196 Sprache, Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus für Schulen und Jugendarbeit  
3197 schaffen, weil soziale Medien als Verstärker von rassistischem, neonazistischem,  
3198 islamfeindlichem und antisemitischem Gedankengut dienen. Die genannten Themen wollen  
3199 wir über feste Projektstage oder Lehrinhalte an den Schulen etablieren.
- 3200 • Wir wollen ein Landesantidiskriminierungsgesetz entwickeln, das Schutz vor rassistischer  
3201 Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der  
3202 Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des  
3203 Lebensalters, der sexuellen Identität und des sozialen Status bietet. Das  
3204 Landesantidiskriminierungsgesetz soll Schutzlücken des Allgemeinen  
3205 Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen – insbesondere die bestehenden Lücken bei der  
3206 Diskriminierung durch hoheitliches Handeln. Es soll auch ein Verbandsklagerecht, verlängerte  
3207 Klagefristen und Beweislasterleichterungen für von Diskriminierung Betroffenen enthalten.  
3208 Auf Bundesebene wollen wir uns für die Novellierung des AGG einsetzen.
- 3209 • Wir wollen eine Antirassismusbeauftragte/einen Antirassismusbeauftragten als  
3210 Ansprechperson für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung und für öffentliche  
3211 Einrichtungen einsetzen. Zudem wollen wir einen Antirassismus-Beirat einrichten – als  
3212 Beratungsgremium für die Landesregierung und zur Erarbeitung von Strategien gegen  
3213 Rassismus und Diskriminierung.

3214

3215 *Klare Kante gegen rechts – gemeinsam gegen alte und neue Nazis*

3216 Der jährliche Thüringen-Monitor zu rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft, Konzerte mit  
3217 Tausenden Neonazis und gewalttätige Übergriffe auf Migrantinnen und Migranten sowie andere  
3218 Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden gehören, machen den  
3219 erhöhten Handlungsbedarf deutlich. Thüringen trägt wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes  
3220 NSU eine besondere Verantwortung. Deshalb sieht sich DIE LINKE. Thüringen in der Verantwortung,

3221 alle behördlichen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen verfassungs- und demokratiefeindliche extrem  
3222 rechte Organisationen und Strukturen in der Öffentlichkeit vorzugehen. So sind die Thüringer  
3223 Behörden einschließlich der Polizei im Herbst 2018 erfolgreich gegen rechte Großkonzerte  
3224 eingeschritten. In diesem Verständnis hat DIE LINKE. Thüringen gemeinsam mit ihren  
3225 Koalitionspartnern gegen den derzeitigen Rechtsruck vieles erreicht:

- 3226 • Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und  
3227 Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung wurde fortentwickelt und in seiner  
3228 inhaltlichen Ausrichtung überarbeitet. Seit unserem Regierungsantritt haben wir die  
3229 jährlichen Haushaltsmittel um bis zu 1,38 Millionen auf 5,28 Millionen erhöht. Damit haben  
3230 wie zivilgesellschaftliche Projekte noch besser unterstützt und gefördert.
- 3231 • Wir haben eine zentrale Informationsstelle zum Thema „Reichsbürger“ eingerichtet.
- 3232 • Der NSU-Untersuchungsausschuss hat das Umfeld des mörderischen Netzwerkes weiter  
3233 aufgeklärt.

3234 Um die Gefahren für die demokratische Kultur zu bändigen, sind alle gefragt! Wir müssen Haltung  
3235 beweisen und Neonazismus, Antisemitismus und andere auf Ausgrenzung basierende Ideologien in  
3236 die Schranken zu weisen. Deshalb will DIE LINKE. Thüringen den Weg konsequent fortsetzen:

- 3237 • Gegen Rechtsrock-Konzerte wollen wir noch konsequenter vorgehen. So werden wir  
3238 insbesondere die Versammlungsbehörden unterstützen, rechtssichere Bescheide zu erlassen.  
3239 Auch wollen wir auf Bundesebene eine Präzedenzentscheidung vor Gericht zur juristischen  
3240 Abgrenzung von Versammlungen zu kommerziellen Veranstaltungen erwirken.
- 3241 • Wir wollen eine mobile Applikation entwickeln lassen, damit Polizistinnen und Polizisten  
3242 künftig noch schneller per Titelerkennung mit mobilen Geräten indizierte Hass-Musik  
3243 identifizieren und darauf reagieren können („Nazi-Shazam“-App). Auch eine Datenbank mit  
3244 verbotenen Codes und Symbolen der rechten Szene sollen ihnen auf diesem Wege zur  
3245 Verfügung stehen.
- 3246 • Wir wollen ein Bildungs- und Dokumentationszentrum bzw. Archiv für Akten des NSU-  
3247 Untersuchungsausschusses errichten, um diese für wissenschaftliche Forschung,  
3248 Zivilgesellschaft und journalistische Recherche zur Verfügung zu stellen.
- 3249 • Wir werden jene Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre Finanzierung  
3250 sichern, die – wie die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – die Opfer des  
3251 deutschen Faschismus und den gegen ihn gerichteten antifaschistischen Widerstand in  
3252 unserem Gedächtnis wachhalten.
- 3253 • Wir werden den Extremismusbegriff, der auf der Totalitarismustheorie aufbaut, aus den  
3254 Handlungskatalogen der Behörden streichen.

3255 *Für eine bürgerfreundliche Polizei mit einer angemessenen und verhältnismäßigen Ausstattung*

3256 In Thüringen können die Menschen sicher leben. Das belegen die im bundesweiten Vergleich  
3257 geringen Häufigkeitszahlen (Straftaten je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner) und die hohe  
3258 Aufklärungsquote der Thüringer Polizei. Damit Thüringen auch in Zukunft zu einem der sichersten  
3259 Länder gehört, braucht es eine gut ausgestattete und funktionierende Polizei mit effizienten  
3260 Strukturen. Vor allem braucht es motivierte und bürgernah agierende Polizistinnen und Polizisten,  
3261 die ihren Dienst gern und professionell ausüben. Bürgernah heißt: flächendeckend präsent und  
3262 einsatzbereit zu sein und den Herausforderungen durch die Digitalisierung entsprechen zu können –  
3263 bei der Straftataufklärung und in der Kommunikation mit Einwohnerinnen und Einwohnern. Für  
3264 motivierte Polizistinnen und Polizisten sorgen eine vorausschauende Personalplanung, eine stetig

3265 aktuelle Polizeiausbildung, die Minderung von Mehrarbeit und Doppelbelastungen, ein verbessertes  
3266 Zulagensystem und eine konstruktive Fehlerkultur, die allen Bediensteten und den in Thüringen  
3267 lebenden Menschen zugutekommt.

3268 Unsere rot-rot-grüne Koalition konnte in den vergangenen fünf Jahren bereits viele dieser Projekte  
3269 anstoßen:

- 3270 • Unter dem Stichwort „Polizei 4.0“ haben wir eine umfangreiche Digitalisierung bei der  
3271 Thüringer Polizei veranlasst und allein für den Doppelhaushalt 2018/19 knapp 5 Millionen  
3272 Euro für Kommunikationsendgeräte zur Verfügung gestellt.
- 3273 • Thüringer Polizistinnen und Polizisten werden künftig mit Tablets und Smartphones bei der  
3274 Anzeigenaufnahme und mit einem eigenen Messengersystem für eine schnellere und  
3275 bessere Kommunikation arbeiten, anstatt alles per Hand aufzuschreiben und nochmals  
3276 abzutippen.
- 3277 • Während die CDU die Ausbildungszahlen bis 2014 auf 120 Polizeianwärterinnen und -  
3278 anwärter pro Jahr reduzierte, haben wir den Abwärtstrend umgekehrt. Wir haben die  
3279 Ausbildungszahlen sukzessive auf 300 Polizeianwärterinnen und -anwärter im Jahr 2019  
3280 angehoben. So können wir den Altersabgängen entgegenwirken und Polizeibeamtinnen und -  
3281 beamte entlasten.
- 3282 • Um den Kontakt zu Einwohnerinnen und Einwohnern weiter zu verbessern, haben wir eine  
3283 Polizeivertrauensstelle eingerichtet. Um die Rechtssicherheit polizeilichen Handelns für alle  
3284 Beteiligten zu gewährleisten, haben wir die anonymisierte Kennzeichnung eingeführt.
- 3285 • In den letzten vier Jahren wurde die Schutzausrüstung der Polizei erheblich verbessert. Mehr  
3286 als 10 Millionen Euro haben wir in die Sicherheit und Unversehrtheit von Polizeibeamtinnen  
3287 und -beamten im Einsatz investiert und die Schutzausrüstung auf den neuesten technischen  
3288 Stand gehoben.

3289 Aus gutem Grund hat Thüringen unter unserer Regierungsbeteiligung in den letzten vier Jahren das  
3290 Polizeirecht nicht verschärft, denn wir wollen die Kontrolle und Überwachung von Einwohnerinnen  
3291 und Einwohnern nicht weiter auszubauen, ohne tatsächlich Sicherheit zu schaffen. Für die  
3292 kommenden Jahre plant DIE LINKE. Thüringen weitere Schritte zur Stärkung der öffentlichen  
3293 Sicherheit:

- 3294 • Wir wollen das jährliche Hin und Her um die Auszubildendenzahlen und die Lotterie der  
3295 Abgabeplanung fertig ausgebildeter Anwärtinnen und Anwärter beenden. Dazu wollen wir  
3296 eine Personalentwicklungskonzeption für die nächsten zehn Jahre auf den Weg bringen. So  
3297 lässt sich Zuverlässigkeit und eine angemessene Personalausstattung langfristig sichern.
- 3298 • Wir wollen eine auf diese Personalentwicklungskonzeption aufbauende vorausschauende  
3299 Personalplanung und Einstellungsverfahren, die auf sich verändernde Altersabgänge,  
3300 Bewerbungs- und Einstellungslagen sowie den demografischen Wandel reagieren.  
3301 Unbesetzte Stellen werden wir schneller nachbesetzen.
- 3302 • Wir wollen die Verteilung neu ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten auf die Dienststellen  
3303 in Thüringen prüfen und so gestalten, dass alle Dienststellen entsprechend ihrer Aufgaben  
3304 jederzeit einsatzfähig sind.
- 3305 • Wir wollen die bestehende Arbeitsverdichtung weiter entlasten, zum Beispiel durch  
3306 Vereinfachung und Digitalisierung alltäglicher Prozesse bei der Schutz- und Kriminalpolizei,  
3307 um Krankenstand und Überstunden entgegenzuwirken. Doppelaufgaben müssen reduziert  
3308 werden.

- 3309
- 3310
- 3311
- 3312
- 3313
- 3314
- 3315
- 3316
- 3317
- 3318
- 3319
- 3320
- 3321
- 3322
- 3323
- 3324
- 3325
- 3326
- 3327
- 3328
- 3329
- 3330
- 3331
- 3332
- 3333
- 3334
- 3335
- 3336
- 3337
- 3338
- 3339
- 3340
- 3341
- 3342
- 3343
- 3344
- 3345
- 3346
- 3347
- 3348
- 3349
- 3350
- 3351
- Damit die Polizistinnen und Polizisten nicht auf der Straße fehlen, wollen wir für Tätigkeiten, für die keine hoheitlichen Befugnisse nötig sind, auch auf Verwaltungsangestellte zurückgreifen. Besondere Aufgaben mit Fachkenntnissen, zum Beispiel bei der Entwicklung polizeilicher IT-Sicherheitsarchitekturen in der Polizei, wollen wir durch externe Spezialisten (wie Informatikerinnen und Informatiker) unterstützen.
  - Wir wollen das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen der Polizei anpassen und gerechter gestalten.
  - Wir wollen die Gesundheitsförderung verbessern, insbesondere durch bessere Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung für Thüringer Polizeibedienstete jeden Alters.
  - Wir wollen eine Arbeitsgruppe einsetzen, bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter des Innen- und des Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der Polizei, um das bisher oft ungerechte Beförderungssystem in Thüringen fairer zu gestalten. Damit wollen wir ein dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und BeförderungsmodeLL entwickeln, das dazu geeignet ist, die Differenz zwischen Stellenplänen und Organisations- und Dienstpostenplänen endlich zu überwinden.
  - Das Polizeirecht werden wir weiter bürgerrechtsfreundlich fortentwickeln. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind.
  - Wir wollen mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag eine bestehende Lücke parlamentarischer Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der Polizei schließen, insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler, und die Befugnisse der Polizei auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen.
  - Pfefferspray soll wegen seiner erheblich gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr erheblicher Gefahren einsetzbar sein.
  - Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis des sogenannten Racial Profiling wollen wir überwinden. Dazu trägt eine Ergänzung der Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalt ebenso wirksam bei wie die Streichung von Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern.
  - Die Statistik der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) soll um das Merkmal „rassistisch motivierte Straftat“ ergänzt und differenziert nach Betroffenenengruppen geführt werden. Für diese Änderung werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
  - Wir wollen die von Bürgerinnen und Bürgern genutzte Polizeivertrauensstelle auch für Beschwerden von Polizeibeamtinnen und -beamten öffnen. Die Stelle soll künftig unabhängig von Strukturen des zuständigen Innenministeriums organisiert werden.
  - Die Ausbildung und Studium zur/zum Polizeivollzugsbeamten der Thüringer Polizei wollen wir verbessern und modernisieren – insbesondere mit Blick auf die fachlichen, technischen, rechtlichen und sozialen Herausforderungen für die Polizei sowie auf die gestiegenen Anforderungen an modern ausgebildete und in allen Einsatzlagen kompetente Polizeibeamtinnen und -beamte.
  - Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter öffnen, zum Beispiel im IT-Bereich, und die getrennt laufende Ausbildung für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten (Y-Ausbildung) einführen.

- 3352 • Gerade ältere Menschen werden verstärkt Opfer von Kriminalität. Wir wollen mit einem  
3353 Präventionskonzept insbesondere Seniorinnen und Senioren vor Betrugsmaschen schützen,  
3354 beispielsweise dem Enkeltrick.
- 3355 • Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, die Kontrolle der Lagerung von Waffen und  
3356 Munition sicherzustellen und bei Verstößen bestehende Waffenerlaubnisse zu widerrufen.
- 3357 • Wir wollen mehr und besser ausgestattete Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamte im  
3358 ländlichen Raum. Wir wollen sie noch stärker zur ersten polizeilichen Anlaufstelle für  
3359 Einwohnerinnen und Einwohner machen.

3360 Es bedarf es einer stetigen Aufgabenkritik und Fortentwicklung der Strukturen in der Thüringer  
3361 Polizei, damit die Menschen in Thüringen weiterhin von einem hohen Sicherheitsniveau profitieren  
3362 und Polizistinnen und Polizisten motiviert ihre Arbeit leisten können. Für die Thüringer Polizei wollen  
3363 wir ein „Leitbild Polizei Thüringen“ erarbeiten – gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -  
3364 beamteten in Thüringen, den Polizeigewerkschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der  
3365 Polizeibildungseinrichtung und Fachleuten einer bürgernahen und bürgerrechtsorientierten  
3366 Sicherheitspolitik. Das Leitbild soll die Grundlage für die weitere kontinuierliche Entwicklung der  
3367 Thüringer Polizei in den nächsten Jahren sein.

3368

#### 3369 *Justiz: Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und soziale Verantwortung*

3370 Thüringen ist Teil eines Rechtsstaates und eines Sozialstaates. Die Arbeit der Justiz ist daher der  
3371 Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit verpflichtet – ebenso wie verlässlichen rechtlichen  
3372 Entscheidungen nach vorgegebenen formalen Kriterien. Das erfordert auch, sozial benachteiligte  
3373 Menschen und gesellschaftliche Minderheiten zu schützen. Die LINKE. Thüringen setzt sich für eine  
3374 Justiz ein, die Rechtssicherheit und gerechte Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung  
3375 gegenüber dem Einzelnen und der Gesellschaft verbindet. Wer Unterstützung für die Durchsetzung  
3376 seiner Anliegen und Rechte benötigt, soll in der Justiz eine faire und fachlich kompetente  
3377 Unterstützung finden. Ein funktionierender sozialer Rechtsstaat ist das notwendige Gegenmodell  
3378 zum Prinzip des „Rechts des Stärkeren“, das in der heutigen Konkurrenzgesellschaft weit verbreitet  
3379 ist. Je besser außergerichtliche Mechanismen zur Konfliktlösung in allen Bereichen der Gesellschaft  
3380 zum Tragen kommen und je wirkungsvoller der Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion  
3381 wahrnimmt, desto weniger muss die Justiz als „letztes Mittel“ der Konfliktlösung und des  
3382 gesellschaftlichen Ausgleichs eingreifen.

3383 Justiz und Gerichte müssen für alle rechtzeitig zugänglich und nutzbar sein. In vielen Fällen des  
3384 Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell Unterstützung, um ihre Rechte durchzusetzen.  
3385 Die Justiz muss dafür personell und technisch entsprechend ausgestattet sein.

3386 Vor diesem Hintergrund hat die rot-rot-grüne Koalition in den vergangenen Jahren bereits viele  
3387 Weichen für eine positive Entwicklung in Thüringen gestellt:

- 3388 • Für die Beratungs- und Prozesskostenhilfe, für gesetzliche Betreuungen und die  
3389 Jugendgerichtshilfe hat die rot-rot-grüne Koalition deutlich mehr Geld bereitgestellt als die  
3390 Vorgängerregierungen.
- 3391 • Wir haben auf einen durch erhöhte Fallzahlen gestiegenen Personalbedarf in den einzelnen  
3392 Gerichtszweigen reagiert und insbesondere bei Verwaltungsgerichten und Sozialgerichten  
3393 die jeweils notwendige Zahl der Richterinnen und Richter durch Neueinstellungen,  
3394 Versetzungen und Abordnungen erhöht. Auf diese Weise konnte der erhebliche  
3395 Bearbeitungsstau abgearbeitet werden.

- 3396 • Bei den Thüringer Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten  
3397 steht in den nächsten Jahren eine Pensionierungswelle bevor. Darauf bereiten wir die Justiz  
3398 vor, indem zum Beispiel durch das neue Thüringer Richter- und Staatsanwältegesetz die  
3399 Möglichkeit des früheren Eintritts in den Ruhestand eingeräumt wird. Dadurch werden  
3400 Stellen frei, die vorzeitig mit jüngerem Personal besetzt werden können. Mit dem Gesetz  
3401 werden internationale Standards zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz umgesetzt,  
3402 indem zum Beispiel das Letztentscheidungsrecht des Justizministers bei  
3403 Personalentscheidungen weitgehend abgeschafft wird. Die Mitbestimmungsrechte der  
3404 Richterinnen und Richter und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte werden zugleich  
3405 erweitert.
- 3406 • Mit dem Justizvollzugsgesetzbuch wurden 2014 die gesetzlichen Rahmenbedingungen für  
3407 einen zeitgemäßen Justizvollzug geschaffen, die durch Rot-Rot-Grün im praktischen  
3408 Vollzugsalltag verwirklicht, sowie durch Evaluierung rechtlich und tatsächlich  
3409 weiterentwickelt werden.
- 3410 • Das Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und Haftentlassene (PÜMAS) trägt  
3411 in Thüringen dazu bei, passgenaue Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene  
3412 zu entwickeln und diese nach der Entlassung weiter zu begleiten – unter Berücksichtigung  
3413 des individuellen Hilfebedarfs. Das Maßnahmenprogramm hat sich bewährt und sein  
3414 weiterer Ausbau ist anzugehen. In diesem Rahmen müssen auch die sozialen Träger durch  
3415 weitere finanzielle Förderung gestärkt werden. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der  
3416 Landesregierung und der Bundesagentur für Arbeit zur Zusammenarbeit bei der beruflichen  
3417 und sozialen Eingliederung von Strafgefangenen und Haftentlassenen hat sich ebenfalls  
3418 bewährt und soll ausgebaut werden.

3419 Auch künftig werden unsere Anstrengungen als DIE LINKE. Thüringen darauf gerichtet sein, optimale  
3420 Bedingungen für eine leistungsstarke unabhängige Thüringer Justiz und den Justizvollzug zu schaffen:

- 3421 • Wir wollen den Generationenwechsel in der Thüringer Justiz erleichtern – insbesondere  
3422 durch die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die stufenweise Neueinstellung  
3423 junger Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Ausbildung  
3424 von Referendarinnen und Referendaren.
- 3425 • Wir wollen in den kommenden Jahren die Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz weiter  
3426 stärken und uns für weitergehende Reformen einsetzen, vor allem für eine Stärkung des  
3427 Richterwahlausschusses in seinen Aufgaben und für den Ausbau der Mitbestimmungsrechte.  
3428 Wir wollen hierfür eine Verbesserung des Artikels 89 der Thüringer Verfassung erreichen.
- 3429 • Wir wollen uns noch stärker der Berufs- und Arbeitssituation der Rechtspflegerinnen und -  
3430 pfleger widmen. Sie erfüllen wichtige Aufgaben als „rechte Hand“ der Richterinnen und  
3431 Richter und daher setzen wir uns für die Aufwertung ihrer Tätigkeit und die Umgestaltung  
3432 ihrer Ausbildung ein.
- 3433 • Wir wollen die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz voranbringen. Dazu werden wir  
3434 den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronischen Akte einführen, damit Verfahren in  
3435 der geforderten Qualität und notwendigen Schnelligkeit erledigt werden können.
- 3436 • Wir setzen uns für die Einführung einer Justizverlaufsstatistik ein, mit der etwa erfasst  
3437 werden kann, ob in Ermittlungen anfänglich festgestellte Tatmotive bei der Strafzumessung  
3438 berücksichtigt wurden.

- 3439
- 3440
- 3441
- 3442
- 3443
- 3444
- 3445
- 3446
- 3447
- 3448
- 3449
- 3450
- 3451
- 3452
- 3453
- 3454
- 3455
- 3456
- 3457
- 3458
- 3459
- 3460
- 3461
- 3462
- 3463
- 3464
- 3465
- 3466
- 3467
- 3468
- 3469
- 3470
- 3471
- 3472
- 3473
- 3474
- 3475
- 3476
- 3477
- 3478
- 3479
- 3480
- 3481
- 3482
- 3483
- Wir wollen über Initiativen im Bundesrat sozial verträgliche Gerichts- und Rechtsanwaltsgebühren erreichen. Der Zugang zu Gerichten und Einrichtungen der Justiz darf nicht durch finanzielle Hürden erschwert oder unmöglich gemacht werden.
  - Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen im Bundesrat die Einführung einer finanziellen Unterstützung für Mediationen voranbringt – als außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zur Entlastung der Gerichte („Mediationshilfe“).
  - Wir stärken die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer Gemeinden und werden ihre Zuständigkeiten ausbauen.
  - Wir wollen für die weitere Einstellung von Personal sorgen – vor allem an den Gerichten, um den immensen Arbeitsanfall zu bewältigen, der angesichts der deutlich zunehmenden Zahlen an betreuungsbedürftigen Menschen steigen wird.
  - Wir wollen, dass für die Betreuungsrichterinnen und -richter ausreichend spezielle Weiterbildungsangebote zur Verfügung stehen und sie gerade auf diesem Gebiet ihrer dienstlichen Fortbildungsverpflichtung nachkommen.
  - Wir setzen uns dafür ein, die Qualität der Betreuung zu verbessern. Dafür sind Änderungen der bundesgesetzlichen Regelungen nötig. Im Mittelpunkt stehen spezielle Ausbildungserfordernisse für Betreuerinnen und Betreuer und die Erhöhung ihrer Vergütung.
  - Wir streben an, dass im Bereich der Jugendgerichtshilfe das Zusammenwirken mit anderen Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich verbessert wird, vor allem mit den Jugendämtern, damit künftig kein bedürftiger Jugendlicher mehr bei der Maßnahmengewährung leer ausgeht.
  - Strafvollzug, Resozialisierung, Wiedereingliederung und Haftvermeidung müssen weiter gestärkt werden. Dazu setzen wir uns für eine ressortübergreifende Weiterentwicklung der Bedingungen für die Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die Verhinderung weiterer Straftaten ein.
  - Wir wollen, dass der Behandlungs- und Resozialisierungsvollzug verbessert wird – durch eine deutliche personelle Stärkung des Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste. Hierfür werden wir die erforderlichen haushalterischen Rahmenbedingungen schaffen und alle Maßnahmen unterstützen, die auf die Personalgewinnung für den Strafvollzug ausgerichtet sind.
  - Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die psychologischen Fachkräfte stärker koordiniert werden. Sie sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und Resozialisierungsangeboten kooperieren.
  - Wir setzen uns im Bundesrat für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen ein. Das Angebot an Haftvermeidungs-Maßnahmen soll in Thüringen ausgebaut werden.
  - Wir streben in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben an, sämtliche Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug in Abstimmung mit den Personalvertretungen abzuschaffen.
  - Wir wollen dafür Sorge tragen, dass – wie im Justizvollzugsgesetzbuch vorgesehen – ab 2025 eine Einzelunterbringung von Gefangenen flächendeckend sichergestellt ist. Wir werden uns dafür stark machen, Alternativen für Standorte in Thüringen zu prüfen, da sich der Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt von Thüringen und Sachsen als länderübergreifendes Pilotprojekt in Zwickau-Marienthal verzögert.
  - Wir setzen uns dafür ein, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften dazu motiviert werden, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in vollem Umfang zu nutzen. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von

3484 Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung. Weiterbildungen für  
3485 Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Justizbedienstete  
3486 sollen dies in Zukunft unterstützen. Wir wollen beim Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendbereich  
3487 möglichst zeitnah ein wirksames und flächendeckendes Angebot in Thüringen schaffen.

- 3488 • Wir wollen, dass die Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale Angriffe auf  
3489 Bürgerinnen und Bürger sensibilisiert und für eine effektive Verfolgung solcher Attacken  
3490 entsprechend geschult und ausgerüstet sind. Dazu gehört, dass sie die Folgen des  
3491 Ausspähens und unberechtigten Veröffentlichens auch von privaten Daten als ernstes  
3492 Problem wahrnehmen und verfolgen, Betroffene schnell und umfassend informieren sowie  
3493 zu geeigneten Gegenmaßnahmen beraten können.
- 3494 • Wir wollen bei der Einführung neuer rechtlicher Vorschriften bestehende rechtliche  
3495 Regelungen (Normenscreening) und die Rechtsfolgenprüfung aus rassismuskritischer  
3496 Perspektive prüfen und zunächst auf Landesebene verbindlich festlegen – so, wie es sie zum  
3497 Beispiel im Nachhaltigkeitsbereich gibt.

3498 *Schutz der Verfassung statt institutionalisierter Verfassungsschutz*

3499 Im Jahr 2014 einigten sich DIE LINKE, SPD und Grüne in Thüringen infolge erheblicher  
3500 unterschiedlicher Auffassungen darauf, das Amt für Verfassungsschutz zu reformieren, statt es  
3501 abzuschaffen. Nach fünf Jahren konstatieren wir: Das Amt für Verfassungsschutz hat keinen  
3502 Nachweis erbracht, dass eine nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor  
3503 Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft ist, zum Schutz demokratischer Rechte  
3504 beitragen kann und Gefahren für die Demokratie abwehren kann. Zudem entzieht es sich  
3505 weitestgehend einer parlamentarischen Kontrolle und vollständig einer öffentlichen Kontrolle.

3506 Das Amt für Verfassungsschutz vereint eine Befugnis zum Grundrechtseingriff, die der Demokratie  
3507 abträglich ist, mit einer nicht hinreichend rechtsstaatlich geregelten Eingriffsvoraussetzung. Der  
3508 Verfassungsschutz richtet sich damit teils willkürlich, teil politisch instrumentalisiert gegen  
3509 diejenigen, die die nachrichtendienstliche Behörde als „verfassungsfeindlich“ einstuft.

3510 Zur Stärkung der demokratischen Kultur müssen einerseits Wissenschaft und Zivilgesellschaft und  
3511 andererseits die Polizei zur Gefahrenabwehr weiter gestärkt und unterstützt werden.

3512 Zu den vollzogenen Reformschritten gehören:

- 3513 • Das bisherige V-Leute-System wurde beendet. Der Behörde wurden Werbe- und  
3514 Informationsveranstaltungen in Bildungseinrichtungen untersagt. Das Berichtssystem des  
3515 Verfassungsschutzes wurde in Teilen verändert. Die untauglichen Monatsberichte  
3516 „Nachrichtendienst“ sind inzwischen eingestellt.
- 3517 • Es wurden zuständige Bereiche zur Terrorismusbekämpfung beim Landeskriminalamt der  
3518 Polizei personell gestärkt, statt den Geheimdienst mit zusätzlichem Personal aufzublähen.
- 3519 • Als Konsequenz aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss wurde das Institut für  
3520 Demokratie und Zivilgesellschaft eingerichtet. Es forscht wissenschaftlich fundiert zur  
3521 Förderung der demokratischen Kultur und schafft einen Erkenntnistransfer zwischen  
3522 Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Zudem wurde eine Kooperation mit  
3523 der Thüringer Polizei beschlossen.

3524 Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeit eines  
3525 als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz für nicht begründet. Wir sind  
3526 weiterhin der Auffassung: Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen. Wir wollen das  
3527 wissenschaftlich arbeitende Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft gleichzeitig weiter stärken  
3528 und Ergebnisse aus der Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit der Landesregierung  
3529 einfließen lassen.

3530

3531 *Leistungsstarke und zukunftsfeste Feuerwehrstrukturen in Thüringen*

3532 3947 Menschen wurden 2017 in Thüringen aus akuten Gefahrensituation bzw. Lebensgefahr  
3533 gerettet, 465 387 Einsatzstunden fielen im gesamten Jahr an. Feuerwehrleute gehen oft ein hohes  
3534 Risiko ein, um anderen Menschen zu helfen. Sowohl die ehrenamtlichen Feuerwehren als auch die  
3535 Berufsfeuerwehren sind für DIE LINKE. Thüringen eine unverzichtbare Grundlage für die öffentliche  
3536 Sicherheit. Sie sind ein wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Grundversorgung. Wir brauchen  
3537 verlässliche Feuerwehrstrukturen, eine personell abgesicherte und hochwertige Ausbildung auf dem  
3538 aktuellsten Stand und stetige Nachwuchsgewinnung, weil immer mehr Feuerwehrleute altersbedingt  
3539 ausscheiden. So können die Menschen im Freistaat auch künftig Gewissheit haben, dass sie in  
3540 Gefahrensituationen professionelle Hilfe erwarten können. Gerade der technische Fortschritt und

3541 sich verändernde Gefahrensituationen machen es unabdingbar, Feuerwehren langfristig  
3542 leistungsfähig aufzustellen. Hierzu hat die rot-rot-grüne Koalition folgende Projekte realisiert:

- 3543 • Wir haben die Investitionen für Fahrzeuge, Ausrüstung und Gerätehäuser erhöht.
- 3544 • Durch eine von der Landesregierung finanzierte Mitgliederkampagne konnten zwischen 2015  
3545 und 2017 insgesamt 1008 neue Mitglieder für die Jugendfeuerwehren gewonnen werden.  
3546 Die Jugendpauschale pro Mitglied einer Jugendfeuerwehr haben wir auf 25 Euro erhöht und  
3547 gesetzlich festgeschrieben.
- 3548 • Der Thüringer Feuerwehrverband erhielt zwischen 2015 und 2019 steigende Zuwendungen  
3549 von insgesamt 1,9 Millionen Euro. Zusätzlich haben wir die Stelle eines  
3550 Ehrenamtskoordinators beim Verband gefördert, um Maßnahmen besser aufeinander  
3551 abzustimmen.
- 3552 • Das Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurde überarbeitet, um den Berufsalltag der  
3553 Rettungskräfte in Thüringen zu verbessern, etwa mit besseren Regelungen zur Freistellung,  
3554 Entschädigung und Erstattung bei Verdienstaussfällen.
- 3555 • Für die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz wurden  
3556 Voraussetzungen für sieben neue Stellen geschaffen, um die Qualität der Ausbildung auf  
3557 hohem Niveau abzusichern. Es wurde eine Feuerwehrezulage für die feuerwehrtechnischen  
3558 Beamtinnen und Beamten des Lehrbetriebes eingeführt. Mehrere Tausend  
3559 Feuerwehrangehörige konnten in mehr als 50 Lehrgangsarten aus- bzw. weitergebildet  
3560 werden.
- 3561 • Die Brandschutzerziehung wurde gesetzlich neu geregelt. Mit einem erarbeiteten Konzept  
3562 werden ab dem Schuljahr 2019 Kinder an den Thüringer Grundschulen zum Brandschutz  
3563 geschult. Ein entsprechendes Lehrbegleitheft für die Klassenstufen 1 bis 4 wurde dazu  
3564 herausgegeben. Dafür wurden im Jahr 2018 zusätzliche 7 Millionen Euro für den Brandschutz  
3565 in den Haushalt eingestellt.

3566 Über 33 000 Feuerwehrangehörige sorgen in Thüringen für die Sicherheit der Menschen. Ihnen allen  
3567 gelten unser Dank und die Anerkennung für den täglichen Einsatz. Wir wollen die Feuerwehren auch  
3568 in den kommenden Jahren weiter zukunftsfest entwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau für  
3569 Thüringen zu gewährleisten:

- 3570 • Wir wollen die komplette Modernisierung der Landesfeuerwehr- und  
3571 Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz sowie den schnellstmöglichen Ausbau der  
3572 Tunnelübungsanlage in Crossen.
- 3573 • Wir wollen die Ausbildung der Einsatzkräfte der Thüringer Feuerwehren kontinuierlich  
3574 sicherstellen und eine zeitgemäße sowie sozialverträgliche Unterbringung während der  
3575 Ausbildung gewährleisten.
- 3576 • Wir möchten die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für Gemeinden  
3577 zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein vereinfachtes rechtssicheres  
3578 Kostenerstattungssystem ersetzen. Damit können Kommunen künftig alle entstehenden  
3579 Aufwendungen rechtssicher als bisher in Rechnung stellen.
- 3580 • Wir wollen die erfolgreiche Mitgliederkampagne mit dem Feuerwehrverband verstetigen und  
3581 weitere Anreize schaffen, etwa einen kostenfreien Zugang zu öffentlichen und  
3582 soziokulturellen Einrichtungen. Die Wehren wollen wir zudem beim Ausbau von Auftritten in  
3583 den sozialen Medien unterstützen.

- 3584 • Wir wollen die finanzielle Unterstützung des Landesfeuerwehrverbands weiter absichern. Er  
3585 soll zudem zusätzliche Gelder erhalten, um die die Kampagne „Gewalt geht gar nicht! Unsere  
3586 Einsatzkräfte – unsere Sicherheit! Nein zur Gewalt gegen Feuerwehrangehörige“ zu fördern  
3587 und auszubauen.
- 3588 • Wir wollen die flächendeckende Einsatzbereitschaft der Feuerwehren gerade in kleinen  
3589 Orten weiter gemeindeübergreifend sicherstellen und Kooperationsmodelle prüfen.
- 3590 • Wir wollen uns mit einer Aufklärungskampagne und verstärkten Werbemaßnahmen entlang  
3591 von Straßen weiter für die Bildung von Rettungsgassen einsetzen, da viel zu oft  
3592 Behinderungen entstehen und Rettungskräfte wertvolle Zeit zur Lebensrettung verlieren.

3593 *Proaktive Veröffentlichungen, mehr Transparenz und effektiver Datenschutz für Bürgerinnen und*  
3594 *Bürger*

3595 Thüringen hat unter Rot-Rot-Grün den Weg zu einer modernen öffentlichen Verwaltung  
3596 eingeschlagen. DIE LINKE. Thüringen will diesen Weg weiter beschreiten. Eine höhere Transparenz  
3597 stärkt die demokratische und politische Teilhabe. Bürgerinnen und Bürger können Entscheidungen  
3598 öffentlicher Stellen besser nachvollziehen bzw. öffentliche Stellen besser kontrollieren. Unser Motto  
3599 ist: „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“. Umfangreicher Datenschutz ist unerlässlich –  
3600 gerade in Zeiten zunehmender Kameraüberwachung, Spähsoftware, digitaler Klassenzimmer,  
3601 Gesundheits-Apps, sozialer Netzwerken und Clouds. Wir wollen daher einerseits eine Kultur der  
3602 Offenheit und Partizipation fördern, andererseits Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen,  
3603 selbst über ihre Daten zu entscheiden. Der zunehmenden Überwachung des öffentlichen und  
3604 privaten Raums treten wir entgegen – anhand der Videoüberwachung hat sich gezeigt, dass diese ihr  
3605 Ziel verfehlt, Straftaten zu verhindern, aber zunehmend in die Rechte aller eingreift.

3606 Unter Rot-Rot-Grün haben wir in Thüringen bereits wichtige Schritte für Datensicherheit und  
3607 staatliche Transparenz eingeleitet:

- 3608 • Das Thüringer Datenschutzrecht sowie mehr als 30 Einzelgesetze wurden überarbeitet, um  
3609 Datenschutz auszubauen. Dabei haben wir die Rechte des Landesdatenschutzbeauftragten  
3610 gestärkt, der nun einen besseren Rechtsschutz erlangt und effektiver Anordnungen  
3611 durchsetzen kann gegenüber Behörden, die unrechtmäßig mit den Daten von Bürgerinnen  
3612 und Bürgern umgehen.
- 3613 • Anders als andere Bundesländer hat Thüringen die Anpassung an die  
3614 Datenschutzgrundverordnung nicht genutzt, um hinterücks Überwachungsinstrumente  
3615 einzuführen. Stattdessen wurde beispielsweise der Informantenschutz für Journalistinnen  
3616 und Journalisten bekräftigt, die Videoüberwachung nicht ausgedehnt und die  
3617 Auskunftsrechte im Polizeigesetz freundlicher gestaltet.
- 3618 • Das Personal des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit wurde von  
3619 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahr 2014 auf 26 im Jahr 2019 angehoben.
- 3620 • Noch im Jahr 2019 wollen wir ein Transparenzgesetz beschließen, das mit einem  
3621 kostenfreien Transparenzregister künftig für Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein wird.

3622 Während anderswo Grundrechte abgebaut und der Datenschutz bewusst untergraben wird, stellt DIE  
3623 LINKE. Thüringen sich entgegen und ergreift Maßnahmen, um unnötige Überwachung zu verhindern  
3624 und mehr Transparenz zu forcieren:

- 3625 • Wir wollen einen Rückbau von Videoüberwachung. Dazu wollen wir zunächst  
3626 überwachungsfreie Zonen im öffentlichen Raum schaffen. Mit einem Pilotprojekt in einer

3627 Thüringer Stadt wollen wir in öffentlichen Verkehrsmitteln sichtbare Bereiche ausweisen, die  
3628 nicht von Kameraüberwachung erfasst sind, sodass Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt  
3629 entscheiden können, ob sie sich der Überwachung aussetzen. Parallel dazu sollen die  
3630 Auswirkungen von Kameraüberwachung auf das Sicherheitsgefühl und die reale Sicherheit  
3631 wissenschaftlich untersucht werden.

- 3632 • Wir wollen künftig die Themen Datenschutz und Informationsfreiheit noch stärker als bisher  
3633 in den Lehrplänen der Thüringer Schulen verankern.
- 3634 • Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung, staatliche Gesichtserkennung, Staatstrojaner und  
3635 Online-Durchsuchungen ab. Wir wollen die Benachrichtigungspraxis für Betroffene  
3636 polizeilicher Maßnahmen insbesondere bei Telekommunikationsüberwachung verbessern.  
3637 Nach dem Berliner Vorbild soll ein SMS-Informationsmodul zur Benachrichtigung von  
3638 Betroffenen von Funkzellenabfragen realisiert werden.
- 3639 • Mit einer Werbe- und Aufklärungskampagne wollen wir die Menschen in Thüringen zur  
3640 Nutzung von digitaler verschlüsselter Kommunikation befähigen und motivieren.
- 3641 • Wir wollen mehr Transparenz: Künftig sollen Kommunen und Verwaltungen angehalten sein  
3642 zu erfassen, wie viele Anfragen nach Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz ihnen  
3643 zugehen und warum diese abgelehnt wurden. Das kommende Thüringer Transparenzregister  
3644 wollen wir mit Leben füllen, Verwaltung und Kommunen wollen wir im Umgang damit  
3645 weiterbilden.
- 3646 • Wir wollen polizeiliche Datenbanken und die darin enthaltenen personengebundenen  
3647 Hinweise auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.
- 3648 • Wir wollen die Abfrage über bei Thüringer Behörden gespeicherte Daten für die Bürgerinnen  
3649 und Bürger erleichtern und unter [auskunft.thueringen.de](http://auskunft.thueringen.de) ein Abfrageportal errichten, mit  
3650 dem zum Beispiel bei Polizei, Verfassungsschutz und anderen Behörden gespeicherte  
3651 Informationen von Betroffenen abgefragt werden können.
- 3652 • Wir wollen erreichen, dass künftig noch mehr Kommunen bzw. Kreise auf ihren  
3653 Internetseiten über angemeldete Versammlungen informieren. Wir wollen dazu eine  
3654 verpflichtende Regelung prüfen.

3655

### 3656 *Frieden und Abrüstung aus Thüringen stärken*

3657 Ohne Frieden ist alles nichts. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für Entspannung und das friedliche  
3658 Zusammenleben aller Menschen ein. Wir sind Verbündete der Friedensbewegung und der  
3659 Abrüstungsbefürworterinnen und -befürworter. Wir wollen nicht am Krieg verdienen und treten für  
3660 das Verbot von Waffenexporten ein. DIE LINKE plädiert für ein Ende aller Kriegseinsätze der  
3661 Bundeswehr, auch um Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Wir wollen tatsächliche Fluchtursachen  
3662 überwinden. Dafür sind Friedensarbeit und Perspektiven vor Ort noch immer die sichersten  
3663 Garanten. DIE LINKE ist die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland.

3664 Auch wenn uns in dieser konsequenten Position einiges von unseren Koalitionspartnern trennt,  
3665 konnten wir doch Impulse für eine friedlichere Welt setzen:

- 3666 • DIE LINKE. Thüringen hat in der Landesbank Hessen-Thüringen darauf gedrungen, dass es  
3667 keine weitere Absicherung militärischer Investitionen gibt.
- 3668 • Die Bundeswehr darf ihre Rekrutenwerbung nicht mehr ohne friedenspolitische Begleitung  
3669 an Thüringer Bildungseinrichtungen verbreiten.

3670 • DIE LINKE. Thüringen organisiert zusammen mit vielen Partnerinnen und Partnern  
3671 Ostermärsche und Friedensproteste.

3672 Auch in Zukunft wird sich DIE LINKE. Thüringen als einzige Friedenspartei weiter für den Frieden stark  
3673 machen:

3674 • Wir wollen in der Bundespolitik für ein Ende der Militärlogik werben. Wir verlangen, dass  
3675 Deutschland dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unverzüglich beitrifft.

3676 • Wir werden auch zukünftig regionale und lokale Partnerschaften nutzen, um im Sinne der  
3677 Völkerverständigung zu wirken.

3678 • Wir fordern ein Landesprogramm, um ehemals militärische Flächen und Gebäude für  
3679 friedliche Zwecke nutzbar zu machen, und Anreize für Unternehmen zum Verzicht auf  
3680 Rüstungsproduktion.

3681 • Wir wollen ein vollständiges Verbot für Besuche von Jugendoffizieren an Thüringer  
3682 Bildungseinrichtungen. Bildung und Erziehung sollen dem Frieden dienen.

3683 • Wir stellen uns gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr auf öffentlichen Plätzen und  
3684 wenden uns gegen jede Form der Förderung durch die öffentliche Hand.

3685 • Wir werden weiterhin ohne Einschränkung an der Seite der Friedensbewegung stehen.

3686 Uns ist bewusst, dass eine starke LINKE im Thüringer Landtag und eine linksgeführte Landesregierung  
3687 die bundes-, europa- und weltpolitischen Rahmenbedingungen allein nicht grundlegend verändern  
3688 können. Wir können jedoch durch unser politisches Handeln Einfluss auf die Entwicklung nehmen  
3689 und Alternativen in Richtung einer sozialen, demokratischen und friedenssichernden Politik  
3690 aufzeigen.